

Wien, am Mittwoch, den 1. Oktober 1930.

Aus der städtischen Jugendfürsorge.

Die städtischen Mutterberatungsstellen haben im Juli des laufenden Jahres ⁱⁿ insgesamt 19.945 Fällen Rat erteilt. Gegenüber Juli 1929 sind das um 2783 Beratungen mehr, da vor einem Jahre nur 17.162 Beratungen durchgeführt wurden. 1.652 Mütter sind im heurigen Juli zum erstenmal in einer städtischen Mutterberatungsstelle erschienen.

Im Juli 1930 wurden von der Gemeinde Wien 103 städtische Kindergärten betrieben, während ein Jahr früher, im Juli 1929, bloss 97 städtische Kindergärten bestanden. Entsprechend der Vermehrung der Zahl der städtischen Kindergärten ist auch der Besuch ein stärkerer. Während im Juli 1929 der durchschnittliche Besuch an einem Tage mit 4.520 Kindern berechnet wurde, haben im abgelaufenen Juli täglich durchschnittlich 4.949 Kinder städtische Kindergärten besucht.

Gegenüber 1929 hat auch die Schülerausspeisung eine Ausdehnung erfahren. Während im Juli des vergangenen Jahres 13.241 Kinder mit 357.511 Speiseportionen beteiligt wurden, erhielten im heurigen Juli 15.122 Kinder insgesamt 408.307 Portionen.

Festnahme zweier Einbrecher.

Gestern um 11 Uhr nachts hörten die Gemeindegewachsmänner Heinrich Kudernatsch und Josef Haberfellner bei ihrem Dienstgang in der Parkanlage auf dem Engelsplatz in der Brigittenau eine Reihe von Schussdetonationen, die aus der Richtung des Handelskai kamen. Sie liefen daraufhin zur Norbahnbrücke; dabei hörten sie unausgesetzt Rufe "Aufhalten" und "Hilfe". In der Nähe der Süddeutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft lief ihnen ein Mann entgegen, der sich sehr verdächtig ~~benahm~~ benahm. Er wurde daher von den Gemeindegewachsmännern festgenommen. Da die Hilferufe andauerten, blieb ein Gemeindegewachsmann bei dem Festgenommenen, dem 35jährigen Monteur Anton Panek, während der zweite Gemeindegewachsmann weiterlief. Ihm gelang es auch, im Verein mit einem Bundespolizisten den 38jährigen Hilfsarbeiter Franz Kozlik festzunehmen, der auf seiner Flucht dem Verfolger einen schweren Gegenstand an den Kopf geworfen hatte. Dieser Gegenstand erwies sich als ein in ein Tuch gewickeltes komplettes Einbruchswerkzeug. Bei der Leibesvisitation wurde auch bei Panek Einbruchswerkzeug, insbesondere eine

Bohrmaschine gefunden. Die Festgenommenen wurden der Bundespolizei überstellt und in das Polizeikommissariat Brigittenau gebracht.

Verkehrseinschränkung in der Heiligenstädterstrasse.

Die Gemeinde Wien führt gegenwärtig den Umbau der Brücke über den Waldbach im Kahlenbergerdorf beim ehemaligen Linienamtsgebäude im Zuge der Heiligenstädterstrasse durch. Diese Arbeiten machen eine Verkehrseinschränkung notwendig; die Heiligenstädterstrasse darf nämlich an der Baustelle auf die Dauer von voraussichtlich acht Wochen nur als Einbahnstrasse benützt werden.

Freie Arztstelle im Krankenhaus der Stadt Wien.

An der zweiten internen Abteilung (Tuberkulosenabteilung) des Krankenhauses der Stadt Wien in Lainz gelangt die Stelle eines Assistenzarztes zur Besetzung. Die Bezüge eines Assistenzarztes betragen 375 Schilling monatlich und erhöhen sich nach den ersten zwei Dienstjahren als Assistenzarzt einmal um 11 Schilling monatlich. Hiezu kommt eine Sonderzahlung am 1. Juni und 1. Dezember jedes Jahres im Ausmasse von je 30 vom Hundert eines Monatsbezuges und ein monatlicher Wohnungsgeldzuschuss von 31 Schilling, der im Falle der Einräumung einer Dienstwohnung wieder zur Gänze als Entgelt für Beheizung, Beleuchtung und Bedienung abgezogen wird. Die mit den entsprechenden Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen belegten Gesuche sind bis spätestens 18. Oktober im Büro der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten, Neues Rathaus, einzubringen. Bereits im Dienste der Gemeinde Wien stehende Bewerber haben die Gesuche im Dienstwege vorzulegen. Die Gesuche sind mit einem Bundesstempel im Betrage von 1 Schilling zu versehen; die Gesuchsbeilagen sind, wenn sie nicht ohnehin bereits gestempelt sind, mit einem Bundesstempel im Betrage von je 20 Groschen zu versehen.

Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien.

An der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, Mariahilf, Brückengasse 3, und Landstrasse, Petrusgasse 10, Telefon B 25-4-19, werden vormittags und abends Kochkurse für einfache und feine Küche, Servier- und Diätkurse, Abendkurse für Kleidermachen und Weissnähen, Kurse für Hausgehilfinnen und ein Modistenkurs abgehalten. Auskünfte erteilt die Schule.

Das Volkssanatorium in Mauer.Bundespräsident Miklas und Bürgermeister Seitz bei der feierlichen
Eröffnung.

Heute vormittags wurde das unter der Leitung von Frau Henriette Weiss stehende Volkssanatorium in Mauer bei Wien, Waldgasse 2 feierlich eröffnet. Zur Eröffnungsfeier waren Bundespräsident Miklas, Bürgermeister Seitz und zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter von der Wiener Stadtverwaltung Stadtrat Brättner und der geschäftsführende Präsident des Stadtschulrates Glöckel erschienen.

Bundespräsident Miklas, der das Volkssanatorium eröffnete, sprach über das Werk der Nächstenliebe, das mit dem neuen Volkssanatorium geschaffen wurde. "Ich bin Ihrem Rufe zur Eröffnung umso lieber gefolgt," sagte der Bundespräsident, "als er mir für einen Augenblick Gelegenheit gibt, den Widerwärtigkeiten und dem Getriebe der Politik zu entfliehen in einen Kreis edler Menschenliebe und Nächstenliebe. Ich danke allen Einzelnen, allen Vereinigungen und Gemeinden, die es ermöglicht haben, dieses Werk zustandezubringen. Werke der sozialen ausgleichenden Gerechtigkeit, Werke der Nächstenliebe zu schaffen, ist ein Programm, das von allen Oesterreichern verstanden wird. In diesem Sinne sei dieses Volkssanatorium eröffnet." (Lebhafter Beifall).

Bürgermeister Seitz sprach über die Bedeutung eines solchen Volkssanatoriums für jene Schichten der Bevölkerung, die der Krieg und die Inflationszeit aus der Wohlhabenheit in schwere materielle und finanzielle Bedrängnis gebracht habe. Solche Werke der privaten Fürsorge, führte der Bürgermeister aus, seien eine wertvolle Ergänzung der öffentlichen Fürsorgeeinrichtungen. Es gebe immer wieder Fälle, die sich in das Schema der öffentlichen Wohlfahrtsinstitutionen, der Spitäler, Krankenkassen und Versicherungsinstitute, so vollkommen diese auch seien, schwer einreihen liessen. Mögen alle jene, sagte der Bürgermeister, die bresthaft, im Zustande der seelischen Verzweiflung dieses neue Volkssanatorium betreten, Gesundheit, neue Kraft und neuen Mut für das Leben schöpfen und dann ihre Dankbarkeit durch die Mitwirkung an einem grossen Werk der Fürsorge bekunden, damit auch andere dessen teilhaftig werden können. Bürgermeister Seitz

.....

schloss seine Ansprache mit einer herzlichen und launigen Würdigung der Leiterin des Volkssanatoriums, die in edler Arbeitsbereitschaft ein Werk der echten Humanität, aber auch wertvoller volkswirtschaftlicher Arbeit geleistet habe. Nach den mit lobhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Bürgermeisters sprach noch Medizinalrat Dr. Wilhelm.

Das neue Volkssanatorium, das im ehemaligen Park und Schloss "Sanssouci" untergebracht ist, umfasst ^{über} 80 Zimmer samt den zugehörigen Speise-, Gesellschafts- und Büroräumen, ein modern ausgestaltetes Badhaus, eine gedeckte und eine ungedeckte Liegehalle, eine Speiseveranda und ein eigenes Küchenhaus. An den grossen Garten des Sanatoriums, der 21.000 Quadratmeter umfasst, grenzen die zum Sanatorium gehörigen Aecker und Wiesen und der ~~große~~ Maurer Wald.

.....

Sitzungen der Bezirksvertretungen Meidling und Währing.

Morgen, Donnerstag, hält die Bezirksvertretung Meidling ihre nächste Sitzung ab. Die Sitzung beginnt um 6 Uhr abends. Auch die Bezirksvertretung Währing hält morgen, Donnerstag, um 5 Uhr nachmittags eine öffentliche und eine vertrauliche Sitzung ab.

.....

Führung in der sozialhygienischen Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums.

Morgen, Donnerstag, findet um 6 Uhr abends bei freiem Eintritt eine allgemeine Führung in der Ausstellung "Sozialhygiene" des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in Wien, Parkring 12, statt.

Wien, am Donnerstag, den 2. Oktober 1930.

Günstiger Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung.Der Bericht der städtischen Amtsärzte über die Gesundheitsverhältnisse
im August.

In der letzten Sitzung der städtischen Amtsärzte wurde berichtet, dass der Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung im August ein sehr günstiger war. Die Atmungs- und Infektionskrankheiten haben auch im August weiter abgenommen, die Zahl der Verdauungskrankheiten war sehr gering. Der Spitalsbelag und die Neuzuwächse der Armenkrankenbehandlung wiesen im August ebenfalls Rückgänge auf.

Die Zahl der anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten ist um 14 Prozent gegenüber Juli dieses Jahres gesunken, hauptsächlich durch Abnahme des Scharlach, der Diphtherie und der Varizellen. Trotzdem ist seit Jahresbeginn der Stand der Infektionskrankheiten noch immer um etwa 38 Prozent höher als im Vorjahr. Das ist vor allem auf den höheren Stand der Varizellen, der Scharlach- und Diphtheriefälle in diesem Jahre zurückzuführen. 33 Prozent aller Infektionsanzeigen im August betrafen Tuberkulose, 31 Prozent Scharlach und 25 Prozent Diphtherie. Insgesamt wurden 974 Krankheitsanzeigen erstattet; von den Erkrankten waren 73 Ortsfremde. Im August des Vorjahres wurden 867 Krankheitsanzeigen, im heurigen Juli 1362 Anzeigen erstattet.

Der Scharlach verlief auch im August wieder mild. Während die Sterblichkeit im Vorjahre 1'2 Prozent ausmachte, sank sie heuer auf 0'7 Prozent. Die Diphtherie zeigte nahezu in allen Bezirken deutliche Rückgänge; sie ist gegenüber Juli des heurigen Jahres um 38 Prozent gesunken. Die Letalität der Diphtherie wurde für den August mit 3'7 Prozent gegenüber 4'5 Prozent im August 1929 errechnet. Die Varizellen haben gegenüber Juli um 45 Prozent, gegenüber August 1929 um 20 Prozent abgenommen. Der Stand der Darminfektionskrankheiten war unverändert. Gemeingefährliche Krankheiten wurden im Berichtsmonat überhaupt nicht beobachtet.

Der Armenkrankenbehandlung sind im August 8.795 Fälle gegenüber 9.444 Fällen im Juli neu zugewachsen. Akute Atmungskrankheiten waren darunter mit 13 Prozent, akute Verdauungskrankheiten mit 15 Prozent, Infektionskrankheiten und Atmungstuberkulose mit etwa 2 Prozent vertreten. Von den neu zuge-

.....

wachsenen Fällen betrafen ungefähr 23 Prozent Kinder, rund 41 Prozent Personen im Greisenalter. Der Spitalsbelag betrug im August 30.298 Fälle gegenüber 32.886 Fällen im Juli dieses Jahres.

Der Bericht über die Sterblichkeit stellt fest, dass im August, auf tausend Einwohner und das Jahr berechnet, 10'4 Todesfälle entfielen, während die Sterblichkeit im Juli 10'8 Promille und der Augustdurchschnitt der letzten vier Jahre 10'2 Promille ausmachte. Mehr als ein Fünftel aller Todesfälle war auf Kreislaufkrankheiten zurückzuführen, etwa 18 Prozent auf bösartige Neubildungen, nur 9 Prozent auf Tuberkulose der Atemwege. Die Zahl der Todesfälle, deren Ursache bösartige Neubildungen, Stoffwechsel- und Blutkrankheiten, Krankheiten des Nervensystems, der Kreislauf- und Verdauungsorgane waren, ist gegenüber dem Vorjahre mässig angestiegen. Dagegen sind im August 1930 weniger Menschen als im Vorjahre an Altersschwäche, weniger Kinder an Lebensschwäche und weniger Personen bei Unfällen gestorben.

Von den im August gestorbenen Menschen waren 5'2 Prozent Säuglinge, 7'2 Prozent Kleinkinder und 2'2 Prozent Schulkinder; 38 Prozent standen im Erwerbsalter, 47 Prozent im Greisenalter.

.....

Wiener Gemeinderat.

Wie schon berichtet, findet morgen, Freitag, um 5 Uhr nachmittags eine Sitzung des Wiener Gemeinderates statt. Es werden Wahlen in die Gemeindevermittlungsämler und die Wahl von Vertrauenspersonen für die Gemeindegemission zur Bildung der Geschwornen- und Schöffenliste für das Jahr 1930 vorgenommen. Die übrige Tagesordnung umfasst 8 Punkte.

.....

Führung im Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum.

Morgen, Freitag, findet um 6 Uhr abends im Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien, Neues Rathaus, Eingang Rathausplatz, bei freiem Eintritt eine allgemeine Führung statt.

Wien, am Freitag, den 3. Oktober 1930.

Vermehrung der Schülervorstellungen der Gemeinde Wien.

Um den Schülern der städtischen Schulen Gelegenheit zum Besuche gediegener Theatervorstellungen zu geben, veranstaltet die Gemeinde Wien alljährlich an fast allen Wiener Theatern Vorstellungen; in diesen Vorstellungen kommen Stücke zur Aufführung, die für Bildungszwecke der Schuljugend geeignet sind. Wie bekannt hat der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltung über eine Anregung des Wiener Stadtschulrates im Sommer beschlossen, die Zahl dieser Schülervorstellungen im heurigen Schuljahr wesentlich zu vermehren; ein Betrag von 66.000 Schilling wurde für insgesamt 41 Schülervorstellungen bewilligt. Die Vorstellungen werden in den Monaten September bis Dezember 1930 im Deutschen Volkstheater, im Raimundtheater, in der Renaissancubühne, im Johann Strausstheater, in den Wiener Kammerspielen und im Neuen Wiener Schauspielhaus stattfinden.

Nunmehr hat der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltung in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Anzahl dieser Schülervorstellungen neuerlich zu erhöhen. Der Ausschuss hat daher für 6 weitere Schülervorstellungen an den Wiener Kammerspielen neuerlich einen Betrag von 4.000 Schilling genehmigt. Die Gemeinde Wien wirft also für Schülervorstellungen in den Monaten September bis Dezember 1930 nunmehr insgesamt 70.000 Schilling aus. Wie zahlreiche Schreiben von Schülern und Eltern an den Stadtschulrat beweisen, haben die Vorstellungen in den früheren Jahren grossen Beifall gefunden. Da nur klassische Stücke und, für die Schüler der niederen Klassen, Märchenstücke aufgeführt werden, bilden diese Schülervorstellungen einen wertvollen Unterrichtsbehelf.

Der Leuchtbrunnen im Oktober.

Im Monat Oktober wird der Leuchtbrunnen am Sonntag, den 5., in der Zeit von halb 7 bis halb 8 Uhr abends in Betrieb gesetzt werden.

Zulassung des Autoverkehrs in der Hauptallee im Prater am nächsten Sonntag.

Der Wiener Magistrat hat auf Ansuchen des Wiener Trabrennvereines die Prater-Hauptallee für Sonntag, den 5. Oktober 1930, aus Anlass des Graf Hunyadi-Bedenkrennens in der Zeit von 14 bis 21 Uhr in der Strecke Praterstern bis Meiereistrasse in beiden Fahrtrichtungen für Benzinkraftfahrzeuge mit Ausnahme von Motorrädern und Lastkraftwagen freigegeben. Zum Befahren der Hauptallee mit Autor ist allerdings auch die Zustimmung des Bundesministeriums für Handel und Verkehr, dem die Grundverwaltung obliegt, notwendig.

Wien, am Freitag, den 3. Oktober 1930. Zweite Ausgabe

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 3. Oktober 1930.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 17 Uhr die Sitzung. Dem Gemeinderat liegt folgender Dringlichkeitsantrag des G.R. Gschladt und Kollegen vor:

Bekanntlich wurde der gewesene Amtsrat des Wiener Magistrates Franz Mader zu drei Monaten schweren Kerkers wegen Verbrechens des Missbrauches der Amtsgewalt verurteilt, begangen dadurch, dass er in vielen Hunderten von Fällen bei den Währinger Schwindelwahlen im Jahre 1927 Ausländern, Wahlunmündigen und sonstigen geeichten Parteigängern der Mehrheit in gesetzwidriger Form das Wahlrecht erwirkt hat. Seine Verurteilung wegen dieses Verbrechens ist am 2. Juli 1930 rechtskräftig geworden. Damit ist gemäss § 85 der Dienstordnung für die städtischen Angestellten die Entlassung Maders aus dem städtischen Dienste ohne Disziplinarverfahren von selbst eingetreten, Mader also seines Amtes, vor allem aber auch seines rechtlichen Anspruches auf einen Ruhegenuss verlustig geworden. Trotzdem hat der Wiener Stadtsenat verbürgten und unwidersprochenen Zeitungsnachrichten zufolge im Juli ds. J. diesem wegen seiner Verurteilung entlassenen Beamten einen Ruhegenuss von nicht weniger als rund 800 Schilling monatlich zuerkannt. Es bietet wohl § 102, Absatz 3 der Dienstordnung, wonach "in besonders rücksichtswürdigen Fällen der Stadtsenat über Antrag der Personalkommission dem wegen Abstrafung Entlassenen den Bezug des vollen oder eines Teiles des normalen Ruhegenusses zuerkennen kann", dem Wiener Stadtsenat die formelle Grundlage für seinen Beschluss. Der Wiener Stadtsenat hat jedoch nach Anschauung des Grossteiles der Beamtenschaft der Gemeinde und wohl auch jedes rechtlich denkenden Staatsbürgers von dem ihm hiñach eingeräumten "freien Ermessen" nicht im Sinne, sondern gegen den Sinn dieser Bestimmung Gebrauch gemacht und daher einen rechtswidrigen Beschluss gefasst. Dieser Beschluss wirkt umso aufreizender, als erst vor kurzem gegen andere städtische Angestellte mit sehr schweren Disziplinarstrafen, ja sogar mit der disziplinären Entlassung aus dem Dienst vorgegangen wurde, trotzdem sie wie zum Beispiel der Rechnungsbeante Rauer, der Verwaltungsbeante Eichinger und der Löschmeister Neumayer nicht wie Mader mit dem Strafgesetze in Konflikt geraten waren, sondern in Heimwehrversammlungen nur von dem auch ihnen verfassungsmässig gewährleisteten Rechte der freien Meinungsäusserung Gebrauch machten und dabei angeblich die Wiener Gemeindeverwaltung

.....
bzw. die Tätigkeit des Wiener Bürgermeisters als junger Unterlehrer abfällig kritisierten. Die Veröffentlichung dieses Beschlusses im Amtsblatt der Stadt Wien ist bisher unterblieben, und zwar wohl nur aus dem Grunde, weil ihn auch die Mehrheit selbst als Schande empfindet und ihn daher verheimlichen will.

Da der Stadtsenat im vorliegenden Falle offenkundig von dem ihm zustehenden freien Ermessen gegen den Sinn der Dienstordnung Gebrauch gemacht hat, wird der dringliche Antrag gestellt, den Herrn Bürgermeister aufzufordern, von dem ihm nach § 50 der Gemeindeverfassung zustehenden Rechte der Sistierung von Beschlüssen des Stadtsenates sofort Gebrauch zu machen.

Es wird sodann in die Tagesordnung eingegangen und ohne Debatte genehmigt der Rechenschaftsbericht und die Bilanz der Zentralsparkasse sowie des Kreditvereines der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien für das Jahr 1929 sowie die Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für den Gebietsteil des III. Bezirks und Baulinienabänderungen im XIX. Bezirk.

GR. Dr. Friedjung referiert über die Verlegung der Trinkerheilstätte in einen anderen Pavillon der Landes Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof".

GR. Stöger (E.L.) weist zunächst darauf hin, dass die Polizei mit ihren Massnahmen gegen den Alkoholismus grosse Erfolge erzielt habe, während die Gemeinde Wien in der Bekämpfung des Alkoholismus viel zu wenig leiste. Es gibt nur eine einzige Trinkerberatungsstelle der Gemeinde, während die Polizei in jedem Bezirke eine solche Beratungsstelle hat. Die Gemeindeunterstützt auch die private Trinkerfürsorge zu wenig oder in partieller Weise. Wie dringend hier eine durchgreifende Hilfe nötig wäre, beweist die Tatsache, dass die Zahl der belegten Betten am Steinhof von 2437 im Jahre 1923 auf 3442 im Jahre 1928 angewachsen ist. Einen Lichtpunkt bildet die Abnahme der studentischen Trunksitten. Die Gemeinde müsste schon in der Schule die Aufklärung über die Schäden des Alkoholismus beginnen. Zum Schlusse spricht der Redner die Erwartung aus, dass der Referent, der ein Mediziner sei sich bemühen werde, den vorgebrachten Wünschen Rechnung zu tragen (Beifall bei der E.L.)

GR. Körber (E.L.) bezeichnet die Errichtung von Trinkerheilstätten als ausserordentlich notwendig und findet es bedauerlich, dass die Gemeinde hier viel zu wenig leistet. Ja die Gemeinde gestattet es sogar, dass in ihren Unternehmungen die Arbeiter und Angestellten selbst Bier und Wein zum Ausschank bringen. Dadurch wird nicht nur den Gewerbetreibenden Schmutzkonkurrenz gemacht, auf diesen Unfug sind auch einige Unfälle, die sich in Elektrizitäts-

.....
tätwerken ereignet haben, zurückzuführen. Diesem Unfug müsste gesteuert werden
(Beifall bei der E.L.)

GR. Friedjung weist in seinem Schlussworte darauf hin, dass in der
Trinkerheilstätte nicht nur Personen die durch den Alkoholgenuss geisteskrank
geworden sind, Aufnahme finden, sondern auch solche ^{Trinker} die sich freiwillig in
Anstaltsbehandlung begeben. Der Kampf, der von Gemeinde wegen gegen den Alko-
holismus geführt werde, finde seine Grenzen eben darin, dass nur solche
Trinker erfasst werden können, die sich freiwillig in der Beratungsstelle oder
in der Anstalt selbst stellen. Es müsste die Aufgabe aller im öffentlichen
Leben wirkenden Personen sein, durch Aufklärung den Kampf gegen den Alkoholis-
mus wirksam zu unterstützen. Gegenüber den Ausführungen des GR. Körher weist
der Referent darauf hin, dass in vielen Unternehmungen ^{der Gemeinde} schon seit längerer
Zeit statt Alkohol Milch verabfolgt wird.

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Schön referiert über den Ankauf von Gründen an der Alszeile im
XVII. Bezirk zur künftigen Erweiterung des Hernalser und Dornbacher Friedhofs
und über die Bewilligung eines Kredites für diesen Zweck in der Höhe von
Schilling 170.200 .

GR. Pfeiffer (E.L.) gibt zunächst folgende Erklärung ab: Trotz der weit-
gehenden innerpolitischen Ereignisse der letzten Zeit bleibt die Stellung der
Grossdeutschen Vertreter im Gemeinderat nach wie vor dieselbe wie bisher. Wir
sind in den Gemeinderat als Gegner der Marxisten entsendet worden, wir haben
bisher in dieser Hinsicht unser Bestes getan, wir bleiben auch in Zukunft
Gegner der Marxisten und werden ihre Tendenzen nach wie vor nachdrücklichst
bekämpfen.

In der Sache selbst bemerkt GR. Pfeiffer, dass er so sehr die Erwei-
terung des Hernalser und Dornbacher Friedhofs zu wünschen sei, doch Bedenken
dagegen habe, dass die Gründe des Alsoggs durchwegs für Friedhofszwecke verwen-
det und dadurch die so notwendige Verbindungsstrasse zwischen dem XVII.
und XVIII. Bezirk auf diesen Gründen unmöglich gemacht werden soll. Er
äussert ferner Bedenken über die Art, wie die Bedeckung für den Ankauf
der Gründe nach dem vorliegenden Antrag gesucht werden soll und hierüber
Aufklärung. (Beifall). *wünscht*

671

.....
u In seinem Schlusswort teilt der Berichterstatter mit, dass die von GR. Pfeiffer als notwendig bezeichnete Verbindungsstrasse zwischen Hernals und Währing vorlegt werden wird. Hinsichtlich der Bedeckung für den Ankauf der Gründe bemerkt der Berichterstatter, dass eine neue Post eröffnet werden musste, weil in der nächsten Zeit wieder Grundankäufe durchgeführt werden sollen.

Die Referentenanträge werden angenommen.

Gr. Dr. Furtmüller beantragt die auf Grund des § 93 G. V. getroffene Verfügung des Bürgermeisters auf Aufhebung der Bestimmungen betreffend die Festsetzung von Parkschutzgebieten für die Errichtung einer Gewächshausanlage im Lichtensteingarten im IX. Bezirk nachträglich zu genehmigen.

St. R. Rummelhardt (E. L.) kritisiert, dass Geschäftsstücke, die gemäss § 99 und § 93 G. V. behandelt wurden, dem Gemeinderat verspätet vorgelegt werden. Die Verfassung bestimmt, dass solche Geschäftsstücke unverzüglich in den Gemeinderat kommen müssen. Die Art der Geschäftsführung durch das Gemeinderatspräsidium ist unerträglich und wir erheben dagegen entschiedenst Protest. Das Präsidium hat die Bestimmungen der Verfassung einzuhalten, und wenn das nicht geschieht, so schicken Sie den Gemeinderat nach Hause und das Volk soll entscheiden, ob es mit dieser Geschäftsführung einverstanden ist oder nicht (Beifall).

Gr. Dr. Furtmüller stellt in ihrem Schlusswort fest, dass der Akt am 19. September den Ausschuss passiert hat, dann vom Stadtsenat erledigt wurde. Er konnte also erst auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt werden.

Der Antrag wird angenommen.

Gr. Hellmann ersucht um nachträgliche Genehmigung der auf Grund des § 93 G. V. getroffenen Verfügung hinsichtlich der Erteilung der Baubewilligung zur Errichtung einer Freiluftstation beim Umspannwerk Wien-Süd, XII., Pottendorferstrasse.

Gr. Millik (E. L.) führt über die Art der Arbeitsvergebung für einen Zubau zu der Hauptfeuerwache Döbling Beschwerde. Für diese Arbeit wurden 5 oder 6 Offerte eingebracht. Die Angebote wurden durchgerechnet und die Arbeit sollte nun dem Bestbieter vergeben werden. St. R. Breitner jedoch liess sich den Akt kommen, legte die Offerte der Gesiba vor und fragte die Gesiba, ob sie die Arbeit billiger machen könne. Die Gesiba hat diese Frage selbstverständlich bejaht und so wurde ihr auch die Arbeit zugewiesen, obwohl sie gar kein Recht hat, solche Arbeiten ^{auch} durchzuführen. Die Gesiba hat die Arbeit weitergegeben. Diese Art der Arbeitsvergebung ist ein Schaden für die Gewerbetreibenden und wir müssen daher dringendst um Abstellung solcher Missbräuche bitten.

St. R. Breitner stellt nun fest, dass GR. Millik absolut nicht richtig informiert sein könne. Der Tatbestand hinsichtlich der Arbeitsvergebung anlässlich des Zubaus zu der Hauptfeuerwache Döbling ist folgender: Es werden mir, wenn es sich um Zuschusskredite handelt, die Offerte vorgelegt. Das war auch bei dem erwähnten Zubau der Fall. Nun ist jedoch nur eine einzige Offert vorgelegen und da habe ich veranlasst, dass noch einige Konkurrenzofferte, darunter auch von der Gesiba eingeholt werden sollen. Damit war die Angelegenheit für mich erledigt. Ich habe den Akt weder der Gesiba gezeigt, noch über die ganze Angelegenheit mit der Gesiba irgendwelche Verhandlungen gepflogen. So wurden noch drei weitere Angebote eingeholt. Darunter war auch ein Anbot der Gesiba, das um fünf Prozent billiger war, als das Anbot des Bestbieters. Daher hat die Gesiba auch die Arbeit bekommen. Es ist selbstverständlich, dass wir gegenüber der Gesiba nicht zweierlei Mass anwenden. (Beifall).

Der Referentenantrag wird angenommen.

Bürgermeister Seitz stellt gegenüber den Beschwerden des GR. Rummelhardt fest, dass der Akt, betreffend Ankauf von Gründen an der Alszeile, Post Nr. 4a, den Ausschuss am 17. September ordnungsgemäss passiert hat. Er konnte aber nicht auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung gesetzt werden, da er mit dem Akt 4b zusammenhängt, der die finanzielle Bedeckung für diese Grundankäufe vorsieht. Dieser letztere Akt wurde im Ausschuss am 17. September behandelt, passierte den Senat am 23. September, konnte also frühestens zusammen mit dem ersten Akt erst heute im Gemeinderat vorgelegt werden.

Es wird sodann der Dringlichkeitsantrag der Gr. Gschlacht und Kolleg in Verhandlung gezogen.

GR. Gschlacht (E. L.) bemerkt in Begründung der Dringlichkeit, es würd^{be} der gesamten Angestelltenschaft der Gemeinde und in der ganzen Öffentlichkeit nicht nur als Unrecht, sondern auch als Schande empfunden werden, wenn der Beschluss des Stadtsenats in der Sache Mader aufrecht bliebe. Wir haben nichts dagegen, dass der schuldlosen Familie eines Angestellten unter die Arme gegriffen wird, aber die Art wie der Beschluss gefasst wurde, ist eine Bestätigung unserer wiederholten Behauptung, dass die Korrumpierung im Programm der Personalpolitik der Mehrheit des Gemeinderates gelegen ist. Die ganze Öffentlichkeit und die Angestelltenschaft hat ein Recht auf die restlose Aufklärung dieser Angelegenheit, (Lebhafter Beifall bei der ^{Christlich-sozialen} ~~Christlich-sozialen~~)

Die Dringlichkeit wird abgelehnt. (Lebhafte Rufe bei den Christlich-sozialem: Unerhört! Skandal! Korruption!) Unter den Zwischenrufen und Lärm bei der ^{Christlich-sozialen} ~~Christlich-sozialen~~ wird die Sitzung um 19'15 Uhr geschlossen.

Wien, am Samstag, den 4. Oktober 1930

.....

Neubestellung des Kontrollamtsdirektors der Stadt Wien.

Anlässlich der Verwaltungsreform hat die Gemeinde Wien im Jahre 1920 ein selbstständiges Kontrollamt eingerichtet, dem die Gebarung- und Rechnungskontrolle hinsichtlich der Aemter, Anstalten, Betriebe und Unternehmungen der Gemeinde obliegt. Das Kontrollamt ist vom Magistrat unabhängig und steht unter der Leitung eines Direktors. Damals wurde Oberrechnungsrat Franz Rudolf Müllner mit der Reform des gesamten Rechnungs- und Kassenwesens und mit der Schaffung des Kontrollamtes betraut und vom Stadtsenat zum Direktor dieses neuen Amtes auf die Dauer von fünf Jahren ernannt. Nach Ablauf der ersten Funktionsperiode wurde Kontrollamtsdirektor Müllner im Jahre 1925 wieder mit der Leitung des Kontrollamtes betraut. Gestern hat nun der Wiener Gemeinderat auf Vorschlag des Bürgermeisters Direktor Müllner neuerlich auf fünf Jahre zum Direktor des Kontrollamtes bestellt.

Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche hält der Wiener Landtag am Montag um 16 Uhr 30 eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung steht die Wahl eines Mitgliedes der Leitung des Verbandes der gewerblichen Fortbildungsschulen. Der Wiener Stadtsenat tritt am Dienstag um 10 Uhr zusammen. Anschliessend daran findet eine Sitzung der Wiener Landesregierung statt. Der Wiener Gemeinderat hält in der kommenden Woche keine Sitzung ab.

Der Christkindlmarkt bleibt auf dem Neubaugürtel.

Bekanntlich hat im November des Vorjahres der Gemeinderatsausschuss für Ernährungs- und Wirtschaftswesen aus zwingenden Verkehrsrücksichten den Beschluss gefasst, den Christkindlmarkt vom Stephansplatz auf den inneren Neubaugürtel zu verlegen. Diese Verlegung, gegen die anfangs Vorstellungen erhoben worden waren, hat schliesslich die Zustimmung der Marktbesucher gefunden, weil es sich erwies, dass der Geschäftsgang auf dem neuen Marktplatz besser war als seinerzeit auf dem Stephansplatz. Es hat daher auch die Genossenschaft der Marktfahrer sofort nach Schluss des vorjährigen Marktes an den Wiener Magistrat das Ansuchen gerichtet, den Christkindlmarkt ständig auf dem Neubaugürtel zu belassen. Dabei verwies die Genossenschaft darauf, dass die Aufstellung

.....
von Kabelköpfen und die sonst notwendigen Investitionen auf irgendeinem neuen Platze wieder grosse Kosten verursachen würden.

In der Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Ernährungs- und Wirtschaftswesen am 27. November 1929 war jedoch angeregt worden, den Christkindlmarkt wieder in die Innere Stadt zu verlegen. Aus diesem Grunde wurden eingehende Erhebungen angeordnet und durchgeführt. Als Aufstellungsplatz für den Christkindlmarkt stand der Platz auf dem Franz Josefs-Kai zwischen Salztorbrücke und Aspernbrücke, weiter der Minoritenplatz und der Freiheitsplatz in Erwägung. Die Erhebungen ergaben jedoch, dass der Platz auf dem Franz Josefs-Kai nicht für den Markt verwendet werden kann, weil die städtischen Strassenbahnen, denen dort die Grundverwaltung zusteht, ernste technische und damit finanzielle Einwendungen erhoben. Der Minoritenplatz musste als ungeeignet bezeichnet werden, weil er räumlich unzulänglich ist und auch von Passanten nur sehr schwach begangen wird. Der Freiheitsplatz ist von Durchzugsstrassen mit starkem Fuhrwerk- und Automobilverkehr unterbrochen und kommt daher als Marktplatz nicht in Betracht. Schliesslich wurden auch noch der Heldenplatz, der innere Burgplatz und der Josefsplatz als Aufstellungsort für den Christkindlmarkt in Erwägung gezogen. Da jedoch schon vor vier Jahren das Bundesministerium für Handel und Verkehr, dem die Verwaltung der Burg obliegt, in dieser Frage einen begründeten ablehnenden Standpunkt eingenommen hat, unterblieb eine neuerliche Intervention bei der zuständigen Bundesstelle. Ein anderer geeigneter Platz für den Christkindlmarkt ist in der Inneren Stadt nicht vorhanden; es kommt daher eine Rückverlegung des Christkindlmarktes in die Innere Stadt nicht mehr in Frage.

Der Magistrat hat die an der Verlegung des Christkindlmarktes interessierten Aemter und Stellen befragt, ob sie gegen die Belassung des Marktes auf dem Neubaugürtel Einwendungen erheben. Die Antworten auf diese Anfrage sprachen sich im allgemeinen für die Belassung des Marktes auf dem Neubaugürtel aus. Nur das Handels-Gremium des XII., XIII., XIV. und XV. Bezirkes und das Handelsgremium Hernals sprachen sich gegen die Belassung des Marktes auf dem Neubaugürtel aus, weil im Vorjahre die Handelstreibenden dieser Bezirke infolge des Marktes einen geringeren Umsatz gehabt hätten. Da jedoch eine Verlegung des Marktes in die Innere Stadt nicht erfolgen kann, mussten diese Bedenken unberücksichtigt bleiben.

Bei einem am 19. September 1930 abgehaltenen Lokalaugenschein

.....
wurden die genauen Bedingungen für die Belassung des Christkindlmarktes auf dem Neubaugürtel festgelegt. Auf Grund der durchgeführten Erhebungen hat der Gemeinderatsausschuss für Ernährungs- und Wirtschaftswesen nunmehr beschlossen, dem Ansuchen der Genossenschaft der Marktfahrer um dauernde Belassung des Christkindlmarktes auf dem Neubaugürtel Folge zu geben.

.....
Goldene Hochzeiten.

In diesen Tagen feierten die Ehepaare Josef und Franziska Neumayr, Michael und Anna Vanacek, Georg und Anna Benisch und Samuel und Fanny Buchbinder ihre goldene Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

.....
Der Leuchtbrunnen in Betrieb.

Morgen, Sonntag, wird der Leuchtbrunnen auf dem Schwarzenbergplatz in der Zeit von 18 Uhr 30 bis 19 Uhr 30 in Betrieb sein.

.....
Fortbildungsschule für Hausgehilfinnen.

In der Fortbildungsschule für Hausgehilfinnen, die am 14. September wieder eröffnet wurde, werden zwei Jahrgänge und ein Lehrkurs für Absolventinnen geführt. Der erste Jahrgang umfasst den Unterricht in Kinderpflege, Haushaltungskunde, Körperpflege, Bürgerkunde und Nähen. Im zweiten Jahrgang wird Kochen, Nähen und praktische Haushaltungsführung gelehrt. Für Absolventinnen beider Jahrgänge ist ein Lehrkurs für Diät- und Feinküche vorgesehen. Anmeldungen zum ersten Jahrgang werden im Gebäude der Fortbildungsschule, Mollardgasse 87, täglich ab 6 Uhr abends und im Verbands "Einigkeit", Rchl. gasse 2, während des ganzen Tages entgegengenommen.

.....
Vortrag im Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum.

Morgen, Sonntag, findet um 11 Uhr im Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien, Neues Rathaus, Eingang Rathauspark, bei freiem Eintritt ein allgemein zugänglicher Vortrag statt. Ilse Kulcsar spricht über das Thema: Rohstoffprobleme der Weltwirtschaft.

Montag, den 6. Oktober 1930.

Abg. Rummelhardt meldet sich zur tatsächlichen Berichtigung.

Präsident Dr. Lanneberg: Eine tatsächliche Berichtigung gegenüber Erklärungen des Präsidenten gibt es nicht. Wenn die christlichsozialen Redner irgendeine Bemänglung vorzubringen haben, werden sie im Laufe der Debatte über die dringlichen Anfragen hierzu geäußert haben.

Die Abgeordneten Nachtnebel, Leopoldine Glöckel, Thaller und Genossen haben folgende dringliche Anfrage an den Landeshauptmann gerichtet:

"Der Pressestaatsanwalt Dr. Schwartz hat am Samstag in der Arbeiter-Zeitung in dem Artikel: Die Regierung Vaugoin im Spiegel des Auslandes folgende Stelle konfiszieren lassen:

'Mit kaum verhohlener Ironie und unverhohlenem Misstrauen betrachtet das Ausland, das kapitalistische Ausland, den glänzenden Beginn der Straffella-Regierung. Wenn man bedenkt, welche Bedeutung die Meinung des Auslandes gerade in wirtschaftlicher Hinsicht für Oesterreich hat, so kann man ermessen, welchen Schaden die politische Tätigkeit der Vaugoin, Seipel und Starhemberg uns täglich und stündlich bringt.

Freilich, was verschlägt es dem christlichsozial-heimwehlerischen Spiessbürgertum, wenn der christlichsoziale Protektions- und Korruptionssumpf Abscheu bei der ganzen gesitteten Welt erweckt!'

Der Staatsanwalt lässt behaupten, in dieser Stelle werde das Vergehen nach § 300 St.G. begangen: dass dadurch zum Hass und zur Verachtung gegen einzelne Organe der Regierung in Beziehung auf ihre Amtsführung aufgereizt wird: obwohl von einer Amtsführung der Regierung mit keinem Worte die Rede ist und die Bemerkung, dass die Regierung "Schaden" zufüge, natürlich weder eine Schmähung noch Verspottung ist, durchaus im Bereiche berechtigter politischer Kritik bleibt. Deshalb ist Sinn und Zweck dieser unerhörten Beschlagnahme nicht zu verkennen: Der Staatsanwalt hat einfach den Befehl erhalten, die Arbeiter-Zeitung zu drangsalieren, die von der Verfassung gewährleistete Freiheit der Meinungsäußerung zu unterbinden, und er scheut die erbärmlichsten Gesetzesverletzungen nicht, um dem schändlichen Diktat der Antimarxisten zu entsprechen.

Dabei muss aber auf die strafprozessualen Gesetzverletzungen hingewiesen werden, die da verübt wurden, um diese Beschlagnahme zu vollenden. Das Pressgesetz der Republik hat die frühere Konfiskationsbefugnis der Staatsanwaltschaft beseitigt: das 27. Hauptstück der Strafprozessordnung, das von dem Strafverfahren in Presssachen handelt, ist restlos aufgehoben worden. Was nun das Gesetz dem Staatsanwalt verbietet, macht er auf Umwegen - wobei allerdings die schmäglichste Vergewaltigung der gesetzlichen Bestimmungen nicht gescheut wird. Der § 98 der St.P.O. ermächtigt den Untersuchungsrichter, wenn die Untersuchung eingeleitet ist, "Gegenstände, an oder mit welchen die strafbare Tat verübt wurde, oder welche der Täter am Orte der Tat zurückgelassen haben dürfte, überhaupt Gegenstände, welche von dem Beschuldigten oder von Zeugen anzuerkennen sind oder in anderer Weise zur Herstellung des Beweises dienen können, soweit es möglich ist, in gerichtliche Verwahrung zu nehmen." Dass unter diesen Gegenständen niemals an eine ganze Auflage einer Zeitung gedacht worden ist, geht mit absoluter Klarheit aus der Verfügung hervor, die das Gesetz für diese "Gegenstände" anordnet. Sie sind, ordnet das Gesetz an, "entweder in einen mit dem Gerichtssiegel zu verschliessenden Umschlag zu legen,

oder es ist an ihnen eine gegen Unterschlebung oder Verwechslung schützende gerichtliche Bezeichnung anzubringen." Und das soll die Verfügung sein, die das Gesetz für viele Zehntausende Exemplare einer Zeitung vorsehen würde! Mit diesem Paragraphen übt der Staatsanwalt - immer der Herr Pressestaatsanwalt Dr. Schwartz - nun folgenden Missbrauch, der offenkundig ein Missbrauch seiner Amtsgewalt ist: er füllt ein Blankett aus, das als vom Untersuchungsrichter herrührend bezeichnet wird, das ihm also der Untersuchungsrichter schon vorher zur Verfügung stellt. In diesem Blankett ordnet scheinbar der Untersuchungsrichter, in Wahrheit aber in der Maske des Untersuchungsrichters der Staatsanwalt, die Beschlagnahme an, schickt dann, wie es sich am Samstag tatsächlich abgespielt hat, um 5 Uhr morgens einen Beamten mit dem ausgefüllten Blankett zu einem Untersuchungsrichter, der in der Nähe des Landesgerichtes wohnt - in diesem Falle schickte er zu dem Herrn Dr. Felix Ruff, einem Landesgerichtsrat, der in der Albertgasse 17 wohnt - lässt den Untersuchungsrichter aus dem Schlafe wecken und dieser gibt, vielleicht noch schlaftrunken, aber jedenfalls ohne die zu konfiszierende Stelle zu lesen, ohne überhaupt irgendwie nachzudenken, auf das Blankett einfach seine Unterschrift, prägt darauf die Stempel des Landesgerichtes, die er zu diesem edlen Zweck in seine Privatwohnung nimmt: und damit ist - in der Nacht! - die "Voruntersuchung eingeleitet" und in derem Zuge hat der aus dem Schlafe geweckte Untersuchungsrichter die Ueberzeugung gewonnen, dass - welcher Hohn! - "zur Herstellung des Beweises" die Verwahrung von ungezählten Tausenden Exemplaren der Arbeiter-Zeitung notwendig sei. Wohl noch nie ist eine strafprozessuale Bestimmung so niederträchtig entstellt und missbraucht worden wie hier! Denn die gesetzliche Bestimmung hat, wie schon aus ihrem Wortlaut sonnenklar hervorgeht, nur die Verwahrung von "Gegenständen" im Auge, mit welchen das Verbrechen verübt worden ist; nie hat man dabei an Zeitungen gedacht! Und dazu noch der Schwindel mit diesen "Nachtuntersuchungsrichtern", die im Schlafe Voruntersuchungen einleiten! Nur mit der grössten Betrübniß kann man es verzeichnen, dass sich zu dieser Affenkomödie eines Staatsanwaltes Richter hergeben und dem Staatsanwalt für seine bewusste Gesetzwidrigkeit die Deckung verschaffen! Diese Beschlagnahme der Arbeiter-Zeitung ist also die infamste Gesetzwidrigkeit, die überhaupt denkbar ist, und mit ihr wird der letzte Schein des Rechtsstaates vertilgt.

Und dieses ist nun die politische Situation: In der gegenwärtigen Regierung sitzen nicht wenige Minister, die den Mund nicht aufmachen können, ohne auf die Sozialdemokratie gröblichen Unflath zu schleudern, diese selben Minister wollen aber, und zwar in einem Wahlkampf, jedes Wort unterdrücken, das sich gegen sie richtet, das sie kritisiert! Der Herr Innenminister beschimpft die Zeitungen, die ihm nicht hofieren wollen, in einer Weise, die die Empörung jedes Kulturmenschen erregen muss: und den Zeitungen soll es verwehrt sein, ihm zu antworten! Der Herr Bundeskanzler versichert dem Ausland, dass seine Regierung den Geboten der Demokratie ergeben sei und schämt sich nicht, die Freiheit der Meinungsäusserung, die er selbst in so reichem Masse in Anspruch nimmt, den gegnerischen Zeitungen mit gewalttätigen und ungesetzlichen Mitteln unterbinden zu lassen!

Diese planmässige Erwürgung der Pressfreiheit ist aber einleuchtenderweise auch eine grosse Gefahr für Oesterreich, soweit dieses auf das Urteil des Auslandes angewiesen ist. Mit diesen schändlichen Konfiskationen wird im Auslande geradezu naturnotwendig der Eindruck erzeugt, dass in Oesterreich dunkle Pläne am Werke sind, dass hier die öffentliche Ordnung und Sicherheit in besorgniserregender Weise gefährdet ist. Es ist klar, dass dieser Eindruck dadurch unmittelbar hervorgerufen wird, wenn mit den Zeitungen so, ja noch ärger, verfahren wird, als es während des Krieges der Fall war. Wenn die Regierung Vaugoin nichts im Schilde führte, was sich gegen die Freiheit der Bürger, gegen die Unantastbarkeit der Verfassung, gegen die Sicherheit der friedlichen Entwicklung wendet: warum unterbindet sie das freie Wort, warum konfisziert sie ununterbrochen? So und nicht anders denkt und sagt sich das Ausland - und zieht daraus seine Schlüsse, den Schluss, dass die Regierung Vaugoin-Starhemberg mit Putschen schwanger geht und dass der schleichende und offene Faschismus im Begriffe ist, die legalen Wege zu verlassen und mit Gewalt die Verfassung der Republik in die Luft zu sprengen.

Deshalb wird der Landeshauptmann von Wien angerufen, um ihm Gelegenheit zu geben, gegen diesen schändlichen und gefährlichen Unfug seine Stimme zu erheben. Wir fragen Sie also, Herr Landeshauptmann, ob Sie bereit sind, über diese Konfiskationsschande Ihr Urteil abzugeben und dieses Urteil den verantwortlichen Personen in diesem Staate als "Warnung vor gefährlichem Tun zur Kenntnis zu bringen."

Von den Genannten wurde eine zweite dringliche Anfrage an den Landeshauptmann eingebracht, die folgenden Wortlaut hat:

"Im Nachtrage zu der Anfrage über die Konfiskation der Arbeiter-Zeitung bringen wir Ihnen, Herr Landeshauptmann, noch folgende in den letzten Tagen von dem Herrn Pressestaatsanwalt Dr. Schwartz verübten Konfiskationen zur Kenntnis:

1. Er hat im "Abend" vom 3. Oktober folgende Stelle konfisziert:

'Dass sie dies nicht tun, das die Regierung Vaugoin, vor allem Herr Vaugoin und Herr Seipel, zu der Putschdrohung des Herrn Starhemberg schweigen, zeigt, dass sie mit ihm eines Sinnes sind.

Geben wir uns keiner Täuschung hin! Nichts wäre heute gefährlicher, als sich selbst belügen wollen.

Wir haben bereits den Faschismus. Das Kabinett Vaugoin-Seipel-Starhemberg ist ja nichts anderes als der zur Macht gelangte Faschismus!

Es ist überhaupt unerfindlich, was für eine strafbare Handlung in dieser Stelle enthalten sein soll, denn es wäre wohl eine lächerliche Entstellung, in der Behauptung, dass die Herren Seipel und Vaugoin mit dem Herrn Starhemberg "eines Sinnes sind", eine Aufreizung zum Hass und zur Verachtung wider die Herren Seipel und Vaugoin zu erblicken: die doch, da sie mit dem Herrn Starhemberg in einer Regierung sitzen, deutlich bekundet haben, mit ihm wirklich eines Sinnes zu sein. Und nicht minder lächerlich, in der Feststellung, dass die Regierung Seipel-Vaugoin-Starhemberg "der zur Macht gelangte Faschismus ist" eine Schmäherung zu sehen: da sich doch der Herr Starhemberg rühmt, ein Faschist zu sein.

2. In der "Wiener Allgemeinen Zeitung" vom 3. Oktober stand folgender Artikel:

' Diktaturpläne der Heimwehren.

Eine sensationelle Meldung der "Frankfurter Zeitung".

Das Spiel mit dem Bruch der Verfassung.

Die "Frankfurter Zeitung", eines der ältesten und grössten demokratisch-bürgerlichen Organe Deutschlands, bringt in ihrer gestrigen dreigeteilten Ausgabe einen Bericht ihres Wiener Korrespondenten, dem wir auch die Verantwortung für den Inhalt seiner sensationellen Mitteilungen überlassen müssen.

Nach diesen Informationen haben die Heimwehrführer, ehe sie in das Kabinett eintraten, die Forderung erhoben, im Falle eines sozialdemokratischen Wahlsieges solle das Wahlergebnis nicht legalisiert, sondern unter Bruch der Verfassung ein Direktorium mit besonderen Vollmachten zur weiteren Führung der Regierungsgeschäfte eingesetzt werden. Bundespräsident Miklas habe diese Forderung abgelehnt, dafür jedoch die Durchdringung des Bundesheeres und der Verwaltung mit ihren Parteigängern zugesichert.

Wir verweisen in diesem Zusammenhange darauf, dass der grossdeutsche Nationalrat Dr. Otto Wagner vor wenigen Tagen in einer Versammlung eine ganz ähnliche Version vorbrachte. Dr. Wagner erklärte damals, ein christlichsozialer Landesrat habe darauf verwiesen, wenn es mit dem Parlament nicht gehe, dann werde eben zwei Jahre lang mit einem Direktorium regiert werden. Es scheint also doch wohl hinter diesen Aeusserungen ein ernster Sachverhalt verborgen zu sein.

Was den zweiten Teil der Meldung, die Version von der Durchdringung des Bundesheeres mit Heimwehrparteigängern betrifft, wäre darauf zu verweisen, dass der zurückgetretene Bundeskanzler Dr. Schöber gemeinsam mit dem gewesenen Innenminister Ingenieur Schumy in dem Augenblicke an die Ausweisung des Majors Pabst schritt, als dieser sich anschickte, seine Propaganda in die Reihen der Sicherheitswache, der Gendamerie und des Bundesheeres zu tragen. Nunmehr wurde Rüdiger Starhemberg das Ministerium des Innern überlassen. Starhomb-

berg ist heute derjenige, dem Sicherheitswache und Gendarmen unmittelbar unterstehen. Auch unter diesem Gesichtspunkt gewinnt die vorstehende Meldung der "Frankfurter Zeitung" ein eigenartiges Relief. Nachstehend ihr Wortlaut:

"Wie ich erfahre, hatten die Heimwehrführer zuerst die Forderung aufgestellt, dass im Falle eines sozialdemokratischen Wahlsieges ein Direktorium mit besonderen Vollmachten unter Bruch der Verfassung eingesetzt werde. Der Bundespräsident hat diese Forderung abgelehnt, dafür aber den Heimwehren die Zusicherung gegeben, dass eine grössere Anzahl von Heimwehrmitgliedern in das Bundesheer und in die Verwaltung übernommen werden soll. Die Heimwehren erhielten ferner das wichtige Innenministerium, weiters wurde vereinbart, dass die Nationalsozialisten (Hitler-Richtung) den Wahlkampf mit aller Kraft aufnehmen sollen. Diese Aktion richtet sich in erster Linie gegen die Sozialdemokraten, da man erkannt hat, dass ihnen die christlichsoziale Wahlpropaganda gegenwärtig nichts anzuhaben vermag.

Es ist zu erwarten, dass ein starker Stab von nationalsozialistischen Propagandarednern aus Deutschland nach Oesterreich dirigiert und dass damit der Wahlkampf bisher hier nicht bekannte

Formen annehmen wird.

In ihrer Wirkung kann das Auftreten der Nationalsozialisten vielleicht in viel stärkerer Masse die Christlichsozialen selbst und die anderen bürgerlichen Parteien treffen, als die Sozialdemokraten."

Ein gefährliches Experiment.

Soweit die Meldung der "Frankfurter Zeitung". Die nachstehende Stelle aus dem Leitartikel der "Prager Presse" von heute, die bekanntlich der tschechoslowakischen Regierung nahesteht, weist auf eine ganz ähnliche Auffassung der Situation in Oesterreich hin. Auch dort ist davon die Rede, dass die Heimwehren schwer dazu zu haben sein werden, auch im Falle einer Wahlniederlage die ihnen von Dr. Seipel überlieferten Machtpositionen aus der Hand zu geben.

"Eine andere Frage ist, wie die Heimwehr es aufnehmen wird, wenn der Wahlausgang den gehegten Erwartungen nicht entsprechen sollte. Wird sie der Macht, die ihr so mühelos in die Hand gefallen ist, dann so leicht entsagen? Wird ein günstiger Wahlausgang sie nicht ermuntern, an die Verwirklichung noch weitergehenderer Pläne zu schreiten? Das sind Fragen, die stark beunruhigen müssen, und die erkennen lassen, dass die Verbindung der Christlichsozialen mit der Heimwehr nicht nur ein geschickter wahltaktischer Zug, sondern auch ein gefährliches Experiment ist, das unter Umständen auch für die Christlichsozialen als Partei verderblich werden

kann."

In diesem Artikel hat der Staatsanwalt den ersten und dritten Titel, den zweiten und dritten Absatz der Einleitung, den ersten Absatz der Meldung der "Frankfurter Zeitung" selbst und schliesslich die Wiedergabe der Fragen der "Prager Presse" mit Beschlag belegt. Der Staatsanwalt entblödet sich also nicht, Meldungen eines so ernstesten und bedeutendsten Blattes zu unterdrücken, wie es die Frankfurter Zeitung ist, hat die Dreistigkeit, die Heimwehren als eine vom Gesetze geschützte Institution hinzustellen und begeht die Lächerlichkeit, dem Inland Ansichten vorzuenthalten zu wollen, die nun in der gesamten europäischen Presse geäussert worden. Am anderen Tage hat er in demselben Blatte wieder folgenden Bericht aus Holland unterdrücken lassen:

Wie die holländische Finanzwelt auf das Kabinett Vaugoin reagierte.

Es hätte nicht erst des letzten Manifestes der Heimatführung bedurft, um das Ausland auf die Vorgänge bei uns entsprechend aufmerksam zu machen. Wie man beispielsweise in Holland über den Sturz des Kabinettes Schober und die neugebildete Regierung Vaugoin denkt, illustriert folgender, uns aus absolut zuverlässiger Quelle zugewommener Sachverhalt:

Das grösste österreichische Transporthaus hatte gerade zur Zeit der Regierungskrise mit holländischen Finanzkreisen in Amsterdam wegen eines grossen Kredites verhandelt. Die Transaktion, die ein bedeutendes Kapital nach Oesterreich gebracht hätte, stand vor dem Abschlusse, als die Nachricht von dem Sturze Schobers und von der Kanzlerschaft Vaugoins in Amsterdam einlangte.

Die Verhandlungen wurden sofort abgebrochen, die Holländer erklärten, erst abwarten zu wollen, wie sich die Verhältnisse in Oesterreich weiter entwickeln würden.

Das ist nur ein Beispiel für viele. In den Kreisen der Wirtschaft fragt man sich denn auch bereits, ob sich die christlichsoziale Partei wirklich aus missverstandenen Parteiegoismus oder aus einer weltfremden Ideologie heraus, berufen fühle, die Wirtschaftsinteressen seiner ersten Bürger und Steuerträger mit Füßen zu treten.'

3. Und als ihm die "Wiener Mittags-Zeitung" über seinen Konfiskationskeller Vorstellungen machte und an den Staatsanwalt folgende Fragen richtete:

' Die Regierung Vaugoin-Seipel-Starhemberg muss sich ausserordentlich schwach fühlen, dass sie es für notwendig erachtet, schon in der ersten Woche des Wahlkampfes Methoden anzuwenden, die einer teilweisen Suspendierung der Verfassung gleichkommen. Da die Regierung erkennen muss, dass die Begründung und die Art, wie das verdiente Kabinett Schober gestürzt wurde, bei allen demokratisch denkenden Menschen dieses Landes auf entrüstete Zurückweisung stösst, weil sie erkennen muss, dass kein Regierungskommunique und kein Befähigungsattest des neuen Bundesbahnpräsidenten den Dr. Straffella zur integren Persönlichkeit umwandeln kann, wird zu den Mitteln des Terrors, der Gewalt gegriffen.

Nun fragen wir Sie, Herr Pressestaatsanwalt: Glauben Sie tiefinnerlich wirklich, dass die Meldung der "Wiener Allgemeinen Zeitung" etwas anderes war, als ein Illustrationsbericht? Glauben Sie, dass die Meldung, die ja nur Dinge sagte, die in der österreichischen Wirtschaft zur Genüge und überaus schmerzlich bekannt sind, eine Alarmmeldung war, die dem Rotstift verfallen musste, weil sonst die österreichische Wirtschaft heute wahrscheinlich von einer "Katastrophe" getroffen worden wäre?'

konfiszierte der Staatsanwalt auch diese Fragen, obwohl sie formell und inhaltlich nur sein eigenes Treiben beleuchten.

Aus diesen Konfiskationen ergibt sich die boshafte Planmässigkeit des Feldzuges, den der Herr Pressestaatsanwalt Dr. Schwartz gegen die unabhängige Presse führt und so die Beantwortung der Frage, die in der vorangehenden Anfrage an den Herrn Landeshauptmann gestellt wird, umso dringlicher.

Die Verlesung der beiden Anträge wird wiederholt von Zwischenrufen der Christlichsozialen begleitet.

Präsident Dr. Danneberg schlägt vor, die beiden dringlichen Anfragen gemeinsam zu verhandeln. Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Abg. Nachtnebel (soz. dem.) erklärt, er habe keine weitere Begründung für die Dringlichkeit der beiden Anfragen vorzubringen. Er ersuche nur, den Bürgermeister der Stadt Wien als Landeshauptmann, die beiden Anfragen in der heutigen Sitzung sofort zu beantworten.

Landeshauptmann Seitz : So berechtigt und notwendig die Anfragen sind, will ich doch nicht bestreiten, dass sie mich in eine peinliche Lage versetzen. Als Chef der Landesregierung von Wien bin ich in Hinsicht auf das Verhältnis der Regierung eines Landes und der Regierung des Bundes verpflichtet, mich einer scharfen Kritik und eines scharfen Wortes zu enthalten. Wenn ich aber gerufen werde, mein Urteil über dieses Vorgehen eines Organes der Bundesregierung, des Wiener Staatsanwaltes, zu bekunden, so würde kein Wort der deutschen Sprache scharf genug sein, um an ein solches Vorgehen heranzureichen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit). Ich werde mich bemühen, den Gegenstand zurückhaltend und objektiv zu behandeln.

Jeder von uns, der Oesterreich liebt und unser Wien, der ihre Sorgen zu seinen Sorgen macht, sagt sich: Wir haben die Pflicht, bei jeder einzelnen Handlung, und wäre sie noch so geringfügig, immer darauf bedacht zu sein, wie sie sich wirtschaftlich ausübt, was sie als Schaden oder als Vorteil für die Wirtschaft Oesterreichs und für die Wirtschaft dieser Stadt bedeutet. Nun wird niemand bestreiten, dass unter den heutigen Verhältnissen nicht nur der Warenverkehr, sondern insbesondere auch der Geldverkehr in Europa - und je östlicher man kommt, umso mehr - durch die Besorgnisse über die Gestaltung der äusseren und inneren Politik gewisser kleiner Staaten, die sich in der östlichen Mitte und im Osten Europas nach dem Weltkriege gebildet haben, erschwert wird. Eine der Hauptquellen der Störungen unseres Wirtschaftslebens liegt ja in dem geringen Vertrauen des Kaufmannes. (Rufe bei den Christlichsozialen: Sie beunruhigen doch das Ausland unentwegt! - Stürmischer Wider-

.....
spruch bei der Mehrheit und Rufe: Drohen wir mit einem Putsch?). Nun ist nicht zu bestreiten, dass jeder weisse Fleck in einer auch nur einigermaßen namhaften Zeitung im Ausland Befürchtungen über den betreffenden Staat erweckt. Wenn man im Ausland der Überzeugung ist, dass eine solche Konfiskation aus staatspolizeilichen Gründen erfolgt ist, so ist das immer für den betreffenden Staat eine gewisse Verlegenheit und bedeutet immer bis zu einem gewissen Grade eine Schädigung seines Ansehens. Sollten sich daher solche Konfiskationen häufen, so könnten sie geradezu zu einer Gefahr werden und es wäre erste und oberste Aufgabe aller Regierungen - des Bundes sowie der Länder - dahin zu wirken, dass eine solche Schädigung vermieden wird. Vor allem hätte die Regierung den Staatsanwalt, der, wie mir scheint, denn doch nicht jene tieferen Erwägungen anstellt, die gerade heute bei jeder politischen Konfiskation in Oesterreich notwendig sind, anzuweisen, derartige Beschlagnahmen immer genau zu prüfen und unter Umständen sich eine Weisung seiner vorgesetzten Behörde einzuholen. Ich habe das schon einmal im Parlament bei einem solchen Anlass gesagt. Damals war ein anderer Justizminister im Amte, von dem ich erwarten konnte, dass er Erwägungen seriös-politischer Art zugänglich ist. Inwieweit dies heute der Fall ist, kann man natürlich schwer beurteilen, weil niemand bisher in Oesterreich Gelegenheit gehabt hat, den derzeitigen Justizminister und seine politischen Qualitäten kennenzulernen.

Weit über den Rahmen dessen hinaus, was eine logische Folge der tristen Lage der gesamten Weltwirtschaft ist, befinden wir uns in einem sehr traurigen Zustand. Wir haben in Wien und Umgebung, im angrenzenden Lande Steiermark, ein Industriegebiet von einer Kapazität, wie sie etwa einem 40 Millionenreich entspricht. Wien ist der Sitz von Finanzinstituten, die für ein 40 Millionenreich bestimmt waren, Wien ist der Sitz eines Handels, der für ein 40 Millionenreich bestimmt war. Wie können wir angesichts der Teilung des alten Wirtschaftsgebietes, der Absperrungen und der handelspolitischen Verhältnisse diese Kapazität ausnützen? Unsere Aufgabe ist es, soweit als möglich, die Schranken und Zollgrenzen zu durchbrechen, soweit als möglich zu erweisen, dass wir industriell und gewerblich leistungsfähig sind, uns ausserhalb Oesterreichs den Markt ^{zu} sichern und so auch unserer heimischen Industrie, un-

.....

soem Gewerbe und unserem Handel ein möglichst grosses Arbeitsgebiet zu sichern. Wir haben die Pflicht, nicht nur konsolidiert zu sein, sondern auch zu erscheinen, konsolidiert in unserer Wirtschaft und in unseren Finanzen. (Lebhafte Zwischenruf und Lärm bei den Christlichsozialen). Von diesem Standpunkt aus kann ich als Chef der Wiener Landesregierung nicht eindringlich und ernst genug davor warnen, dass wir etwa in diesem Herbst abermals in eine Lage kommen, in der wir uns schon im Vorjahre befunden haben. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten. - Lebhaftes Zwischenrufe bei den Christlichsozialen. - Abg. Dr. Kolassa: Warnen Sie Ihre Parteigenossen!) Ich will das traurige Kapitel nicht noch einmal besprechen. (Andauernde Zwischenrufe und Lärm bei den Christlichsozialen. Rufe: Sagen Sie das Ihren Parteigenossen! Was ist mit dem 15. Juli?!) Aber im Vorjahr war eine Kapitalflucht zu verzeichnen, die nachweisbar einen Betrag erreicht hat, wie der ganze Erlös der Anleihe, die wir als einen so ungeheuren Glücksfall begrüsst haben. (Lebhafte Hört! Hörtrufe bei den Sozialdemokraten. - Abg. Zimmerl: Wer ist schuld daran? - Diesen Zwischenruf des Abgeordneten Zimmerl beantworten die sozialdemokratischen Abgeordneten mit dem stürmischen, wiederholten Zuruf: Sie! Sie! Sie! - Minutenlanges Lärm im ganzen Hause. - Die sozialdemokratischen Abgeordneten rufen dem Abgeordneten Zimmerl zu: Sie sollen schweigen! Sie sollen sich verkriechen! Sie Konjunkturpolitiker! - Stürmische Gegenrufe bei den Christlichsozialen. - Abg. Kolassa: Ihr braucht eine gute Wahlparole! - Andere Christlichsoziale rufen: 15. Juli! 15. Juli! - Abg. Preyer: ruft unausgesetzt: Ihr Bolschewiken! Ihr habt einen Putsch machen wollen! Ihr Bolschewiken! - Andauernde Zwischenrufe und Lärm.)

Landeshauptmann Seitz: Schon der eine Zwischenruf ist bezeichnend. Wenn man eine Partei, der in Wien fast zwei Drittel der Bevölkerung angehören, die das Land und die Stadt verwaltet, als Bolschewiken bezeichnet, so zeigt das ganz deutlich, welche Auffassung über Wien Sie im Auslande verbreiten wollen und diese Auffassung über Wien würde dann auf ganz Oesterreich bezogen werden. Man darf sich da nun nicht wundern, dass im Ausland wirklich solche Auffassungen über Oesterreich entstehen und dass dann Handel und Industrie dadurch in der schwersten Weise beeinträchtigt werden. (Andauernde

.....
Zwischenrufe) Wenn wir in diesem Herbst schon wieder hören, dass man Aufmärsche bewaffneter Formationen veranstalten will, wenn wir jetzt schon wieder junge Leute reden hören, dass sie ihren Gegnern mit Brachialgewalt entgegenzutreten werden, wenn wir jetzt wieder junge, gewissenlose Leute davon reden hören, dass der Bestand der Verfassung fraglich sei, wenn sich junge Leute erkönnen, der Verfassung zu trotzen, und wenn wir hören, dass an hervorragendster Stelle des Staates Sympathien mit solchen frechen Jungen bestehen, (stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten) dann besteht allerdings die grösste Gefahr, dass wir abermals in die Lage kommen, in der wir im vorigen Jahr gewesen sind. Ich wäre fröh, wenn ich da unrecht hätte. Wenn jedes Jahr zwei, drei Monate lang durch derartige Wirrnisse geradezu der Bestand des Staates in Frage gestellt wird, und die Bonität seiner Wirtschaft, dann werden wir in eine Lage kommen, wie im vorigen Jahr. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten). Das ist die Angst und Sorge, die jedermann haben muss, der es mit dieser Stadt gut meint und es ist ein wahres Unglück, dass man verblendet von politischem Parteihunger (Lobhafter Widerspruch bei den Christlichsozialen. - Rufe: Nicht wir! Sie!), verblendet von einem Parteaustausch kein Verständnis für das wirtschaftliche Interesse unseres Gewerbes, unserer Industrie und unseres Handels haben (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten. - Lebhaft andauernde Zwischenrufe bei den Christlichsozialen. - Abg. Dr. Kolassa: Sie wollen von der Rettung des Gewerbebestandes sprechen. - Abg. Preyer: Erst haben Sie das Gewerbe zugrunde gerichtet! Schauen Sie die Arbeitslosen an. - Abg. Eisinger (Soz. dem.): Preyer, der Führer der Straffelloten-Partei! - Lebhaft Zwischenrufe bei den Christlichsozialen. - Abg. Preyer zum Abg. Eisinger: Sie sind ein Verleumder! - Lebhaft Rufe bei den Sozialdemokraten: Straffella! Straffella! - Abg. Müller: (Chr. Soz.): Lassen Sie, Herr Breitner, uns nicht so beleidigen, dass man uns eine Straffelloten-Partei nennt!)

Landeshauptmann Seitz: Allen Wienern, die unbekümmert um ihre Parteistellung ein Interesse an der ruhigen wirtschaftlichen Entwicklung haben, allen Wienern, die Industrie, Gewerbe und Handel unserer Stadt wiederum zu ihrem alten Glanz verhelfen wollen, müssen wir sagen; Rufen Sie die Störer energisch zur Ordnung! (Stürmischer Beifall). Was wir brauchen, ist Ruhe, ist die ruhige

.....
Wirtschaft, was uns schadet, das ist der Lärm der Strasse, das sind die Aufzüge, das sind die Zeitungen mit den grossen Lettern, das sind die bramarbasierenden Reden einiger unverantwortlicher junger Leute, ob sie in dieser oder jener Stellung sind, Als der verantwortliche Vertreter dieser Stadt und der Landesregierung Wien bitte ich alle, alle, die es gut meinen: Ruft die Störer zur Ordnung! (Lobhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

In der Anfrage wird gesagt, es sei diese Konfiskation eine Schande, und ich glaube sogar gehört zu haben, ein Verbrechen. Ich werde solche Ausdrücke nicht gebrauchen. Ich kann nur nach einem bekannten Muster sagen: Es ist mehr als eine Schande und mehr als ein Verbrechen, es ist ein Fehler. (Lobhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Eine Regierung in solcher Zeit soll Fehler vermeiden und ich werde daher auch dem Wunsche der Interpellanten Rechnung tragend, die Regierung über diese Interpellation, über dieses Vorkommnis und über die daran gefügten Erörterungen im Landtag entsprechend informieren. Ich hoffe dabei Gelegenheit zu haben, die Interessen Wiens zu wahren. Nicht nur die Interessen Wiens, die Interessen Oesterreichs stehen auf dem Spiel. (Abg. Prinke: Wahlschlager brauchen wir!) Dann suchen Sie sich die Wahlschlager, aber lassen Sie die Stadt in Ruhe. (Lobhafte Zustimmung und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten). Wir stehen vor der Abgabenteilung, und es wird sich wieder ergeben, dass achzig Prozent der Steuern, die an den Bund gezahlt werden müssen, von den Steuerträgern Wiens zu zahlen sind, dass also das wirtschaftliche Leben dieser Stadt die Basis ist für die Existenz der Republik, dass es manchem Lande in Oesterreich überhaupt möglich ist, von seinen Mitteln zu leben und dass sowohl die Gesamtverwaltung des Staates, als ein grosser Teil der Länder nicht ohne Ressourcen leben könnte, die von Wiens Steuerträgern geschöpft werden. Es gibt keinen Gegensatz der Länder zu Wien, es ist das grösste Interesse der Länder, dass das Wirtschaftsleben dieser Stadt gedeihe. Es wäre die Pflicht auch der Landesregierungen, draussen ihre jungen Leute zur Ordnung zu mahnen und ihnen zu sagen, dass der Kampf gegen Wien und sein Wirtschaftsleben vor allem ein Unglück für sie ist. Wir haben alle ein gemeinsames Interesse. Hoffen wir, dass es uns gelingt, über diese Wahlen hinwegzukommen, durch diese Wahlen in Politik und Wirtschaft reine zu machen und Oesterreich und seine Hauptstadt einem geordneten Leben zuzuführen. (Stürischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Abg. Zimmerl stellt zur formellen Geschäftsbehandlung fest, dass
 121
 gemäss § ~~fünft~~ der Verfassung der Präsident des Landtages in seiner Verhin-
 derung durch den zweiten Präsidenten vertreten wird und dass dieselbe Be-
 stimmung in der Geschäftsordnung enthalten ist. Er erinnert den Präsidenten
 Dr. Danneberg daran, dass seine Partei bei Stilisierung der Verfassung diese
 Formulierung verlangt habe, weil seine Partei im Gemeinderat die Erfahrung
 habemachen müssen, dass der Vorsitzende der christlichsozialen Partei über-
 gangen werde. Präsident Dr. Danneberg habe damals ausdrücklich erklärt, dass
 das im Landtage nicht statthaben wird und er hat der von uns vorgeschlagenen
 Stilisierung zugestimmt. Er konstatiere, dass er, der zweite Präsident des
 selbst
 Landtages im Saale anwesend gewesen sei als Präsident Dr. Danneberg den
 den dritten Stellvertreter Hellmann mit der Stellvertretung im Vorsitz be-
 traut habe. Dadurch sei die Verfassung verletzt und gebrochen worden. (Leb-
 hafte Hört! Hörtrufe bei den Christlichsozialen. - Stürmische Zwischenrufe
 bei den Christlichsozialen und Rufe! Wieder der Bolschewismus!) Es dauert
 geraume Zeit, bis es dem Präsidenten Hellmann gelingt die Ruhe herzustellen,
 worauf Präsident Dr. Danneberg erklärt, dass es vollkommen unrichtig sei,
 was der Abg. Zimmerl hier behauptet hat. Der Präsident ist keineswegs ver-
 pflichtet der Reihe nach seine Stellvertreter zum Vorsitz zu berufen, sondern
 er kann das in einer beliebigen Reihenfolge tun. Das ist auch wiederholt
 so geschehen, geschieht auch im Parlament immer so und ist keineswegs ein
 Bruch der Geschäftsordnung (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit).

Der grösste Teil der christlichsozialen Abgeordneten verlassen nun
 ihre Plätze und gehen sich unter lauten Abzugrufen zur Estrade des Vor-
 sitzenden. Abg. Prinke schlägt wiederholt mit der geballten Faust auf den Tisch
 der Stenographen und ruft unausgesetzt: Solange Herr Hellmann hier prä-
 sidiert, wird nicht verhandelt werden! Abg. Preyer: Sie sitzen widerrechtlich
 oben! Abg. Rummelhardt Sie gehören nicht dorthin! Schliesslich rufen die Christ-
 lichsozialen so laut, nach der Entfernung des Vorsitzenden, dass jedes Ver-
 handeln unmöglich wird. Präsident Dr. Danneberg begibt sich nun auf die Tribüne
 des Vorsitzenden und löst den Präsidenten Hellmann ab. Die Christlichsozialen
 rufen: Jetzt kann wieder verhandelt werden!

Präsident Dr. Danneberg verwarft sich nochmals dagegen, dass durch
 die Uebergabe des Vorsitzes an den dritten Präsidenten die Geschäftsordnung
 verletzt worden sei.

Abg. Rummelhardt bemerkt, es sei wirklich beschämend, dass derlei
 Szenen im Wiener Landtag vorkommen können. (Lebhafte Zustimmung und Rufe bei
 der Mehrheit: Jawohl!) Es ist noch beschämender, dass derartige Szenen durch
 688

das Präsidium selbst herbeigeführt werden. (Lebhafte Zwischenrufe bei der Mehrheit und Gegenrufe bei den Christlichsozialen. - Abg. Angermayer ruft dem Präsidenten zu: Hören Sie den Herrn Eisinger nicht? Das gibt es doch nicht! "Lausbuben und Dreckbuben", hat er gesagt!)

Präsident Dr. Danneberg : Es ist in dem Lärm unmöglich, hier etwas zu verstehen. Ich werde mir das stenographische Protokoll vorlegen lassen. (Zwischenrufe des Abg. Eisinger.) Herr Abg. Eisinger, Sie haben nicht das Wort!

Abg. Rummelhardt : Es wäre doch an der Zeit, dass endlich auch Sie darauf sehen, dass die von Ihnen geschlossenen Vorschriften und vor allem die Geschäftsordnung eingehalten werden. Die Verfassung sagt ausdrücklich, im Falle der Verhinderung vertritt den Präsidenten der zweite, bzw. der nächste Präsident. (Präsident Zimmerl löst unter lebhaftem Beifall der Christlichsozialen den Präsidenten Dr. Danneberg im Vorsitz ab). Lächerlich ist es geradezu, wenn Sie diesen Geschäftsordnungsbruch durch eine Verdrehung entschuldigen wollen und dieses "beziehungweise" so auslegen, als wenn es in der freien Willkür des ersten Präsidenten gelegen wäre, welchen der anderen Präsidenten er mit seiner Stellvertretung betraut. Wir müssen darauf bestehen, dass die Verfassung genau eingehalten wird, denn wir sind Ihnen gegenüber die Schwächeren. Das ist nicht Eitelkeit, sondern eine Wahrung des verbrieften Rechtes, der kleinen Rechte, die Sie uns gelassen haben. Es ist wirklich unerhört, dass Sie in einer Sitzung gleich hintereinander mehrere Rechtsbrüche verüben. Der Landeshauptmann redet davon, dass Ordnung und Gesetzmässigkeit walten müssen. - Herr Landeshauptmann und Herr Präsident des Landtages, halten Sie in erster Linie die Ordnung ein! (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Es ist nicht so, dass vielleicht der Präsident zufällig nicht auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung gedacht hat. Einer Ihrer Herren hat es schon verraten: Sie haben es im Klub beschlossen, dem Kollegen Zimmerl jene Rechte zu rauben, die ihm als Landtagspräsidenten gebühren. Das zeigt so deutlich Ihre Auffassung von der Freiheit, von der Demokratie, von der Ordnung und vom Rechte.

Als ich mich gleich zu Beginn der Sitzung zur Geschäftsordnung zum Wort meldete, übersah das der Präsident hochmütig oder überhörte es - genug er hat mir das Wort nicht gegeben. Er meinte dann, dazu gibt es keine Worterteilung. Zur Geschäftsordnung und zur Wahrung der Geschäftsordnung gibt es immer das Wort! Aber Sie setzen sich sowie der Bürgermeister und Ihre ganze Partei über jedes Recht und über jede Ordnung hinweg. Wir müssen gegen dieses Vorgehen auf das entschiedenste protestieren. Protestieren müssen wir aber auch gegen die hinterhältige Art, mit der Sie uns heute in die Landtagssitzung

geloct haben. Es ist klar, dass Sie sich angesichts der kommenden Wahlen nur politisch ausgeben und vor allem den Artikel in der Arbeiter-Zeitung immunisieren wollten. Ein solches Vorgehen ist verächtlich. Das Strafrecht und das Pressewesen ist sowohl in Gesetzgebung wie in Vollziehung nach Artikel 10 der Bundesverfassung Sache des Bundes. Die Ueberprüfung der Geschäftsführung der Bundesregierung und ihrer Organe stët nach dem Artikel 52 der Bundesverfassung nur dem Nationalrat zu. Der Landtag ist also gar nicht zuständig und gar nicht berechtigt, in Verfügungen, die das Strafrecht und das Pressewesen betreffen, einzugreifen und es ist eine lächerliche ^{Farce} ~~Farce~~, dass Sie den Landeshauptmann in dieser Sache interpellieren. Dieses Vorgehen ist nicht nur ungesetzlich, sondern macht Sie vor der ganzen Öffentlichkeit lächerlich. Ich habe nur das Wort ergriffen, um die demagogische Art, mit der der Landeshauptmann diese inszenierte Interpellation beantwortet, entsprechend zu geisseln. In dem Artikel der Arbeiter-Zeitung werden eine Reihe von Pressestimmen aus dem Ausland zitiert. Diese Pressestimmen sind aus Zeitungen, die Sie inspirieren, und was dadrinnen steht, haben Ihre Leute schon vorher ins Ausland hinausgeschickt. Man kann dem Staatsanwalt nur dreimal Recht geben, dass er solche Sachen konfisziert, denn es muss endlich mit der Maxime ein Ende haben, dass die Arbeiter-Zeitung solange hetzt, bis irgendein Mordbube wieder zur Waffe greift und auf den Bundeskanzler schießt. (Zustimmung bei den Christlichsozialen). Es muss endlich aufhören, dass die Arbeiter-Zeitung weiter so hetzt, wie es vor dem 15. Juli geschehen ist. Es ist interessant, wenn der Bürgermeister erklärt, er fürchte die wirtschaftlichen Auswirkungen der Kauginregierung. Wenn unser wirtschaftlicher Kredit nicht schon durch die Breitnersteuern zugrundegegangen ist haben wir wohl nichts zu fürchten. (Lebhafte Zwischenrufe bei der Mehrheit). Was ich Ihnen jetzt sage, sagt Ihnen jeder Greisäler! (Ironischer Beifall bei der Mehrheit). - Abg. Preyer: Machen Sie sich nicht über anständige Gewerbetreibende lustig! Von Seite eines Herrn der Mehrheit wurde auch der Ausdruck Strafelltenpartei gebraucht. Was Sie da meinen, weiss ich nicht. Abg. Stein: Da fragen Sie den Powalatz! Sollte das vielleicht mit Ereignissen zusammenhängen, die wir in der letzten Gemeinderatssitzung besprechen mussten, wo es sich darum handelte, dass Mitglieder der Majorität Verbrechen und Vergehen begangen haben? (Abg. Stein: Hat jemand Häuser geschoben oder Steuern hinterzogen? Lesen Sie das Gerichtsprotokoll!) Die sozialdemokratische Partei hat sich schützend vor diese zwei Herren gestellt, als ihre Auslieferung verlangt wurde. Ein Magistratsbeamter, welcher ein schweres Verbrechen begangen hat, wurde trotz seiner Aburteilung von Ihnen noch mit einer höheren Pension belohnt.

Oder beziehen Sie sich vielleicht darauf, dass viele aus Ihrer Mitte die defraudiert haben, noch belohnt worden sind? (Rufe bei der Mehrheit: Ahrrer!) Lebhaftes Gegenrufe bei der Minderheit.) Es ist möglich, dass der Ausdruck Strafellotenpartei vielleicht auf diese Dinge Bezug hat. Auf uns hat das gar keine Wirkung. Wir haben mit der Bestellung des Generaldirektors der Bundesbahnen nichts zu tun. Aber das eine kann ich Ihnen sagen: dass Dr. Straffella sich jetzt bis zur Urteilsfällung in der zweiten Instanz beurlauben liess und diese Zeit ohne Bezüge zubringt, beweist, dass er ein anständiger Mensch ist. Viele von Ihnen hätten das nicht getan. (Zustimmung bei den Christlichsozialen).

Da Präsident Zimmerl den Redner aufmerksam macht, dass seine Redezeit abgelaufen sei, schliesst er: Wir sind nicht gegen die Pressefreiheit, im Gegenteil, wir wollen die Pressefreiheit. Was wir aber verdammen, das ist die Pressefrechheit, die sich durch Lügen kundgibt. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.)

Abgeordneter
Dr. Danneberg bemerkt gegenüber dem Vorwurf, des Abg. Rummelhardt, dass er ihm zu Beginn der Sitzung nicht zur Geschäftsordnung nicht das Wort erteilt habe, dass der Schriftführer der Seite des Abg. Rummelhardt ihm mitgeteilt habe, Abg. Rummelhardt wünsche das Wort zur Abstimmung, jedoch zu einem Zeitpunkt, wo diese Abstimmung und weitere Enunziationen des Vorsitzenden längst vorüber waren, weshalb es in diesem Augenblick eine Wortmeldung zur Abstimmung gar nicht mehr gegeben hat.

Weiter erklärte Abg. Rummelhardt, es sei diese Sitzung gewissenmassen ein Ueberfall aus dem Hinterhalt und dies sei ein verächtliches Vorgehen. Demgegenüber kann ich nur erklären, ^{sagt Präsident Dr. Danneberg} dass es dem Präsidenten des Landtages selbstverständlich jederzeit frei steht, Sitzungen des Landtages einzuberufen, und wenn dem Abg. Rummelhardt die Tagesordnung der heutigen Sitzung nicht besonders wichtig erscheint, so kann ich ihn nur aufmerksam machen, dass im übrigen nach unserer Verfassung und Geschäftsordnung ein Viertel der Abg. des Landtages das Recht hat, auf jeden Fall die Einberufung einer Landtagssitzung binnen wenigen Tagen zu verlangen, worauf, dann, ^{aber} auch ohne dass der Präsident eine bestimmte Tagesordnung festsetzt eine Sitzung abgehalten werden muss. Wenn aber Abg. Rummelhardt dagegen besondere Bedenken hat, dass diese Landtagssitzung im Wege dringlicher Anfragen dazu benützt worden ist, um kanfisierte Zeitungsartikel zu immunisieren und er förmlich seinen Abscheu darüber Ausdruck gegeben hat, so kann ich darauf nur sagen, dass wenn das Regiem der Unterdrückung der Meinungsfreiheit in

in der Presse weiter fortgesetzt wird, ich als Präsident des Wiener Landtages gedenke, in jedem einzelnen solchen Falle den Landtag einzuberufen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit); um der Bundesregierung auf diesem Wege zu zeigen, dass es ihr nicht gelingen wird, die Meinungsfreiheit der Wiener Presse zu unterdrücken. Dabei ist es mir ganz gleichgültig, um welche Zeitungen es sich handelt. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Ich werde immer im Laufe dieser Wochen, in denen wir kein Parlament haben, wenn ein Abgeordneter des Landtages -- mag er von welcher Seite immer sein -- sich wegen einer solchen Angelegenheit an mich wenden wird, nicht anstehen, den Landtag aus diesem Anlass einzuberufen. (Lebhafte Bravorufe bei der Mehrheit.)

Es ist auch ein Irrtum zu sagen, dass der Landtag hier seine Kompetenz überschreitet. Zunächst kann es eine Kompetenzüberschreitung überhaupt nur in Beschlüssen geben, aber keineswegs in Erörterungen. Der Landtag ist eine politische Körperschaft und hat selbstverständlich das Recht, über alle Angelegenheiten zu reden, über die ~~er~~ er reden will, wenn sie zudem auf der Tagesordnung stehenden Gegenstand gehören. Der Abg. Rummelhardt verwechselt hier das Recht der Erörterung mit dem Recht der Gesetzgebung. Im Artikel 10 der Bundesverfassung steht, dass das Strafrechtswesen eine Sache des Bundes ist. Das heißt, es ist Sache des Bundes in der Gesetzgebung, aber eine Kritik an der Verwaltung steht jeder politischen Körperschaft zu, das ist ganz selbstverständlich. Dass ein Abgeordneter darüber Zweifel hegt, ist eigentlich sonderbar und ich hätte nicht erwartet, dass Herren der christlichsozialen Partei ^{von} in Wien dem Wiener Landtag das Recht absprechen wollen, allgemeine politische Erörterungen zu pflegen.

Abg. Rummelhardt hat erörtert, ob der in einem Zwischenruf von unserer Seite gefallene Ausdruck „Strafellenpartei“ eine Beleidigung sei oder nicht. In eine solche Erörterung will ich mich gar nicht einlassen, sondern nur feststellen, dass deutlich und vernehmbar der Abg. Müller diesen Ausdruck als eine Beleidigung ^{bezeichnet} gefunden hat. (Rufe: Sehr gut! bei der Mehrheit.) Ich will niemanden beleidigen und daher den Ausdruck nicht irgendwie wiederholen. Es ist aber politisch interessant, dass sich diese Tatsache hier ergeben hat. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit. -- Ruf bei den Christlichsozialen: Das ist wieder ein Dreh!)

Es ist in den dringlichen Anfragen von der Knebelung der Meinungsfreiheit die Rede gewesen, die man durch eine Unterdrückung der Pressefreiheit herbeizuführen versucht. Es scheint mir, dass, wenn der Landtag heute ⁶⁹² versammelt ist, er diese Frage doch auch von einem allgemeineren Gesicht-

punkt betrachten muss, denn ich glaube nicht, dass diese Konfiskationen eine Fleissaufgabe des Bressostaatsanwaltes sind, die er ganz aus eigenem unternimmt. Ein Staatsanwalt ist ja kein unabhängiger Richter, der keine Aufträge entgegenzunehmen hätte, sondern ein Beamter, der jederzeit Aufträge von seinen Vorgesetzten bekommen kann, und es erscheint mir wenigstens keineswegs als ein Zufall, dass solche Konfiskationen nun ununterbrochen aufeinander folgen. Diese Konfiskationen sind, wie mir scheint, eine Teilerscheinung jenes ganzen Systems (Rufe bei der Mehrheit: Sehr richtig!), das in dieser gegenwärtigen Regierung verkörpert ist. Ueber diese allgemeine Seite der Angelegenheit muss heute ein Wort gesagt werden. Es ist gerade etwa ein Jahr her, dass man in ausländischen Zeitungen über Geheimverträge und geheime Pläne, die zwischen der österreichischen Heimwehr und der österreichischen Wehrmacht ^{in militärischen Kooperations-} im Falle eines Bürgerkriegs vereinbart worden sind. Was über solche Dokumente in ausländischen Zeitungen damals zu lesen war, ist meines Erinnerns von offizieller Stelle in Oesterreich mit keinem Wort abgeleugnet oder dementiert worden. Aber solcher Geheimdokumente zur Erörterung wichtiger Tatsachen bedarf es in diesem Augenblick gar nicht mehr, denn die gegenwärtige Regierung ist ja in Wirklichkeit gar nichts anderes als eine Allianz zwischen dem Faschismus und der Exekutivgewalt des Staates. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) ^{Dabei haben} ^{Wir} heute eine Regierung vor uns, die in Wirklichkeit die Macht usurpiert hat. Denn diese Regierung vertritt nicht, wie es in einem demokratischen Staat notwendig ist, die Mehrheit der Bevölkerung. Die Regierung ist mit einem Verfassungsbruch ins Leben getreten, denn in der Bundesverfassung steht klar und deutlich, dass die Regierung die Pflicht hat, sich nach ihrer Ernennung binnen 8 Tagen dem Nationalrat vorzustellen. Hatte die Regierung das getan, sie hätte dort in der ersten Stunde gesehen, dass sie keine Mehrheit hat, dass ~~///~~ ihr dort das Misstrauensvotum erteilt worden wäre und dass sie damit nach der Verfassung die Verpflichtung gehabt hätte, abzutreten. (Rufe bei der Mehrheit: So ist es!) Sie hat sich diesem Misstrauensvotum entzogen, sie hat die Macht usurpiert und das Parlament einfach aufgelöst, ohne ihm Gelegenheit zu geben, zunächst über die Regierung das Urteil zu sprechen, und sie ist der Meinung, dass sie diese acht parlamentslosen Wochen dazu benutzen kann, um nun nach ihrer Herzenslust zu regieren, obwohl sie nur eine Minderheit ist, die sich die Regierung anmasset. Man hat diesmal die Regierungsstellen in einer Art besetzt, die man nicht anders als die grösste Frivolität bezeichnen kann. (Lebhafte Zustimmung bei den Spezialdemokraten.) Man hat das Innere, die eigentliche Verwaltung des Staates die Exekutivgewalt ^{des Staates}

uns am Samstag am Heldenplatz erklärt hat, er werde uns schon was anschauen lassen, man werde ihn schon kennen lernen. Wir warten darauf. Der Herr Starhemberg sieht sich gern im Mittelpunkt der Ereignisse und es gibt viele, die ihn in der Himmel heben, weil ein Ahnherr seines Geschlechts im Jahre 1683 sich Verdienste um die Befreiung Wiens aus der Türkerbelagerung erworben hat. Mir kommt es sonderbar vor, dass man einen Menschen im Jahre 1930 darnach beurteilen will, ob vor einem Vierteljahrtausend ein Ahnherr von ihnen irgendeine Ruhmestat begangen hat. (Heiterkeit und lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir glauben, dass man die Menschen nicht nach ihren Urgrossvätern, sondern darnach beurteilen soll, was sie selbst sind und selbst leisten. Das gilt auch für den Herrn Starhemberg. Sein Vorgänger in der Bundesführung der Heimwehren, der Herr Steidle, hat neulich gesagt, auch die Heimwehr habe ihre Flögeljahre. Die Jahre sind vergangen, aber das andere ist geblieben. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Wir haben den Herrn Starhemberg nicht anders kennen gelernt als durch seine Schimpfkanonaden, die er von Zeit zu Zeit losgelassen hat. Er hat vor einem Jahr in Wien seine Premiere gegeben in einer Versammlung in Hütteldorf, wo er nach der Starhembergspresse wörtlich gesagt hat, dass wir in Oesterreich nicht regiert werden wollen von eingewanderten verwanzten und verlausten Falotten. Ich kann mich nicht genau erinnern, ob damals noch die Regierung Streckerwitz-Vaugoin oder schon die Regierung Schober-Vaugoin im Amte war, ich weiss also nicht, wer mit diesen Bezeichnungen des Herrn Starhemberg damals gemeint war. (Lebhafte Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Mich interessiert das nur wegen des Tones, in dem der Mann seine Reden zu halten pflegt, und die mir das ganze Jahr gezeigt haben, dass der Herr, von dem jetzt soviel Aufhebens gemacht wird, für einen Kampf mit geistigen Waffen nicht satisfaktionsfähig ist. (Lobhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Nach dieser einen Kostprobe darf es einem nicht wundern, wenn der Mann uns Sozialdemokraten auch als Verbrecher bezeichnet. (Lebhafte Rufe bei den Christlichsozialen: Das gehört nicht hierher!). Wir führen hier eine politische Debatte über die Regierung, in die eine Erörterung der heutigen Regierung mindest ebenso gehört wie Ihre Erörterungen über den 15. Juli 1927. (Lobhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Sie werden hier unsere Politik nicht mundtot machen. Die Regierung konfisziert die Zeitungen wegen jeden Wortes und Sie glauben, dass Sie hier die Kritik unterbinden werden. Das ist ein Irrtum. Da wird dieser Landtag jeden Tag zusammentreten (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten), damit die notwendige Kritik der Regierung geliefert

werden kann. Dieser Herr Starhemberg hat wiederholt auch gesagt, er werde den „roten Dreckfetzen“ vom Wiener Rathaus herunterholen. Ein Mann, der sich ein Jahr lang in solchen Redensarten ergangen hat, ist also würdig befunden worden von den Herren Vaugoin und Seipel, Minister des Inneren in Oesterreich zu werden. (Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten! Schande! Pfui!) Das erinnert an eine Episode, die sich in der Vorkriegszeit an der Wiener Universität abgespielt hat. Ein junger Aristokrat stand zur Staatsprüfung vor dem Professor Bernatzik über Staatsrecht. Er hat nichts gekonnt; Bernatzik hat ihn in seiner Art angeschaut und gesagt: Wissen Sie, Herr Graf; Dass Sie einmal in Oesterreich Statthalter werden, das kann ich nicht verhindern, aber verzögern kann ich es und darum werde ich Sie durchfallen lassen. (Lebhafte Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Für einen Ministerposten gibt es gar keine Intelligenzprüfung und keinen Befähigungsnachweis. Zum Statthalter hat man das im alten Oesterreich noch gebraucht, aber Minister kann jeder werden. Und wie der Herr Starhemberg, den sein eigener Onkel vor aller Öffentlichkeit im Neuen Wiener Journal als einen unreifen Jungen bezeichnet hat, Minister des Inneren geworden ist, ist an sich schon sehr interessant. Der Herr Starhemberg, ein reicher Mann mit 13 Schlössern und einem ungeheuren Grundbesitz, hat es für gut befunden, sich eine Privatarmee aufzustellen, sich dafür die notwendigen Waffen zu kaufen; er ist dabei einmal ertappt worden, aber kein Staatsanwalt schreitet dabei ein; der Herr Starhemberg hat mit den Geldern, die er auch mit Wechseln bei der Rothschild-Bank aufgenommen hat (Lebhafte Hört! Hört! Rufe bei den Sozialdemokraten), seine Stellung bei der Heimwehr befestigt und ist schliesslich zum Angriff übergegangen, um gestützt auf die Opfer, die er für diese Bewegung gebracht hat, die Bundesführung der Heimwehr an sich zu bringen und als Bundesführer Minister zu werden. Man sieht also, wie man selbst in der österreichischen Republik heute noch Minister werden kann. Ein Minister hat das steht im Artikel 18 der Verfassung - die Verwaltung nur auf Grund der Gesetze zu führen. Der Herr Starhemberg pflicht auf das Gesetz, er hat sich auch als Minister auf den Körneuburger Faschisteneid berufen und hat, kaum, dass er Minister war, als Bundesführer eine Kundgebung unterzeichnet, in der er den nackten Verfassungsbruch angekündigt hat, indem er erklärte, man werde auch nicht weichen, wenn eine rote Mehrheit komme. Der Herr Starhemberg hat ein paar Stunden später in einer zweiten Aussendung erklärt, dass nur Leute, die das mit Voreingenommenheit lesen, erklären können, er habe gesagt, dass er das Wahlergebnis nicht anerkennen werde. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Herr Starhemberg irrt. Dieses Behaupten und Dementieren an einem Tag, das auch ein Kennzeichen dieser neuen Regierung ist, ist eine Methode, die nicht verfährt. Schließlich haben die meisten Menschen ihre Schulzeit dazu benützt, um deutsch lesen zu lernen, und alle wissen die einfachen Sätze, wie sie in den Heimwehrproklamationen enthalten sind, so zu lesen, wie sie dort stehen. Mit einem solchen Dementi wird man niemanden irre machen. Der Herr Starhemberg, der die Verfassung zu hüten und die Verwaltung auf Grund der Gesetze zu führen hat, hat jüngst sogar zu Mord und Totschlag aufgefordert. (Stürmische anhaltende Pfuihufe bei den Sozialdemokraten.) Es gibt Zeitungen, die sich offenbar geschämt haben, das abzudrucken. Dazu gehört auch die „Reichspost“. Der Herr Vaugoin ist heute gleich wieder ausgerückt, um das zu dementieren; er hat einer ungarischen Zeitung, deren Namen man noch nie gehört hat, die Mitteilung gemacht, dass diese Äusserung des Herrn Starhemberg unrichtig sei. Warum hat Herr Starhemberg das nicht selbst dementiert, wenn es nicht wahr ist? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Er rechnet offenbar damit, dass der Staatsanwalt seinem Gauführer untersteht und gegen ihn nicht einschreiten wird. Auf dieses Niveau ist Oesterreich bei den Methoden der heutigen Regierung gekommen. Es ist in der Bevölkerung vielfach die Frage aufgeworfen worden, was man gegen eine solche Art tun soll. Darauf kann sich nur das eine sagen: Der Herr Starhemberg ist nicht einmal wert, dem Herrn Stadtrat Breitner die Schuhriemen zu lösen. (Tosender anhaltender Beifall und Händeklatschen und stürmische minutenlange Rufe: Hoch Breitner!)

Hierauf unterbricht Dr. Danneberg seine Rede, da die Redezeit abgelaufen ist.

Abg. Rummelhardt bemerkt, Abg. Dr. Danneberg habe nach einer Rede von 20 Minuten endlich ein Thema gefunden, zu dem ihn die Mehrheit Beifall geklatscht habe. Der Vergleich, den er da angestellt hat zwischen Breitner und Starhemberg, ist ein bisschen magisch. Zwei so ganz unvergleichbare Dinge lassen sich nicht vergleichen. Man kann da nur sagen, von den Ahnen des Herrn Starhemberg hat das Volk etwas gelernt, ~~den~~ Breitner haben leider nur die Zeitgenossen Gelegenheit etwas zu hören, und das ist sehr unangenehm. Lassen Sie also den Vergleich zwischen Starhemberg und Breitner! Ueberhaupt fürchten Sie sich nicht so viel vor dem Starhemberg! (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen). Wenn Dr. Danneberg gemeint hat, er werde so oft etwas in der Zeitung konfisziert wird, eine Landtagssitzung einberufen und die Artikel so immunisieren, so ist das eine ständige Revolution

gegen die Gerichte. Das ist eine so verfassungswidrige Handlung, dass sie weiter gar keiner Kritik bedarf. Aber Sie können jedesmal den Landtag einberufen, wir werden uns jedesmal stellen und werden Ihnen jedesmal die richtigen Argumente geben. Dr. Danneberg hat auch den Schnitzer gemacht, zu erklären, nur die Gesetzgebung über das Strafrechts- und Pressewesen sei Bundessache. Nach Artikel 10, Zahl 6, ist sowohl in Gesetzgebung wie in Vollziehung das Strafrechts- und Pressewesen Sache des Bundes. Wenn Sie die Vollziehung tadeln wollen, müssen Sie daher in den Nationalrat oder in den Ständigen Ausschuss des Nationalrates gehen. Im Landtag hat das gar nichts zu tun. Ihr heutiges Vorgehen hat nur den Zweck, sich eine Plattform zu schaffen, um agitatorisch in der unerhörtesten Weise vorgehen zu können. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen).

Dr. Danneberg bemerkt zunächst gegenüber dem Abg. Rummelhardt, dass seine Partei weder die Gesetzgebung noch die Vollziehung in Angelegenheiten des Strafrechtes für den Landtag in Anspruch genommen habe. Was wir in Anspruch nehmen und was von jedem Landtag noch in Anspruch genommen worden ist, ist die Kritik, gerade so wie im Parlament auch Landessache, ständig kritisiert werden.

In Fortsetzung seiner früher unterbrochenen Rede führt Dr. Danneberg dann aus: Wenn sich der Herr Starhemberg in die Reihe der Breitnerbekämpfer ganz nach Vorne stellt, so können wir uns etwas Besseres gar nicht wünschen. Das ist der richtige Wortführer im Kampf gegen das Breitnersystem, der Mann mit den 13 Schlössern, dessen Grundbesitz so gross ist, wie die ersten 11 Wiener Bezirke ^{zusammen-} ~~genommen~~. (Lebhafte Hörtrüufe bei den Sozialdemokraten. - Lebhaftes Zwischenrufe bei den Christlichsozialen.) Das ist der richtige Mann, der an die Spitze der Kämpfer gegen Breitner gehört. Und es ist das auch gar kein Wunder, die Herren von den alten Raubritterburgen und die Herren ^{von} Jockey-Club vertragen es natürlich nicht, dass die Partei der Arbeiter und Angestellten, die die Mehrheit in dieser Stadt haben, kraft des demokratischen Rechtes die Verwaltung in der Stadt in Anspruch genommen haben und führen. Natürlich möchten die Herren die alte Zeit wieder herbeiführen, wo der Arbeiter für seine armselige Wohnung 30 Kronen Monatszins bezahlen musste, darunter 12 Kronen an Steuern, nur damit die Grafen und Barone möglichst keine Steuern zahlen sollen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Dass der dreizehnschlössrige Herr Starhemberg an der Spitze der Bekämpfer der Breitnersteuern steht, ist also verständlich. Die Leute, die im Reichtum ersticken, haben kein Verständnis für die soziale Verwaltung, die

die Gemeinde Wien im Interesse der Kinder, der Alten, der Kranken führen muss. Solche Leute interessieren sich mehr dafür, wie hoch der Champagner besteuert ist (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), die Frau Baronin X für 6 Hausgehilfinnen eine Steuer zahlen muss. Nicht die Interessen der Massen liegen diesen Leuten am Herzen, sondern die Interessen von ihresgleichen (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten). So ein Aristokratengehirn glaubt, die soziale Frage gelöst zu haben, wenn er sein Ministergehalt für eine Spende hergibt. Ich glaube nicht, dass der Ministergehalt in Oesterreich zu hoch ist, aber die Tätigkeit des Herrn Starhemberg ist keine 2400 Schilling im Monat wert (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) und schon gar nicht, wenn man am 30. eines Monats um 7 Uhr abends Minister wird und für das Nachtmahlessen 2400 Schilling Gehalt bekommt (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Da billige ich es, dass der Herr Starhemberg das Geld hergegeben hat, und es war eine Ohrfeige ins Gesicht der anderen, die er offenbar hat geben wollen. Alle diese Dinge sind aber viel weniger interessant, als die politische Seite des Falles Starhemberg und das geht die ganze Regierung an. Der Bundeskanzler hat sich angewöhnt alle Tage zu dementieren, was ^{man} ein Innenminister geredet hat. Aber glaubt man, dass dieses fortgesetzte Dementieren bei irgendjemand Glauben findet? Wir als Wiener Volksvertretung haben ein grosses Interesse daran, die Regierung zu fragen, warum ^{Alle} durch Ihr Vorgehen das Interesse Oesterreichs und damit auch das Interesse Wiens vor aller Welt so schädigt, indem sie durch solche Ministerreden, durch eine solche Methode des Regierens unausgesetzt Beunruhigung erzeugt. Käme es nur auf ihm selbst an, wir brauchten dazu keine Landtagssitzung, um das zu sagen, und wir brauchten uns nicht an die Regierung zu wenden. Man wird noch in einer Zeit von den stolzen Zeugnissen der Aera Breitner reden und diese Zeugnisse sehen, wo kein Hahn mehr nach dem Herrn Starhemberg krähen wird (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten). Darum geht es heute nicht. Die Wiener werden sich noch zu wehren wissen gegen die Türkisierung und Balkanisierung, die ihnen diese Starhemberge zuteil werden lassen wollen. Darum allein handelt es sich aber nicht. Der Landeshauptmann hat schon darauf verwiesen, wie die Stimmung, die eine solche Regierung erzeugt, in wirtschaftliche Panik umzuschlagen droht, und wie ein Staat ^{wie} Oesterreich mit seinem vielfältigen Beziehungen zum Ausland auf diese Dinge Rücksicht nehmen muss. Der Bundeskanzler hat erst gestern einen Vertreter der Agence Havas erklärt, dass die Regierung strenge auf Ruhe und Ordnung achten wird. Das war an demselben Tag, an dem Herr Starhemberg seine Morddrohung ausgesprochen hat.

(Lebhafte Pfuirufe bei den Sozialdemokraten) Daraus sieht man, wie diese Regierung in Wirklichkeit ausschaut. Wenn Herr Vaugoin wirklich auf Ruhe und Ordnung sehen will, müsste er zu allererst seinen Innenminister einsperren lassen. Aber wir wissen, dass die Worte des Herrn Vaugoin zur Täuschung der Öffentlichkeit gesprochen sind. Herr Vaugoin hat gestern auch dem Vertreter der "Agence Havas" erklärt, Oesterreich verfolge kein anderes Ziel, als seinen inneren Wiederaufbau friedlich und erfolgreich zu beenden. Das

sagt er an demselben Tag, wo Herr Starhemberg erklärt hat, diese Wahlen seien nur ein notwendiges Übel, das man mitnehmen müsse. Kein Wunder, dass diese Regierung des Faschismus das Vertrauen irgendjemand zu finden vermag. Und sie wird sich dieses Vertrauen nicht erworben, indem sie die Pressfreiheit knebelt und die freie Meinungsäußerung unterdrückt. Wir wissen schon, die Heimwehrführer kargen in ihrer Ruhmredigkeit nicht mit den Worten und man hört, wenn man feine Ohren hat, aus den Kreisen der Heimwehrführer, welche Verhandlungen dem Eintritt der Heimwehr in die Regierung vorausgegangen sind, wie man den Leuten versprochen hat, man werde in ein paar Wochen bis zur Wahl kräftig zugreifen, wie man ihnen erklärt hat, auf eine Verfassungswidrigkeit mehr oder weniger wird es in der Aufregung des Wahlkampfes nicht ankommen (Lebhafte Pfuirufe bei den Sozialdemokraten). Man hat es verstanden, dass man dort nicht nur erwägt, wie man Zeitungen knebelt, dass man erwägt, Abgeordnete verhaften zu lassen (Lebhafter Hörtrufe bei den Sozialdemokraten) alles mundtot zu machen, weil man glaubt, damit die öffentliche Meinung pressen und drehen zu können, wie man es im Interesse der Regierung für notwendig hält. Aber das ist ein sehr grosser Irrtum. Der Herr Vaugoin glaubt, mit seinen Methoden den Herrn Starhemberg eingefangen zu haben und der Herr Starhemberg glaubt, dass er den Herrn Vaugoin eingefangen hat. In Wirklichkeit werden sie Gefangene, der eine des anderen. Man könnte darüber politisch lachen, wenn es nicht so traurig wäre für diese Republik, die wirklich den Wiederaufbau notwendig hat und nicht das, was diese Regierung redet und tut. Diese Regierung kann nicht anders gekennzeichnet werden als eine Regierung der Leichtfertigkeit, als eine Regierung des Verfassungsbruches, die ein Unglück ist für diese Republik und für Wien, aber nicht für lange. Am 9. November wird das Volk von Oesterreich verstehen, sich von dieser Regierung zu befreien (Stürmischer anhaltender Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten)

Abg. Dr. Danneberg verliest sodann unter dem stürmischen Beifall der Sozialdemokraten und unter lebhaften Zwischenrufen und Rufen: Das gehört doch nicht in den Landtag! die folgende Resolution: *(Der Herr Landeshauptmann)*

"Der Wiener Landtag als die berufene Vertretung der Wiener Bevölkerung richtet an die Bundesregierung die eindringliche Mahnung, die öffentliche Meinung nicht zu beunruhigen und die traurige Wirtschaftslage nicht noch weiter zu verschlechtern. Die Verletzung der Pressfreiheit, das Spiel mit Verfassungswidrigkeiten, die Drohreden der Minister müssen eine Stimmung erzeugen, aus der eine gefährliche wirtschaftliche Panik zu entstehen vermag. Der Landtag erhebt feierlichen Protest gegen ein Regime, das es auf Vergewaltigung des Volkswillens und auf die Vernichtung der Freiheitsrechte abgesehen hat, und fordert den Landeshauptmann auf, alles, was in seiner Macht steht, zu tun, um die Verfassungsmässige und gesetzliche Ordnung zu schützen. In diesem Sinne nimmt der Landtag die Antwort des Herrn Landeshauptmannes zur Kenntnis."

Abg. Gschladt (E.L.) bezeichnet die dringliche Anfrage als eine Herabwürdigung des Landtages auf das Niveau einer Wählerversammlung. Es ist bezeichnend, dass der Präsident dieses Hauses selbst dieses Niveau derart herabdrückt. Es wurde hier von der Mehrheit eine politische Farce aufgeführt, wie man sie vergeblich in der Geschichte des Parlamentarismus der ganzen Welt sucht. Der Herr Landeshauptmann hat hier für Ruhe und Ordnung im Staat gesprochen. Auch das ist eine Farce, wie wir sie noch nie gesehen haben. So reden dieselben Sozialdemokraten, die alle Freiheit der Arbeiter und Angestellten unterdrücken (Beifall bei der Minderheit), die die ganze Wirtschaft ruinieren und durch ihre Steuerpolitik und Korruption der öffentlichen Verwaltung den Kredit der Stadt in Frage stellen. Viel gefährlicher als die angebliche Gefährdung der Freiheit der Presse, für die auch wir eintreten, ist das, was Sie machen. Ich zitiere aus der gestrigen Arbeiter-Zeitung die Rede Dr. Friedrich Adlers auf der Vertrauensmännerversammlung, in der Adler sagte, dass er keine Gelegenheit vorübergehen lasse, um im Ausland über Oesterreich die Wahrheit zu sagen. Das heißt, die Wahrheit, wie er sie versteht. Das ist die Unverschämtheit eines Friedrich Adler, dass er hinausgeht, um im Ausland uns herabzusetzen. Sie regen sich auf, und machen in sittlicher Empörung über die angeblichen Drohungen eines Ministers. Aber was ist das gegen die Beschlüsse Ihres Linzer Parteitages (Landeshauptmann: Das haben Sie nie verstanden!). Haben Sie, Herr Landeshauptmann, den Mut, sich zu dem Linzer Programm zu bekennen? (Landeshauptmann: Zu jedem Wort, aber Sie haben es nie verstanden! Ein Dr. jur. sollte es verstehen. Wenn so der Herr Preyer spricht, wäre es verständlich!) - Abg. Dr. Danneberg: Wir werden Ihnen darüber ein Privatissimum geben!)

Redner bezeichnet es als eine durchsichtige Demagogie, dass der Landeshauptmann sich als Wahrer von Ruhe und Ordnung ausgegeben hat. Wir wissen, dass Sie Ihren Antrag annehmen werden und wir haben alle Ursache, den Missbrauch des Landtages in dieser Form auf das schärfste zu verurteilen und dagegen im Namen aller, die auf der Seite des Rechtes sind, entschiedenst zu protestieren. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Abg. Haider (E.L.) protestiert gegen den Inhalt der dringlichen Abfrage, da sie der Würde und dem Ansehen des Landtages abträglich sei. Wenn man selbst keine akademische Bildung besitze, so müsse man sich auf das tiefste über dieses Konzept schämen. Es ist anzunehmen, dass der Verfasser sich akademischer Bildung erfreut, so dass der Ton der Anfrage umso mehr zu verdammen ist. Es wird in der Anfrage von Affenkomödie und davon gesprochen, dass die Minister nicht den Mund aufmachen können, ohne zu schimpfen, und es heisst, dass der Hüter des Rechtes sich nicht entblöde, solche Konfiskationen vorzunehmen. Ich bin überzeugt, dass es auch in Ihren Reihen Viele gibt, die diesen Ton verurteilen. Es ist auch interessant, dass Sie sich des "Abend" und der "Allgemeinen Zeitung" annehmen. Es ist der Landeshauptmann selber gewesen, der hier so gesprochen hat, als wäre er in einer Wählerversammlung. Er hat uns auch für so dumm gehalten, dass wir glauben sollen, die Sozialdemokraten nehmen sich der Gewerbetreibenden an. Niemand anderer als Dr. Adler hat einmal erklärt, dass nur über die Leichen des Gewerbestandes der Weg zum Sozialismus führe. Hier aber haben Sie sich als die Freunde des Gewerbestandes. Kein Mensch denkt in Wahrheit an einen Putsch oder an einen Staatsstreich. Aber es klingt paradox, dass Sie von Putsch sprechen, die doch klar und deutlich auf dem Linzer Parteitag sich zur Diktatur bekannt haben. Wenn Sie von der Heimwehr das Gruseln bekommen haben, so entspringt dies den Geistern, die Sie gerufen haben. Es war der Schutzbund, der viele Jahre die Strasse beherrscht hat. Da war alles in Ihren Augen in bester Ordnung. Jetzt, wo auch die Heimwehr da ist, haben Sie Angst und Sorge. Sie haben sich auch nicht gescheut, das Wort Strafelloten zu gebrauchen. Man kann über Strafella denken, wie man will. Aber Sie sollen doch nicht von Strafella reden, da Sie den Herrn Mader mit 800 Schilling Monatspension für die Wahlschwindeleien belohnt haben. Es ist auch unwürdig, hier gegen Starhemberg Stellung zu nehmen, da er nicht Gelegenheit hat, sich zu verteidigen. Das war notwendig, Ihnen einmal zu sagen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Präsident Hellmann erteilt dem Abgeordneten Eisinger und Huber den Ordnungsruf, da sie während der Rede des Abg. Rummelhardt beleidigende Zwischenrufe gemacht hatten. Hierauf wird ^{der Resolutionsantrag Starhemberg} mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Schluss der Sitzung 20 Uhr.

Wien, am Dienstag, den 7. Oktober 1930

Gehrte Redaktion!

Vor der feierlichen Eröffnung der grössten geschlossenen von der Gemeinde Wien bisher errichteten Wohnhausanlage in der Heiligenstädterstrasse findet am Samstag, den 11. Oktober 1930, eine

Vorbereitung durch die Presse statt.

Amtsführender Stadtrat für Wohnungswesen Anton Weber wird über diese grösste Wohnhausanlage in Eurppa einen kurzen Vortrag halten, worauf ein Rundgang erfolgt, wobei insbesondere die modernen elektrischen Zentralwäschereien, die in ihrer Art in Europa die ersten sind, besichtigt werden.

Zusammenkunft pünktlich um halb 11 Uhr vormittags auf dem Rathausplatz unter dem Turm. Um die entsprechenden Kraftwagenplätze zur Verfügung stellen zu können, bitten wir um Anmeldung mittels beiliegender Postkarte bis längstens Freitag 12 Uhr mittags.

Die Gemeindebeiträge für Wohnhausreparaturen.

Bekanntlich gewährt die Gemeinde Wien auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses unter bestimmten Voraussetzungen solchen Mietparteien, deren Mietzins das Viertausendfache des Friedenszinses übersteigt, Zinszuschüsse. Zur Begutachtung der Ansuchen dieser Zuschüsse hat der Gemeinderat einen Beirat eingesetzt, der am letzten Donnerstag seine 26. Sitzung abgehalten hat. In dieser Sitzung wurden die Ansuchen von 455 Parteien in 53 Häusern behandelt und Mietzinsbeiträge von monatlich 2.310 Schilling genehmigt. Diese Beiträge erfordern einen Gesamtaufwand von 18.887 Schilling. Ferner hat der Beirat dem Antrage des Magistrates, 111 Parteien in 8 Häusern die bisher gewährten Beiträge noch ein weiteres Jahr, bis zum 31. Juli 1931, zu gewähren, zugestimmt. Insgesamt hat der Beirat bisher die Ansuchen von 14.350 Parteien in 1.662 Häusern erledigt. Die Gesamtsumme der Mietzinszuschüsse beträgt bis nun monatlich 62.714 Schilling, der Gesamtaufwand überhaupt 621.782 Schilling.

Wien, Mittwoch, den 8. Oktober 1930

Einführung neuer ermässigte Zeitkarten in den städtischen Bädern.

Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung genehmigt, dass neben den bereits bestehenden Reihenkarten für die Schwimmhallen und Bäder des städtischen Jörgerbades und des städtischen Amalienbades auch ermässigte Zeitkarten ausgegeben werden.

Ab 8. Oktober 1930 bietet daher die städtische Bäderverwaltung den Badegästen der Schwimmhallen neue Begünstigungen des Besuches und der Ausnützung der Schwimmbäder des städtischen Amalienbades und des städtischen Jörgerbades. Der heutigen wirtschaftlichen Lage und dem Wunsche vieler Badegäste entsprechend, hat die städtische Bäderverwaltung durch Einführung dieser neuen Zeitkarten ermöglicht, die Badegattung, die nicht nur ein hygienisches Reinigungsbad ist, sondern auch zur körperlichen Ertüchtigung dienen kann, zu noch billigeren Preisen als bisher zu benützen. Bei den neueingeführten Zeitkarten werden fünf Schwimmhallenbäder zum besonders ermässigten Preise von drei Bädern verabfolgt, und zwar mit der einzigen Einschränkung, dass diese Zeitkarten nur eine vierzehntägige Giltigkeit haben und an jedem Tag nur eine Karte benützt werden darf. Nach diesen ^{neuen} Karten stellt sich ein Schwimmbad mit Kabine im städtischen Amalienbad auf 78 Groschen statt 1'30 Schilling, im städtischen Jörgerbad auf 72 Groschen statt 1'20 Schilling, ein Schwimmbad mit Kästchen auf 60 Groschen im städtischen Amalienbad und auf 54 Groschen im städtischen Jörgerbad. Es wird dabei aufmerksam gemacht, dass das Schwimmbad nicht nur ein Bad im Schwimmbecken, sondern auch ein modernes Reinigungsbad bietet, da in beiden Anstalten reichlich ausgestattete Warmwasserbrausen vorhanden sind. Durch diese neuen Karten will die städtische Bäderverwaltung der Bevölkerung ein Reinigungsbad verbunden mit einem Schwimmbad zu ähnlich billigen Preisen ermöglichen, wie das blosse Reinigungsbad in den Volksbädern, die schon seit langem bestehen und auch voll ausgenützt werden.

Die statistischen Aufzeichnungen und Mitteilungen der städtischen Bäderverwaltung zeigen, dass die Schwimmhallenbäder schon derzeit an Samstagenachmittags und Sonntagen vormittags zu den frequentiertesten Badeabteilungen zählen. An Samstagen und Sonntagen besuchen durchschnittlich je rund 3000 Personen pro Tag die Schwimmabteilungen jedes der beiden Bäder;

dabei lässt der vorhandene Fassungsraum noch leicht eine weitere Aufnahme von Badegästen zu. Die Ausnützung der Schwimmhallen ist aber auch an allen anderen Tagen leicht möglich, und zwar für die Berufsschichten aller Art, da die städtischen Schwimmhallenbäder an allen Tagen von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends, im städtischen Amalienbad gar bis 8 Uhr abends geöffnet sind und daher sicher auch den tagsüber Werktätigen in den Abendstunden die Möglichkeit des Reinigungsbades in Verbindung mit dem Erholungs- und Ertüchtigungsbade im Schwimmbade geben. Nur Montag vormittags sind die Schwimmhallenbäder geschlossen.

Die neuen Badeerleichterungen ermöglichen der Bevölkerung auch ^{bei} den derzeit schlechteren Wirtschaftsverhältnissen, die ihnen von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Badeanlagen noch mehr wie bisher auszunützen; die städtische Bäderverwaltung, die ja die Badeanstalten nicht auf Gewinn betreibt, sondern nur die Betriebsauslagen deckt, beabsichtigt mit der Neueinführung ^{nicht,} die Einnahmen zu vergrössern, sondern ^{vielmehr} bei einem Mehrbesuch die Badepreise im Interesse der Volksgesundheit zu erniedrigen oder möglichst niedrig zu halten.

Die Wahlen in den Nationalrat.

Nach dem Bürgerlistengesetz ist ein Verzeichnis der Personen, die infolge Ablehens oder gemäss § 3 des Bürgerlistengesetzes ihr Wahlrecht verloren haben, zur öffentlichen Einsicht und Entgegennahme von Einsprüchen gegen das Verzeichnis aufzulegen. Diese Auflegung erfolgt in Wien in der Zeit vom 8. Oktober 1930 bis einschliesslich 14. Oktober 1930 in den Bezirks-Polizei-Kommissariaten und in den magistratischen Bezirksämtern an Wochentagen von 15 Uhr bis 19 Uhr und am Sonntag, den 12. Oktober, von 9 Uhr bis 12 Uhr. Während dieser Zeit kann jedermann in das aufliegende Verzeichnis der zur Streichung aus der Bürgerliste von amtswegen beantragten Personen Einsicht nehmen und jeder Bundesbürger gegen dieses Verzeichnis Einspruch erheben.

Entfallende Sprechstunde.

Morgen, Donnerstag, entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim amtsführenden Stadtrate Karl Richter.

Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring.

Die Bezirksvertretung Ottakring hält am Montag, den 13. Oktober, um 17 Uhr eine öffentliche und vertrauliche Sitzung ab.

Eine neue Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums.Bürgermeister Seitz eröffnet die Abteilung "Weltwirtschaft".

Das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien, das durch seine unter dem Namen "Wiener Methode" international bekannt gewordenen bildstatistischen Arbeiten im Auslande wie im Inlande den Schulunterricht und das Ausstellungswesen befruchtet hat, hat nunmehr eine neue Ausstellung "Weltwirtschaft" eingerichtet, die zu einem "Mundaneum" ausgebaut werden soll.

Heute vormittags wurde die neue Ausstellung von Bürgermeister Beitz eröffnet. Zur Eröffnungsfeier hatten sich Vertreter der Gesandtschaften und zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Wissenschaften und der Lehrwissenschaften eingefunden; von der Stadtverwaltung nahmen die amtsführenden Stadträte Richter und Speiser und zahlreiche Gemeinderäte teil.

Namens des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums begrüßte Direktor Dr. Neurath den Bürgermeister und die Festgäste und schilderte die Entstehung der eigenartigen Ausstellung, die mit der vom Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum und dem Palais Mondial in Brüssel beabsichtigten Herstellung eines internationalen Zivilisationsatlases zusammenhängt. Die Ausstellung, führte Direktor Dr. Neurath aus, die eine der Jahresarbeiten des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums darstellt, ist von Künstlern und Wissenschaftlern erarbeitet; alle Details des umfangreichen darstellenden Materials, eine Zivilisationsgeschichte seit der Zeit 3000 vor Christi Geburt bis zur Gegenwart, wurden von den Mitarbeitern des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums selbst hergestellt. Mit dem Atlas, der aus dem Material dieser Ausstellung vom Bibliographischen Institut in Leipzig herausgegeben wird, gehen die Arbeiten des Wiener Institutes und seiner Mitarbeiter in alle Welt. Dann überreichte Direktor Neurath dem Bürgermeister das erste Exemplar des neuen und neuartigen Werkes über die Zivilisation und bat den Bürgermeister, die Ausstellung zu eröffnen.

"Was das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum besonders wertvoll macht", führte Bürgermeister Seitz in seiner Eröffnungsansprache aus, "und was die Gemeinde Wien veranlasst hat, es nach Kräften zu unterstützen und zu fördern, ist die Idee des bildhaften Unterrichtes auch für Erwachsene, die

Wien

aus dem Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum der Stadt ausgegangen ist und nun überall in Europa Eingang gefunden hat. Die neue Methode, dem Schauenden rasch einen Ueberblick über ein grosses Tatsachenmaterial zu verschaffen, dieses Stück Wiener Kulturarbeit ist heute in der ganzen Welt geachtet und bekannt. Die Arbeit des Wiener Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums ist von grösstem volksbildnerischem Wert. Möge diese Ausstellung durch alle Bezirke Wiens wandern und der Bevölkerung Gelegenheit geben, sie zu sehen. Ich nehme diese Ausstellung zum Anlass", schloss Bürgermeister Seitz, "dem Präsidenten des Vereines Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien, Stadtrat Speiser, dem Leiter und der Seele des Museums, Direktor Neurath, und allen seinen Mitarbeitern an dieser Kulturarbeit dafür zu danken, dass sie mit ihren Arbeiten dazu wesentlich beigetragen haben, das Ansehen der Stadt Wien auch auf diesem Gebiete zu fördern."

Nach der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Eröffnungsrede des Bürgermeisters besichtigten die Festgäste unter Leitung des Direktors Neurath die neuen Ausstellungsräume.

*

Die neue Abteilung "Weltwirtschaft" bringt farbenprächtige Bildertafeln, die das Leben der Menschheit vor 4000 Jahren, aber auch das der neuesten Gegenwart schildern; bringen doch nicht wenige Tafeln auf Grund sorgfältiger Schätzungen bereits die Situation des Jahres 1930. Die ägyptische und babylonische Kultur werden durch die Grösse der uralten Stadtanlagen gekennzeichnet. Man lernt die Perserkriege besser verstehen, wenn man sieht, dass ein 40 Millionenreich eine Strafexpedition gegen ein Randvolk mit etwa 4,000,000 Einwohnern unternahm. Das Römerreich mit seinen gewaltigen Städten in Ost und West, mit seiner mannigfaltigen Produktion, das Araberreich, das Mongolenreich bekommen lebendiges Leben, wenn man ihre Strassennetze, ihre Städte, kurzum alles das sieht, was wir oft als Errungenschaft der Neuzeit anzusehen gewohnt sind.

Besonders eindringlich werden die letzten Jahrzehnte und die Gegenwart vorgeführt. Farbige Karten zeigen die Energiewirtschaft, die Eisen- und Kohlenproduktion; sie zeigen, dass die Wirtschaftsmacht und die politische Macht sich auf einige wenige gewaltige Gebilde konzentrieren, dass die Mächte der Erde vor allem das britische Reich, die Vereinigten Staaten von Amerika, die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken und Frankreich sind, an die sich Japan, Italien, Deutschland anschliessen. Sie zeigen den Konzentrationsprozess der Industrie, die Kolonialproduktion, die Wandlung Russlands, die Entstehung des Völkerbundes. Aber auch sozialhygienische Probleme werden hier angeschnitten. Deutlich tritt zu Tage, wie die Säuglingssterblichkeit überall dort zunimmt, wo Armut und ungenügende hygienische Einrichtungen vorherrschen.

Die komplizierten Verhältnisse der verschiedensten Wirtschafts- und Kulturzweige der Welt werden durch farbenfrohe Bilder dem Beschauer erklärt. Wie anders tritt uns die altamerikanische Kultur entgegen, wenn man die Inkas und Azteken, durch kleine rote Figuren gekennzeichnet, Gebiete erfüllen sieht, deren Einwohnerzahl und Grösse die der europäischen Grossstaaten dieser Zeit übertrifft. Die spanischen Eroberer sind gegen sie derart gering an Zahl, dass sie auf der Tafel nicht ausgedrückt werden können; Schiffe allein kennzeichnen die Zerstörer einer alten Kultur. Krieg und Frieden, Verfassungsänderungen und Regierungsformen zeigt diese neue Ausstellung in buntem Wechsel. Sie bietet ein wirkliches Abbild der lebendigen Gegenwart.

Die wissenschaftliche Bearbeitung und die formale Gestaltung dieser Abteilung hat die Arbeitsgemeinschaft des Museums durchgeführt. Um aber die so angefertigten Bildertafeln einer grösseren Oeffentlichkeit zugänglich

zu machen, gibt das Bibliographische Institut in Leipzig in 100 Tafeln und 30 erläuternden Textblättern ein bildstatistisches Elementarwerk in grosser Auflage heraus, das allen Einzelnen, die sich für diese Gegenstände interessieren, allen Schulen und Volkshochschulen in handlichen, frei beweglichen Blättern die schönsten Arbeiten des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in die Hand gibt. Dieses einzigartige Standardwerk "Gesellschaft und Wirtschaft" ist ein bedeutsamer Beitrag Wiens zur modernen Gebrauchsgraphik, von der auf der letzten Werkbundausststellung einiges zu sehen war.

Die neue Abteilung, die in der städtischen Wohnhausanlage "Am Fuchsenfelde", Ecke Murlingergasse und Längenfeldgasse, untergebracht ist, ist Mittwoch und Samstag von 17 Uhr bis 19 Uhr und Sonntag von 9 Uhr bis 13 Uhr geöffnet. Führungen sind vorgesehen. Für Schulen und Bildungsorganisationen ist das Museum jederzeit geöffnet.

Lehrer aus Deutschland und aus der Schweiz im Wiener Rathaus.Bürgermeister Seitz empfängt Lehrerinnen und Lehrer aus Winterthur, Kiel und Oranienburg.

Seit Jahren kommen immer wieder Pädagogen und Lehrer aus dem Ausland nach Wien, um hier das Schulwesen, die Auswirkungen der Schulreform, die Tätigkeit der Gemeinde Wien auf dem Gebiete der Jugendfürsorge zu studieren und Erfahrungen zu sammeln. So weilen auch gegenwärtig drei grössere Gruppen von Lehrern und Pädagogen in unserer Stadt, eine Gruppe von Lehrern aus Oranienburg bei Berlin unter Führung des Schulrates Schultz, Dezenten und Studenten der pädagogischen Akademie in Kiel unter Führung des Direktors Professor Peters und Lehrerinnen und Kindergärtnerinnen aus der Schweiz, aus Zürich, Winterthur und Bern, unter Führung des Lehrers Bühler. Die Gäste aus Deutschland und der Schweiz wurden ^{gestern} mittags im Rathaus von Bürgermeister Seitz empfangen.

Präsident Glöckel stellte die Führer der Gruppen dem Bürgermeister vor; er sprach von dem Programm, das die Lehrer bei dem Besuche Wiens hatten. Dann dankten die Führer der Gruppen dem Bürgermeister und der Stadt Wien für den Empfang und für die liebenswürdige Aufnahme, die sie in Wien gefunden haben. Lehrer Bühler hob dabei hervor, dass nur das demokratische Prinzip, der demokratische Gedanke solche Leistungen hervorbringen könne, wie sie die Wiener Stadtverwaltung, die Wiener Schulverwaltung zeige. Die Reorganisation der Schule in Wien, von der man in ganz Europa erfreuliche und durchwegs anerkennende Berichte höre, sei eine Leistung, für die alle Pädagogen der Stadt Wien danken müssten. Professor Peters sprach von der Verbindung von pädagogischer und sozialer Tat, die man in Wien so deutlich sehen könne. Wenn Wien und Oesterreich heimkommen in das Deutsche Reich, dann möge Wien nicht nur im pädagogischen, sondern auch im sozialpädagogischen Sinne die Lehrmeisterin der anderen deutschen Städte sein. Schliesslich führte Schulrat Schultz aus, dass die Berliner Lehrer in Wien gesehen haben, die Stadtverwaltung und Schulverwaltung begeistert jeden Fortschritt begrüßen und dem Fortschritt die Wege bahnen. Hier sehe man das Bejahen der sozialen Bedingtheit unseres Erziehungswesens. Wien habe es verstanden, nicht nur Lehrer und Schüler in den Erziehungsprozess hineinzustellen, sondern auch den Baumeister. Die grossen Erfolge der Reformtätigkeit in Wien, der tiefe Ein-

.....
 druck dessen, was die Gäste gesehen haben, werde sich auswirken in Berlin und in den kleinen Orten um die Reichshauptstadt, aus denen die Lehrer, die er führe, kämen.

Bürgermeister Seitz begrüßte die Gäste herzlichst im Namen der Wiener Stadtverwaltung. "Gerade in Ihrem Beruf", führte Bürgermeister Seitz aus, "sehen wir deutlich den Wandel der Zeiten. Wir haben Grosse im Reiche der Erziehung und der Philosophie gehabt, die führend und bestimmend waren für die geistige Arbeit von Generationen, einen Comenius, einen Pestalozzi, und Jünger, die ihnen nachgefolgt sind. Diese Art wissenschaftlicher und besonders pädagogischer Arbeit kennen wir heute nicht mehr. Wir sind Demokraten geworden, auch in Ihrer Wissenschaft. Was an Erfolgen erzielt worden ist, danken wir der gemeinsamen Arbeit aller. Der rasche Fortschritt der Schulreform in den beiden letzten Jahrzehnten ist nur durch echte demokratische Arbeit ermöglicht worden. Wien ist eine demokratisch verwaltete Stadt; das, was hier geleistet wird, ist nicht die Arbeit von einzelnen Grossen, die eine bestimmte Entwicklung der Gesellschaft, ein bestimmtes Ziel persönlich bestimmen, sondern Gemeinschaftsarbeit nach neuer Art: Wir verbinden Erziehung mit sozialem Aufbau. Man kann keine Schulreform durchführen, keinen Arbeitsunterricht, keine körperliche Ertüchtigung der Jugend, wenn diese Jugend in Wohnungen leben muss, die jeder Kultur Hohn sprechen, die gesundheitlich und moralisch gefährden. So haben wir in dem Augenblick, da wir daran dachten, die Jugend besser zu erziehen, auch daran gehen müssen, Wohnungen zu schaffen, lichte, sonnige Wohnungen, die eine Vorbedingung solcher Erziehungsarbeit sind. Selbstverständlich war damit wieder eine weitausgreifende Kinderfürsorge verbunden. So greifen die einzelnen Zweige der Reformen immer wieder ineinander. Aber alles, muss im Geiste echter Demokratie geleistet werden, das Volk muss durchdrungen sein von der Ueberzeugung der Notwendigkeit des Geschehens, jeder einzelne muss überzeugt werden. Wir leisten dabei nicht nur Erziehungsarbeit am Kinde, sondern auch am erwachsenen Menschen. Wenn in feierlichen Stunden wie jetzt, wenn Deutsche aus der Schweiz, aus Oesterreich und aus dem Reiche zu gemeinsamer Kulturarbeit versammelt sind, dann erblicken wir darin ein Vorzeichen jener Zeit in der die Einheit des deutschen Volkes hergestellt sein wird, nicht nur kulturell, sondern auch staatlich. Möge es uns gelingen zunächst die Einheit deutscher Kultur, deutscher Wissenschaft, deutscher Erziehungskunde herzustellen. Nehmen Sie die Fahne auf zum Kampfe: eine bessere Zukunft unseres Volkes, die Fahne der Arbeit für unsere Jugend und führen Sie diese Jugend einer besseren Zukunft entgegen. In diesem Geiste grüssen wir Sie als unsere Brüder, als Mitkämpfer für eine schönere Zukunft. An dem Empfange nahmen ausser den Gästen auch Vizebürgermeister Hoss, Landtagspräsident Hellmann, die Gemeinderätinnen Amon und Bock, die leitenden Beamten des Stadtschulrates und viele Schulinspektoren und Schulleiter teil.

Wien, am Mittwoch, den 9. Oktober 1930 Zweite Ausgabe

Sitzung des Wiener Landtages.

Gemäss § 120 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien hat mehr als ein Viertel der Landtagsabgeordneten die Einberufung einer Sitzung des Wiener Landtages verlangt. Präsident Dr. Danneberg hat daher den Wiener Landtag für morgen, Freitag, 17 Uhr einberufen.

Das Gesetz über die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe.Der Verwaltungsgerichtshof über die Verfassungsmässigkeit.

Die Besitzerin des Kaffeehauses "Goethe" in der Mariahilferstrasse hat im Dezember 1928 anlässlich einer Revision in ihrem Betriebe die Einsichtnahme in das Kassajournal und Kassabuch verweigert. Sie erhielt deswegen auf Grund des Gesetzes über die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe eine Geldstrafe. Dieses Erkenntnis hat die Wiener Landesregierung im April 1929 bestätigt. Gegen den Bescheid der Landesregierung wurde eine Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof erhoben, in der gewisse Formfehler behauptet wurden.

In der Verhandlung, die vor einigen Tagen stattfand, stellte der Beschwerdevertreter, Dr. Fasser, den Antrag, den Akt an den Verfassungsgerichtshof wegen Verfassungswidrigkeit der §§ 6 bis 8 des Gesetzes über die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe abzutreten.

Demgegenüber erklärte der Verwaltungsgerichtshof, dass die Berufung auf das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes betreffend die Verfassungswidrigkeit des Nahrungs- oder Genussmittelabgabegesetzes hinfällig sei. Mit diesem Erkenntnis sei nur der § 1, Absatz 1, aufgehoben worden und diese Aufhebung trete erst am 1. Jänner 1931 in Kraft. Die vorliegende Entscheidung sei daher durch diese Aufhebung nicht berührt. Die verlangte Abtretung an den Verfassungsgerichtshof wegen Verfassungswidrigkeit der übrigen Bestimmungen sei nicht begründet. Der Beschwerdeführer habe zwar ein Recht zu einer derartigen Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof nach Artikel 144 des Bundesverfassungsgesetzes, der Verwaltungsgerichtshof aber habe keinerlei Bedenken gegen die Verfassungsmässigkeit der übrigen Bestimmungen des Gesetzes über die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe, weshalb kein Anlass zum Einschreiten nach Artikel des Bundesverfassungsgesetzes bestehe.

Die Beschwerde wurde als unbegründet abgewiesen und bloss die Geldstrafe mit Rücksicht darauf, dass die Verweigerung der Kontrolle nur eine teilweise war, und im Hinblick auf die Vermögensverhältnisse herabgesetzt.

Wien, am Donnerstag, den 9. Oktober 1930. Dritte Ausgabe.

Angebliche Unregelmässigkeiten in einem Fürsorgeinstitut.

Vor kurzem hat der Magistrat von angeblichen Unregelmässigkeiten in einem Fürsorgeinstitut Kenntnis erhalten. Wie bereits mitgeteilt wurde, sind daraufhin über Weisung des Bürgermeisters sofort eingehende Erhebungen angeordnet und durchgeführt worden. Diese Erhebungen haben nunmehr ergeben, dass von den behaupteten Unterschlagungen oder Veruntreuungen keine Rede sein kann. Trotz eingehender Untersuchung konnte ein strafbarer Tatbestand nicht festgestellt werden. Insbesondere ist die Behauptung unrichtig, dass Beträge, die dazu bestimmt waren, bedürftigen Kindern einen Landaufenthalt zu ermöglichen, nicht ihrem Zwecke zugeführt worden seien. Die Untersuchung hat ergeben, dass der aufgewendete Betrag von 429 Schilling ausschliesslich für diesen Zweck verwendet worden ist.

Kreisverkehr auf dem Michaelerplatz.

Anlässlich der Vollendung des Umbaus des Michaelerplatzes wird in Erinnerung gebracht, dass die Bestimmungen über den Kreisverkehr sowohl für Fahrzeuge als auch für Fussgänger ungeändert fortbestehen. Durch den Umbau wurde der Platz dem bereits eingelebten Kreisverkehr besonders angepasst. Die neuen Mittelinseln wurden so angelegt, dass sie die Fahrzeuge beim Passieren des Platzes möglichst wenig behindern. Eine weitere Verbesserung für den Fuhrwerksverkehr ergibt sich daraus, dass die Autobushaltestellen aus den einmündenden Strassen auf den Platz verlegt wurden. Für die Sicherheit der Fussgeher wurde durch die Anlage von Spaltinseln vorgesorgt, die den Verkehrsstrom der einmündenden Strassen an den Uebersetzungsstellen für die Fussgänger in zwei Richtungen zerlegen, sodass der Fussgänger in dem Raum zwischen Gehsteig und Rettunginsel immer nur auf eine Verkehrsrichtung Bedacht nehmen muss. Das Betreten der Mittelinseln und das Queren des Platzes bleibt nach wie vor untersagt.

Neuer Fernsprechanschluss bei der Strassenbahn-Direktion.

Die Direktion der städtischen Strassenbahnen teilt mit, dass die Abteilung für Kartenausgabe und Fahrbegünstigungen, Rahlgasse 3, ausser unter der Fernsprechnummer U 42-5-80 auch über die Nummer A 38-0-97 direkt erreichbar ist.

Führung im Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum.

Morgen, Freitag, findet um 6 Uhr abends im Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien, Neues Rathaus, Eingang Rathausplatz, bei freiem Eintritt eine allgemeine Führung statt.

Der Wassermeherverbrauch in den einzelnen Wiener Bezirken.

Bekanntlich gibt die Gemeinde Wien für Haushaltzwecke pro Kopf täglich 35 Liter Wasser unentgeltlich ab. Erst ein darüber hinausgehender Verbrauch, ein Mehrverbrauch, wird mit 30 Groschen für 1000 Liter berechnet. Der Preis des Wassers für industrielle Zwecke ist einheitlich mit 12 Groschen für 1000 Liter festgesetzt. Der Preis des Wiener Wassers ist also, besonders im Vergleich zur Vorkriegszeit, da 1000 Liter Wasser ohne Unterschied 20 Goldheller kosteten, sehr niedrig.

Die für die Wasserversorgung zuständige Magistrats-Abteilung hat nun eine ausserordentlich interessante Tabelle ausgearbeitet, die den täglichen Mehrverbrauch in den einzelnen Wiener Bezirken während der verschiedenen Jahreszeiten zeigt. Aus dieser Tabelle geht hervor, dass der Mehrverbrauch an Wasser, also der Verbrauch über 35 Liter pro Tag und Kopf der Bevölkerung im Jahresdurchschnitt 57,964.000 Liter, das sind 57.964 Kubikmeter Wasser beträgt. Der Mehrverbrauch ist in den Monaten Oktober, November und Dezember am kleinsten und erreicht in den Monaten Juni, Juli und August eine obere Grenze mit durchschnittlich 59.412 Kubikmeter Wasser Mehrverbrauch pro Tag. Daraus ergibt sich, dass der tägliche Mehrverbrauch im Sommer nur um etwa 1500 Kubikmeter grösser ist als der Jahresdurchschnitt und nur um etwa 3000 Kubikmeter grösser als der Durchschnitt des Wasserverbrauches in den Wintermonaten, also zur Zeit des schwächsten Wasserverbrauches des ganzen Jahres.

Die Ursache dieser verhältnismässig sehr geringen Schwankung zwischen dem kleinsten und dem grössten Mehrverbrauch an Wasser, ergibt sich aus einer näheren Betrachtung des Wasserverbrauches der einzelnen Bezirke. Es zeigt sich dabei, dass die Bezirke Innere Stadt, Landstrasse, Wieden, Margareten, Neubau und Josefstadt in den Sommermonaten einen weitaus geringeren Wasserverbrauch als im Jahresdurchschnitt haben. Die Mehrzahl dieser Bezirke hat aber in den Wintermonaten einen grösseren Wasserverbrauch als die anderen Bezirke. Diese Erscheinung erklärt sich daraus, dass in den früher genannten Bezirken, die als Wohnbezirke der wohlhabenden Kreise gelten können, sehr viele Familien den Sommer nicht in Wien sondern in Sommerfrischen zubringen.

Den grössten Wassermeherverbrauch weist die Innere Stadt mit einem Jahresdurchschnitt von 9,495.000 Liter täglichem Mehrverbrauch auf. An der nächsten Stelle folgt der Bezirk Landstrasse mit einem durchschnittlichen täglichen Mehrverbrauch von 5,618.000 Liter Wasser, dann folgen die Bezirke Leopoldstadt, Alsergrund, Neubau, Wieden mit mehr als 4,000.000 Liter Mehrverbrauch. Den kleinsten Mehrverbrauch an Wasser haben die Bezirke Simmering, Rudolfsheim und Fünfhaus; weniger als 1,000.000 Liter Wasser täglichen Mehrverbrauch haben also auch noch die Bezirke Hernals, Brigittenau und Floridsdorf. Aus diesen Zahlen geht also deutlich hervor, dass die Höhe des Wasserverbrauches mit dem Wohlstand der Bewohner der Bezirke zusammenhängt. Es ist auch leicht verständlich, dass Familien, die ein Badezimmer besitzen oder die Wasserleitung in die Wohnung geleitet haben, mehr verbrauchen, als die Familien in jenen Bezirken, in welchen vielfach noch Häuserviertel bestehen, deren Wasserzufuhr durch unbequeme Hof- oder Gangleitungen erfolgt.

Wien, am Freitag, den 10. Oktober 1930 Zweite Ausgabe

W I E N E R L A N D T A G

Sitzung vom 10. Oktober 1930

Präsident Dr. Danneberg eröffnet um 17 Uhr die Sitzung mit folgender Ansprache:

Zum zehntenmal jährt sich heute der Tag, an dem sich das Schickaal des südlichen Kärnten entschieden hat (Das Haus erhebt sich). Die Volksabstimmung in diesem stark slowenischen Gebietsteil ist damals zugunsten der Republik Oesterreich ausgefallen. Durch die Anwendung dieses demokratischen Rechtes der Volksabstimmung ist die Zerreißung Kärntens, ist der Verlust dieses wertvollen Landes vermieden worden. So ist der 10. Oktober des Jahres 1920 ein Tag, an dem die Idee der Demokratie über die Idee der Gewalt den Sieg davongetragen hat. Denken wir an die kritischen Zeiten zurück, die vor zehn Jahren waren, so dürfen wir mit Stolz daran erinnern, dass auch Söhne Wiens in den Volkswehrregimentern der Republik an den Befreiungskämpfen für das Land Kärnten teilgenommen haben. Ich glaube, im Sinne des ganzen Hauses zu sprechen, wenn ich sage, Wien sendet den Kärntnern herzlichen Gruss und aufrichtige Wünsche für das wirtschaftliche und kulturelle Gedeihen ihres schönen Landes (Lebhafter Beifall und Händeklatschen).

Abg. Rummelhardt (E.L.): Ich habe die Ehre, mich im Namen meiner Partei dieser Kundgebung voll und ganz anzuschließen. Auch wir Christlichsoziale im Wiener Gemeinderat gedenken erhobenen Herzens und erhobenen Sinns des grossen Augenblicks, in welchem die Bewohner Kärntens sich für Oesterreich entschieden haben. Es muss doch ein gutes und auch ein schönes Land sein, dass sich die Kärntner in dieser Schicksalsstunde mit so grosser Majorität für Oesterreich erklärt haben. Wir können nur sagen, wir freuen uns, dass dieses herrliche Stück Erde bei unserem Vaterlande bleibt. Wir reichen den Brüdern im Kräntner Land die Hand für die gedeihliche Entwicklung und für die Zugehörigkeit, für die wir ihnen herzlichst danken. Leider müssen wir aber dem hochverehrten Präsidenten des Wiener Landtages einen Vorwurf machen. Eine so wichtige und heilige Sache, wie es eine Festkundgebung für die Kärntner Volksabstimmung ist, gehört in eine eigene Festsetzung (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen) und diese Festsetzung hätte vom Präsidenten besonders einberufen werden müssen, während

diese Kundgebung nur als Anhängsel an eine wahrscheinlich parteipolitische Sache stattfindet. (Zustimmung bei den Christlichsozialen). Wir müssen bitten, dass, eine solche Kundgebung, wenn sie in Zukunft stattfindet, ^{würdig} einberufen werde und dass die Mitglieder des Landtages aufgefordert werden, zu einer solchen Sitzung im Festkleid zu erscheinen, dass eine solche Festsetzung durch nichts gestört werde, was irgendwie einen parteipolitischen Charakter trägt. Ich beantrage daher im Namen meiner Partei den Schluss der heutigen Sitzung (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Christlichsozialen).

Landeshauptmann Seitz: Ich halte es nicht für notwendig, dass wir unsere sonstigen Arbeiten vernachlässigen (stürmische Rufe bei den Christlichsozialen: Was sind diese sonstigen Arbeiten? Die Sitzung ist eine Komödie! Es gibt ja keine Tagesordnung!) auch andere Landtage haben spezielle Sitzungen für diesen Zweck nicht einberufen. Ich glaube, es wäre nicht angemessen, die festliche Stimmung und den festlichen Charakter dieser Kundgebung durch parteipolitische Auseinandersetzungen zu stören und ich richte daher als Landeshauptmann an das Haus die Bitte, davon abzusehen (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten).

Präs. Dr. Danneberg leitet sodann die Abstimmung über den Antrag Rummelhardt auf Schluss der Sitzung ein und stellt fest, dass dieser Antrag abgelehnt worden ist. (Stürmische/Rufe bei den Christlichsozialen)

Abg. Preyer: Das ist ja kein Landtag! Das ist ein Zirkus! Das ist ein Theater

Abg. Dr. Kolassa: Wo ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung. Abg. Huber: Wir wissen nicht einmal, um was es sich bei der heutigen Sitzung handelt!

Stürmische Rufe bei den Christlichsozialen: Schliessen Sie die Sitzung!

Grosser
Lärm !

Präsident Dr. Danneberg: Gegenüber den Aeusserungen des Abg. Rummelhardt kann ich nur feststellen, dass man gewiss auch eine eigene Sitzung für diese Kundgebung hätte einberufen können. Die Tatsache aber, dass auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung auch ein anderer Gegenstand steht, vermag dieser Kundgebung den Charakter der Herzlichkeit durchaus nicht zu nehmen (Stürmische Rufe bei den Christlichsozialen: Wo ist die Tagesordnung Schluss der Sitzung! Abg. Dr. Kolassa: Wo ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung! Abg. Preyer: Die Tagesordnung der heutigen Sitzung muss in unserer Händen sein!)

Präsident Dr. Danneberg: Die Kundgebung haben wir vor Eingangs in die Tagesordnung veranstaltet; ehe Sie hier Rekrinationen erheben, müssten Sie sich doch erst die Geschäftsordnung ansehen. Wenn die Kundgebung zu Ende ist, wird die Tagesordnung mitgeteilt werden (Lebhafte Zwischenruf

Abg. Pfeiffer (Chr. soz.) Es muss wohl nicht erst betont werden, dass die Vertreter der Grossdeutschen Volkspartei aus ganzem Herzen und mit vollster Freude dem Ehrentag der Kärntner begrüßen. Aber auch wir müssen es ausserordentlich bedauern, dass diese Kundgebung in einer so unwürdigen Form stattfindet (Landeshauptmann Seitz: Ganz richtig! Es ist unwürdig, was hier während dieser Kundgebung geschieht! - Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten. - Zwischenrufe). Wir hätten es für notwendig erachtet, dass dieser überaus wichtige und feierliche Gegenstand auf die Tagesordnung einer eigenen Sitzung gesetzt worden wäre und dass wir davon verständigt worden wären, weil es uns ein Herzensbedürfnis gewesen wäre, bei diesem feierlichen Anlass hier im Festkleid zu erscheinen. (Lebhaftige Zwischenrufe. - Abg. Reismann (soz. dem.): Man soll sich lieber ruhig und würdig benehmen, dann brauchen wir kein Festkleid. - Abg. Dr. Kolassa: Besser im Festkleid als im Kaftan! - Lebhaftige andauernde Zwischenrufe. - Lärm). Wenn diese angeblich feierliche Kundgebung als ein Gegenstand gerade noch vor Eingehen in die Tagesordnung behandelt wird, in einer Sitzung, für welche uns eine Tagesordnung nicht bekanntgegeben wird, einer Sitzung, die etwa einen ähnlichen Verlauf nehmen soll, wie die letzte Sitzung, müssen wir erklären, dass wir ein solches Vorgehen unwürdig finden. Ich möchte aber auch als Vertreter des deutschen Volkes feststellen, dass ich den Präsidenten Dr. Robert Danneberg nicht als jenen Mann betrachte, der nach unserer Auffassung geeignet ist, den deutschen Kärntnern die Grüsse des deutschen Wien zu überbringen.

Diese Worte, die von den Einheitsliste mit lebhaften Beifall und Händeklatschen begleitet werden, rufen bei den Sozialdemokraten einen Sturm der Entrüstung hervor. Es wird dem Abg. Pfeiffer von den sozialdemokratischen Rednern zugerufen: Schämen Sie sich, das ist doch unerhört. Abg. Weber (soz. dem.) Eine unerhörte Frechheit ist das. Abg. Thaller (soz. dem.): Den Pfeiffer haben wir bisher für einen anständigen Menschen gehalten, und der spricht so! Abg. Beisser (soz. dem.) Wahrscheinlich hätte der Straffelle für die Kärntner sprechen sollen. - Abg. Reismann: Schämen sie sich als Deutscher eine solche Rede zu halten. Abg. Weber: Das will ein deutscher Mann sein! Pfuiteufel. - Im Chor rufen die Sozialdemokraten dem Abg. Pfeiffer zu: Pfuiteufel! - Abg. Weber: Nicht einmal die Stiefel putzen können Sie ihm, nicht einmal die Stiefel ablecken können Sie ihm, eine Schande sind Sie hier. - Abg. Beisser: Das deutsche Volk ist auf Sie gekommen! - Tausender Lärm, indem Abg. Pfeiffer

vergeblich versucht sich verständlich zu machen. - Präs. Dr. Danneberg gibt wiederholt das Glückszzeichen und ersucht um Ruhe. - Nur langsam legt sich der Lärm und endlich kann Abg. Pfeiffer fortfahren. Er bemerkt: Diese Skandale sind ein Beweis dafür, dass meine Worte ein Volltreffer waren. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Einheitsliste. - Neuerliche bei den Sozialdemokraten stürmische Zwischenrufe/gegen den Abg. Pfeiffer. - Abg. Beisser: Ein Volltreffer wie eine Stinkbombe! - Abg. Reismann: Sie politischer Bettgeher! Sie wollen ja nur ein Mandat haben! - Abg. Untermüller: Den Reismann wählen wir nicht, wir wählen überhaupt keine Juden! - Andauernde Zwischenrufe. - Lärm)

Abg. Pfeiffer: Ich möchte bloss feststellen, die erfreuliche Tatsache, dass das Volk Kärntens zu Deutschösterreich gehört nicht zu verdanken ist der Arbeit der Stadt Wien oder der Arbeit der damaligen österreichischen Regierung; die Kärntner haben sich ihre Zugehörigkeit zum deutschen Oesterreich selbst erkämpft, unabhängig von allen anderen und dazu beglückwünschen wir sie in dieser festlichen Stunde aus ganzem Herzen. - (Lebhafter Beifall bei der E. L. - Lebhaftes Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Schandel! - Abg. Weber: In dieser festlichen Stunde, die Sie so verunehren. Pfui! - Andauernde Zwischenrufe.

Präs. Dr. Danneberg: Der Abg. Pfeiffer hat hier den Präsidenten des Hauses beleidigt und damit in einer ganz ungewöhnlichen Weise gegen die Geschäftsordnung und gegen die parlamentarischen Sitten verstossen. Obwohl es sich um meine Person handelt, sehe ich mich gezwungen, ihn deshalb zur Ordnung zu rufen (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten - Lebhaftes Zwischenrufe)

Die Einberufung der heutigen Sitzung ist erfolgt, weil auf Grund des § 120 der Verfassung ein Viertel der Abgeordneten des Landtages die Einberufung gefordert haben. Eine Angabe des Grundes ist hiebei gemäss den Bestimmungen der Verfassung und der Geschäftsordnung nicht erforderlich. Die Abgeordneten, die die Einberufung verlangt haben, haben mir eine Anfrage an den Landeshauptmann übergeben, aber zugleich gemäss § 16 der Geschäftsordnung verlangt, dass diese Anfrage verlesen wird. Da dieses Verlangen von mehr als 30 Abgeordneten gestellt wurde, trage ich ihm Rechnung und ersuche die Schriftführerin, diese Anfrage zu verlesen.

Die Anfrage der Abg. Nachtnebel, Leopoldine, und Thaller an den Herrn Landeshauptmann lautet:

Die Bundesregierung setzt ihre Konfiskationspraxis fort. In der Donnerstag-Nummer des Neuen Wiener Extrablattes, der Neuen Freien Presse und des Neuen Wiener Tagblattes ist folgende Mitteilung der "Landbundkorrespondenz" konfisziert worden:

"Sensationelle Enthüllungen über Major Pabst.

Er arbeitete gegen die Befreiung Oesterreichs von den Reparationen und für die Losreissung Tirols und Vorarlbergs.

Die Niederschlagung des Verfahrens gegen den ehemaligen preussischen Major Pabst, die Nachrichten von einer unmittelbar bevorstehenden Aufhebung seiner im letzten Juni verfügten Ausweisung aus dem österreichischen Staatsgebiet und einer Rückkehr von Venedig nach Innsbruck oder Wien zwingen zu einigen Feststellungen. Trotzdem sich der preussische Staatsbürger Pabst um den Kampf gegen den Marxismus und die Organisation der Heimatwehren beachtenswerte Verdienste erworben hat, machte er sich im Verlaufe des letzten Jahres zweifellos eine unzulässige Einmischung in die auswärtige und innere Politik ^{Österreichs} schuldig. Aus dem Interview des Bundesrates Dr. Steidle im "Matin" (Dezember des Vorjahres) ging hervor, dass sich Major Pabst weitgehend für die dauernde Preisgabe Südtirols und die Einstellung jeder Propaganda zugunsten der deutschen Minderheit in Südtirol eingesetzt hat. Durch Erklärungen eines massgebenden Exponenten der Heimatwehr ist ferner erwiesen, dass Major Pabst, wie Bundeskanzler ^{Dr.} Schober bereits in einer öffentlichen Sitzung des Bundesrates feststellen konnte, seine Propaganda in das Heer, die Polizei und die Gendarmerie tragen wollte.

Eine Aktion gegen die Anleihe?

Weiter hat Major Pabst gemeinsam mit zwei Mitgliedern der damaligen Bundesführung im letzten November in Wien direkte Beziehungen zu Vertretern Italiens aufgenommen und dahinzuwirken versucht, dass die italienische Regierung die Bemühungen Oesterreichs um Zurückstellung der Pfandrechte, Befreiung von der Reparationspflicht und Gewährung einer Anleihe erschwere, oder nur unter der Bedingung unterstütze, dass sich die österreichische Regierung dem Diktat der damaligen Bundesführung der Heimatwehr füge.

Diese Aktion wurde sofort von der Regierung unterbunden, die den österreichischen Gesandten in Rom nach Wien berufen und ihm ein Memorandum

für den italienischen Ministerpräsidenten übergeben hat.

Schaffung des Heimwehrstaates Tirol und Vorarlberg.

Endlich wurde durch einige Zeit im Kreise um Pabst der Gedanke erwogen, Vorarlberg mit Tirol zu vereinigen und aus beiden Ländern einen neuen Staat mit einem antiparlamentarischen Diktator zu bilden, dem sich nach einer Periode des Separatismus die anderen Bundesländer nacheinander anschliessen sollten.

Der Vorkämpfer des Fascismus.

Es sei notorisch, dass Major Pabst, dessen ^{beschränkten} ausserordentlichen Fähigkeiten niemals ^{beschränkten} würden, ein eifriger Bewunderer des italienischen Fascismus ist und den Glauben hegt, Oesterreich für das fascistische System Italiens zu gewinnen. Von der Ausweisung des ehemaligen Majors Pabst wussten sowohl der damalige Vizekanzler Vaugin als auch der Landeshauptmann von Tirol Dr. Stumpf, ohne dagegen Einspruch zu erheben. Die Stellungnahme der Regierung Schober wurde durch die Ereignisse als richtig bestätigt, denn die Ausweisung des preussischen Staatsbürgers hat im Inneren eine weitgehende Beruhigung herbeigeführt und in den Monaten von Juli bis September eine Rückkehr der Heimatwehren zu ihren bewährten ursprünglichen Zielen ermöglicht. Angesichts dieses Tatbestandes muss mit Entschiedenheit festgestellt werden, dass die Führung der christlichsozialen Partei die volle Verantwortung für alle jene Ereignisse trägt, die sich aus einer Rückkehr des Majors Pabst und seiner etwaigen neuen politischen Betätigung in Oesterreich in Zukunft für unseren Staat und unser Volk ergeben könnten."

Diese Mitteilungen einer Partei, die bis vor kurzem in der Bundesregierung vertreten war, sind besonders beachtenswert. Der Bundesstabsführer der Heimwehr, Major Pabst, wird hier schwerer Verbrechen beschuldigt. Die Handlungen, deren er bezichtigt wird, sind ^{Landsverrat} ~~Landesverrat~~ und Vorbereitung zum Hochverrat. Zwei Führer der Heimwehr, deren Bundesstabsführer solcher Verbrechen bezichtigt wird, sitzen als Minister in der Regierung und lassen Mitteilungen über das verbrecherische Treiben ihres Kameraden konfiszieren. Ein schamloser/Missbrauch der Amtsgewalt ist gar nicht denkbar. Der Wahlkampf soll offenbar auf solche Weise den oppositionellen Parteien erschwert und die freie Meinungsäusserung über die Regierungsparteien unterdrückt werden.

Die Gefertigten stellen an den Herrn Landeshauptmann die Anfrage, ob er bereit ist, die Bundesregierung auf die Ungesetzlichkeit dieser Methoden aufmerksam zu machen. Wir verlangen gemäss § 16 die Verlesung dieser Anfrage!"

In dem Augenblick, in dem die Schriftführerin, Abg. Grünwald (soz-dem.) mit der Verlesung der Anfrage beginnt, erhebt sich auf den Bänken der Christlichsozialen grosser Lärm. Die Christlichsozialen rufen der Mehrheit zu: Das ist eine Festsitzung. ^{Als} Abg. Preyer (E.L.) eine Signalpfeife in Aktion treten lässt, steigert sich der Lärm auf den Bänken der Christlichsozialen ins Unbeschreibliche. Zahlreiche christlichsoziale Abgeordnete trommeln mit den Fäusten auf die Pultdeckeln, ^{metallinen} schlagen mit Tassen auf die Bänke. Die sozialdemokratischen Abgeordneten eilen von ihren Bänken zu der Tribüne, von der aus die Schriftführerin die Anfrage verliest, und nehmen vor der Tribüne Aufstellung. Die Verlesung der Anfrage wird von den sozialdemokratischen Abgeordneten wiederholt mit Beifall unterbrochen, ^{sich zum Schlusse} der/besonders lebhaft gestaltet. Auf den Bänken der Christlichsozialen herrscht weiter grosser Lärm.

Präsident Dr. Danneberg: Herr Abg. Preyer, ich rufe Sie zur Ordnung. (Es tritt ein wenig Ruhe ein). Der Herr Landeshauptmann hat mir mitgeteilt, dass er die Anfrage schriftlich beantworten wird. Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden schriftlich bekanntgegeben. Die Sitzung ist geschlossen.

Unter grossem Lärm verlassen die Abgeordneten den Sitzungssaal.

Schluss der Sitzung 18 Uhr 50.

.....-71

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 11. Oktober 1930.

.....
Die grösste Wohnhausanlage in Europa.

Der "Karl Marx-Hof" in Heiligenstadt fertiggestellt. - Morgen, Sonntag, Er-
öffnung durch Bürgermeister Seitz.

Vor wenigen Jahren noch betrieben auf der sogenannten Hagenwiese in Döbling vor dem Heiligenstädterbahnhof Handelsgärtner ihr ehrsameres Gewerbe. Jetzt steht auf diesem mehr als einen Kilometer langen Gelände der "Karl Marx-Hof", die grösste geschlossene, von der Gemeinde Wien bisher errichtete Wohnhausanlage, die gleichzeitig auch die grösste Wohnhausanlage in Europa ist.

Als die Wiener Gemeindeverwaltung den Entschluss fasste, auf der Hagenwiese eine Wohnhausanlage zu erbauen, stand sie vor der gewaltigsten Bauaufgabe, die je im Rahmen einer Wohnhausanlage zu lösen war. Mehr als einen Kilometer lang dehnte sich das Gelände zwischen der Heiligenstädterstrasse und dem Damme der Franz Josefs-Bahn aus. Die Verbauung dieser Riesenfläche erheischte die Lösung der verschiedensten Fragen, nicht nur durch die Gemeindeverwaltung, sondern auch durch den Städtebauer, Architekten und Ingenieur. Die Gemeinde Wien entschloss sich, das Bauvorhaben in Form einer geschlossenen Wohnhausanlage mit grossen Gartenhöfen auszuführen. Die unter der Leitung des Architekten Oberstadtbaurat Ingenieur Josef Bittner stehende Architekturabteilung des Wiener Stadtbauamtes wurde mit der Ausarbeitung der Entwürfe für diese Kolossalanlage betraut und die Verfassung des Projektes dem Architekten Oberstadtbaurat Karl Ehn übertragen.

Der Architekt hat die ihm gestellte Aufgabe, das Riesengelände zu verbauen, in einer interessanten Weise gelöst. Er schuf in der Mitte der Wohnhausanlage zur Unterbrechung der langen Gebäudefront einen 10.480 Geviertmeter grossen Platz, der gegen die Heiligenstädterstrasse offen ist, gärtnerisch ausgestaltet wurde und als Schmuck eine überlebensgrosse Bronze figur von Bildhauer Hofner enthält, die einen Sämann darstellt. Dieser Platz wird an der Rückfront durch den höchsten Teil der Anlage abgeschlossen. Der Bau ist dort 5 Stockwerke hoch und bildet gleichzeitig die Ueberbauung der zum Sportplatz Hohe Warte führenden Strasse. Er trägt überdies noch sechs Turmaufbauten und enthält auf den Massenverkehr eingestellte riesige Durchfahrten; dieser Bauteil fällt dann in ruhigem Uebergang seitlich in vier- und dreistöckige Flankenteile ab. Der Anlage wird damit an ihrer dominierten

.....
sten Stelle eine gewaltige Horizontalgliederung verliehen, die durch die noch im Gebäude betonten emporstrebenden Turmbauten ein Gleichgewicht findet. Die so entstandene Platzwirkung gibt dem Gebäude eine besondere Prägung. Ebenso bietet die gerade monumental ausgeführte Ecke des Baues gegen die Stadt zu mit ihren übereinanderliegenden Terrassen eine dem Kolossalbau entsprechende Wirkung. Das Hauptgebäude schmücken vier auf den Schlusssteinen der mittleren Torbogen aufgesetzte Plastiken aus wetterfestem, farbig glassiertem Steinzeug. Sie stammen vom Bildhauer Josef Riedel und versinnbildlichen die "Freiheit", "Aufklärung", "Fürsorge" und die "Körperkultur". Sonst weist der Karl-Marx-Hof als einzigen Schmuck seiner über je einen halben Kilometer langen beiden Frontteile einen breiten, fortfließenden Mäander aus Balkonen auf, der die glatte Fassade wirksam belebt.

Die Gesamtfläche des Karl Marx-Hofes beträgt 156.027 Geviertmeter, von denen aber nur 28.751 Geviertmeter verbaut wurden. Auf Verkehrs-Spiel- und Gartenflächen entfallen 127.276 Geviertmeter. Es sind daher nur 18 1/4 Prozent, also nicht einmal ein Fünftel der Gesamtfläche, verbaut. Die Längenausdehnung der Anlage beträgt 1000 Meter, die Gesamtlänge der Fundamentierung misst 11 Kilometer. Der Karl Marx-Hof enthält 1382 mit allem Komfort ausgestattete Wohnungen, ein Ausmass, das dem einer Kleinstadt mit mehr als 5000 Einwohnern gleichkommt. Es ist selbstverständlich, dass eine solche Grossanlage auch für die verschiedenen Bedürfnisse ihrer Bewohner entsprechend eingerichtet sein muss. Es wurden daher zwei Zentralwäschereien mit 62 Waschstunden, 2 Bäder mit 20 Wannen und 30 Brausen, 2 Kindergärten, 1 Zahnklinik, 1 Mutterberatungsstelle, 1 Bibliothek, 1 Jugendheim, 1 Postamt, 1 Krankenkassa mit Ambulatorium, 1 Apotheke und schliesslich 25 Geschäftslokale in der Riesenanlage untergebracht. Bemerkenswert ist, dass die Zentralwaschküchen elektrisch geheizt und betrieben werden. Die Heisswasserbereitung erfolgt in Elektrokesseln und Elektrospeichern, sodass jede Russ- und Staubplage vermieden wird. Die Zentralwäschereien im Karl Marx-Hof sind in ihrer Art die ersten in Europa.

Ebensowiesie die Zentralwaschküchen sind auch die Anlagen für die Kehrichtabfuhr auf das modernste eingerichtet. In den Höfen befinden sich Sammelstellen für die Coloniakübel, die ungefähr den Inhalt des Tagesanfalles aufnehmen können. Von diesen Sammelstellen werden die Coloniakübel mit Elektro-Autokarren abgeholt und auf eine ausserhalb der Wohnhausanlage befindliche Sammelhalle überführt, von wo die Ueberladung auf die Coloniasammzüge erfolgt.

Die Baustatistik führt aus, dass bei der Errichtung des Karl Marx-Hofes 24'4 Millionen Stück Ziegel, 19'8 Millionen Kilogramm Zement, 3'5 Millionen Kilogramm Rundeisen, 2'3 Millionen Kilogramm Kalk, 1'26 Millionen Kilogramm Gips, 130.000 Kubikmeter Sand und Schotter, 24.400 Geviertmeter Glas, 63.200 Geviertmeter Brettelböden, 614.000 Stück Dachziegel, 7.000 Türen und 5600 Fenster verwendet wurden.

Für den Bau waren 32,530.000 Schilling präliminiert. Die endgültigen Baukosten belaufen sich auf 28,640.490 Schilling, sodass ein Ersparnis von 3,889.510 Schilling erzielt werden konnte. Die Baukosten stellen sich verhältnismässig niedrig. Der Kubikmeter umbauten Raumes kostet 53'60 Schilling, die Wohnungseinheit von 38 Geviertmeter kommt auf 13.923 Schilling zu stehen. Dieser Preis versteht sich einschliesslich aller Einbauten, von den Kindergärten angefangen bis zu den Geschäftslokalen.

Mit dem Bau des Karl Marx-Hofes wurde im Oktober 1926 begonnen; die Fertigstellung erfolgte im August dieses Jahres.

Heute vormittags besichtigten unter Führung des amtsführenden Stadtrates für Wohnungswesen Anton Weber Vertreter der Wiener und ausländischen Presse die neueste Wohnhausanlage der Gemeinde Wien in Heiligenstadt. Morgen, Sonntag, um halb 11 Uhr vormittags wird Bürgermeister Seitz die feierliche Eröffnung des bereits besiedelten Karl Marx-Hofes vornehmen.

.....
Sitzungen im Rathaus.

In der nächsten Woche hält der Wiener Stadtsenat am Dienstag um 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab. Anschliessend daran findet eine Sitzung der Wiener Landesregierung statt. Am Freitag tritt der Gemeinderat der Stadt Wien um 5 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen.

.....
Fristverlängerung für Anbote auf Wasserkraftstrom-Lieferung.

Die Wiener städtischen Elektrizitätswerke haben im April dieses Jahres verlautbart, dass sie bis 30. September 1930 Anbote auf Lieferung von Wasserkraftstrom entgegennehmen. Innerhalb dieser Frist sind auch Anbote eingelangt, doch wurden von zwei Interessenten begründete Ansuchen um eine kurze Erstreckung der Einreichungsfrist gestellt. Dementsprechend wird die Frist für die Annahme solcher Anbote allgemein bis 31. Oktober dieses Jahres verlängert.

.....
Vorsicht beim Heizen.

In den letzten Jahren mehrten sich die Fälle von Kohlenoxydgasvergiftungen durch mit Koks betriebene Oefen. Insbesondere in der Uebergangszeit, im Spätherbst und zu Beginn des Frühjahres können durch die Heizöfen Rauchgase in den Raum treten, wenn die Oefen nicht fachmännisch instandgesetzt wurden und daher nicht vollkommen dicht sind. In dieser Zeit ist der Schornsteinzug wegen der noch milden Aussentemperatur geringer; bei irgendwelchen Mängeln kann es daher leicht zum Austritte von Rauchgasen, auch von Kohlenoxydgasen, und damit zu Vergiftungen kommen.

Es ist daher wichtig und im Interesse jedes Einzelnen gelegen, die Heizgelegenheiten vor der Heizperiode durch einen Fachmann nachsehen und instandsetzen zu lassen. Ausserdem müssen bei Dauerbrandöfen die Schornsteinverhältnisse berücksichtigt werden; dabei ist der im Rauchstutzen des Dauerbrandofens angebrachten Drosselklappe besonderes Augenmerk zuzuwenden. Diese Drosselklappe soll in der Uebergangszeit stets offengehalten werden.

.....
Sitzung der Bezirksvertretung Margareten. Uebermorgen Montag, findet um 5 Uhr nachmittags eine öffentliche und vertrauliche Sitzung der Bezirksvorstehung Margareten statt.

.....
Vorträge und Führungen im Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum.

Morgen, Sonntag findet um 11 Uhr bei freiem Eintritt im Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien, Neues Rathaus, Eingang Rathausplatz ein allgemein zugänglicher Vortrag statt. Dr. Friedrich Bauermeister spricht über das Thema: "Rationalisierung". In der Ausstellung "Sozialhygiene" des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in Wien, Parkring 12, spricht morgen, Sonntag, um 11 Uhr vormittags bei freiem Eintritt Dr. Oskar Loewy über das Thema "Erziehung des Kindes zur Gesundheit." Auch dieser Vortrag ist allgemein zugänglich. Auch in der erst eröffneten Abteilung "Weltwirtschaft" (Mundaneum) des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in Wien, die sich in Meidling, Längenfeldgasse Ecke Murlingengasse, in einem Sondertrakt des Volkswohnhauses "Am Fuchsenfeld" befindet, findet morgen, Sonntag, um 11 Uhr vormittags bei freiem Eintritt ein allgemein zugänglicher Vortrag statt. Dr. L. Birkenfeld spricht über die Rohstoffversorgung der Erde.

Wien, am Sonntag, den 12. Oktober 1930.

Eine Riesenversammlung in Heiligenstadt.Bürgermeister Seitz eröffnet die grösste Wohnhausanlage der Gemeinde Wien.

Zehntausende Menschen kamen am Sonntag vormittags nach Heiligenstadt, um der Eröffnung des Karl Marx-Hofes, der grössten geschlossenen Wohnhausanlage der Gemeinde Wien, beizuwohnen. Die mehr als ein Kilometer lange Front dieser grössten Wohnhausanlage Europas war von den Bewohnern mit Fahnen, Girlanden und Blumen zur Begrüssung des Bürgermeisters geschmückt. Als Bürgermeister Seitz auf dem Festplatze eintraf, wurde er von der Masse mit brausenden Hochrufen empfangen, die erst endeten, als die Kapelle zu spielen begann. Ausser den 5000 Bewohnern der Anlage und den zehntausenden Wienern, die als Festgäste zu den Eröffnungsfeierlichkeiten gekommen waren, war auch eine Gruppe von Lehrerinnen und Kindergärtnerinnen aus einigen Schweizer Städten erschienen, die gegenwärtig zum Studium der Reformen auf dem Gebiete der Pädagogik und der Jugendfürsorge in Wien weilen. Fast alle amtsführenden Stadträte, die meisten Mandatäre Döblings, Landtagspräsident Hellmann, Präsident Glöckel, Nationalrat Allina, Nationalrätin Popp, Magistratsdirektor Dr. Hartl, viele Gemeinderäte, die leitenden Beamten des Stadtbauamtes und die Vertreter der grossen Unternehmungen, die an dem Bau mitgearbeitet hatten, waren ebenfalls zu der Eröffnungsfeier gekommen.

Nach einem einleitenden Musikvortrag einer Strassenbahnerkapelle betrat, mit lautem Beifall begrüsst, amtsführender Stadtrat Weber die Rednertribüne. Stadtrat Weber hiess alle Gäste bei der Eröffnungsfeier herzlichst willkommen. Er sprach dann von der neuen Anlage und führte dabei aus, dass der Karl Marx-Hof von den bisher erbauten Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien die grösste sei und dass man dieser Anlage in Europa keine gleich grosse zur Seite stellen könne. Die Anlage bestehe aus 102 Häusern, die in wuchtiger und klarer Architektur um einen mächtigen Platz und zwei grosse Gartenhöfe gruppiert seien. Als das Gebiet der Hagenwiese zur Verbauung bestimmt worden sei, sei die Frage zu lösen gewesen, wie dieses grosse Gelände am günstigsten verbaut werden könnte. Nach reiflicher Ueberlegung habe sich die Gemeindeverwaltung im Einvernehmen mit den Fachleuten des Bauwesens für die Art der Verbauung entschieden, wie sie nun die neue Wohnhausanlage zeige. So sei das ganze Gelände wirtschaftlich gut und richtig ausgerüzt worden und es seien, was das wichtigste sei, möglichst viele Wohnungen geschaffen worden. Von dem

724

.....

gesamten Baugrunde, der insgesamt 156.027 Quadratmeter umfasse, seien nur 18,5 Prozent, also nicht einmal ein Fünftel der Gesamtfläche, tatsächlich verbaut worden. Die ganze übrige Fläche, mehr als vier Fünftel des gesamten Baugrundes, sei als Hofffläche mit Gartenanlagen, mit Spielplätzen für die Kinder und Aufenthaltsorten für die Erwachsenen erhalten geblieben. Eine kleine Stadt mit ungefähr 5000 Einwohnern sei erstanden. Mehr als ein Kilometer lang sei die Front der Anlage, die Länge der Fundamente betrage rund 11 Kilometer. 102 Stiegenhäuser führen zu rund 1400 Wohnungen, 25 Geschäftslokale seien in der Riesenanlage untergebracht, ein eigenes Postamt und eine Apotheke. Der Fürsorge dienen zwei Kindergärten, ein Jugendheim, eine Mutterberatungsstelle, eine Zahnklinik, Räume für eine Krankenkasse mit Ambulatorium und Bibliotheksräume. Auch eine Ausstellungshalle habe im Karl Marx-Hof Platz gefunden. Einzigartig seien die zwei grossen Zentral-Wasch- und Badeanlagen für die Bewohner dieser Stadt; sie stellen das technisch Grossartigste und Modernste auf diesem Gebiete dar. Nachtstrom der städtischen Elektrizitätswerke werde zur Erzeugung von Dampf und heissem Wasser verwendet und dadurch jede Staub- und Rauchentwicklung, jede Belästigung der Bewohner der Anlage bei der Zufuhr von Heizmaterial und bei der Abfuhr von Schlacke und Asche vermieden. Für die gesamte Anlage seien 32,530.000 Schilling veranschlagt und von den zuständigen Körperschaften bewilligt worden. Die Bauabrechnung, die nunmehr schon abgeschlossen vorliege, weise aus, dass der Bau insgesamt bloss 28,640.490 Schilling Kosten erfordert habe. Diese Kosten seien überraschend niedrig. Ein Kubikmeter umbauten Raumes stelle sich bloss auf 53,60 Schilling, eine Wohnungseinheit in der Grösse von 38 Quadratmetern auf 13.923 Schilling. Welche ungeheure Arbeit bei der Erbauung der ganzen Anlage geleistet worden sei, zeige eine Uebersicht über das verwendete Material. 24,400.000 Stück Mauerziegel, 19,800.000 Kilogramm Zement, 3,500.000 Kilogramm Rundeisen, 2300.000 Kilogramm 1,265.000 Kilogramm Gips, 130.000 Kubikmeter Sand und Schotter, 63.200 Quadratmeter Brettelböden, 614.000 Stück Dachziegel seien verwendet, 7000 Türen und rund 5600 Fenster eingebaut worden. Zur Anschüttung seien 350.000 Kubikmeter Erdreich nötig gewesen. Bei der Durchführung des Baues seien mancherlei technische Probleme, darunter auch recht komplizierte, zu lösen gewesen, eines der schwierigsten darunter das Problem der Fundierung. Durch fachmännische Tüchtigkeit und Tatkraft aller beteiligten Faktoren sei es gelungen, alle Schwierigkeiten in völlig einwandfreier Weise zu lösen. Weit über hundert Unternehmungen haben an dem Bau mitgearbeitet; alle haben Mustergültiges geleistet. Die Ausarbeitung der Entwürfe sei

.....
in der Hand der Architekturabteilung des Stadtbauamtes gelegen, die unter der Leitung des Architekten Oberstadtbaurates Ing. Bittner stehe; Oberstadtbaurat Architekt Karl Ehn sei der Verfasser des Projektes. Die Anlage habe auch reichen künstlerischen Schmuck erhalten. Inmitten des mächtigen Hofes erhebe sich die grosse Plastik "Der Sämann", geschaffen von Bildhauer Hofner; das Hauptgebäude schmücken vier auf den Schlusssteinen der Torbogen aufgesetzte Plastiken des Bildhauers Riedel, die "Freiheit", "Aufklärung", "Fürsorge" und "Körperkultur" versinnbildlichen. Einer Anregung aus der Bevölkerung folgend sei die Anlage nach dem grossen Denker und Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus Karl Marx benannt worden. Die Gemeindeverwaltung sei überzeugt, damit dem grossen Denker ein würdiges Monument gesetzt und dem grossen Bauwerk den ehrendsten Namen gegeben zu haben. Stadtrat Weber schloss seine Ausführungen mit den Worten: "Die neue Anlage steht als Zeuge einer neuen, einer demokratischen Baukunst vor Ihnen, als ein Wahrzeichen des neuen Wien, an dem niemand achtlos vorübergehen kann." (Lebhafter Beifall).

Bezirksvorsteher Seleskowitsch begrüsst im Namen des Bezirkes den Bürgermeister, die Stadträte, die 5000 neuen Döblinger, die den Karl Marx-Hof bewohnen, und alle Gäste der Eröffnungsfeier. Vor wenigen Jahren habe das Gelände, auf dem sich heute dieses monumentale Bauwerk erhebe, noch 17 Gemeindepächtern als Grundlage ihres Erwerbes dienen müssen. Das Interesse dieser Siebzehn habe dem Interesse der Fünftausend weichen müssen; die Gemeinde habe aber auch für die Erhaltung der Existenz der 17 Pächter vorgesorgt. Der Bezirksvorsteher gab der Freude der Bevölkerung über das neue Kulturwerk der Wiener Stadtverwaltung und der sicheren Erwartung Ausdruck, dass es auch in Zukunft gelingen werde, mit neuen Wohnbauten die Kulturarbeit fortzusetzen. Für die Bewohner des Karl Marx-Hofes sprach der Mieterobmann Karner, der die Freude der Bewohner dieser neuen Wohnungen voll Sonne, Luft und Licht schilderte. Die Bewohner der Anlage danken der Gemeindeverwaltung für dieses Kulturwerk. "Möge es der Gemeindeverwaltung gelingen," sagte Obmann Karner, "in absehbarer Zeit allen, die unter schlechter Wohnung liden, ein solches Heim zu geben und solcher Zeugen der Wohnkultur noch viele erstehen zu lassen."

Jubelnd begrüsst begann dann Bürgermeister Seitz die Eröffnungsrede "Zehntausende Wiener", sagte der Bürgermeister, "sind heute hierher geeilt, um die 5000 Menschen, die in diesem neuen, dem grössten Wohnbau der Gemeinde wohnen, herzlichst zu begrüessen. Wenn ich mich recht an das erinnere, was vor zweieinhalb Jahren über den Bau geschrieben wurde, müsste ich eigentlich

.....
alle, die hier wohnen, bedauern. Nach diesen Nachrichten stünde dieser Bau täglich und stündlich vor der Gefahr des Zusammensturzes und Sie vor der Gefahr, Ihr Leben zu verlieren zur Strafe für die Unvorsichtigkeit, in diesen Wohnbau einzuziehen. Aber wir Wiener haben ja in vielem Glück, vielleicht auch da. (Grosse Heiterkeit). Die Erörterungen, die sich an ein kleines und unbedeutendes Baugebrechen vor ungefähr zweieinhalb Jahren geknüpft haben, haben eigentlich eine grosse Frage aufgerollt. Wären wir Philister, so würden wir natürlich bei jedem Schritte streng in den bisherigen Geleisen wandeln, immer am Boden und am Bleibenden haften. Wir sind aber keine Philister und darum ist sich die Stadtverwaltung der Pflicht bewusst, eine Funktion zu übernehmen, die früher die Reichen hatten, die Funktion des Mäzens, des Wegbereiters einer neuen Technik und einer neuen Kunst. Wir haben den Mut gehabt, das zu tun. Wir sind durch alle Gossen geschleift worden, aber - Lügen haben kurze Beine und man muss nur die Energie aufbringen, standzuhalten - heute zeigt sich, dass wir recht hatten. Vor allem danke ich hier dem Manne, der am meisten angefeindet wurde, dem Stadtrat Weber (Beifall), dann dem Stadtbaudirektor und allen seinen Mitarbeitern, dem Architekten, der dieses Werk erdacht hat. Ich danke auch dem Stadtrat Breitner (Brausander Beifall), der dank seiner sparsamen Finanzpolitik immer wieder in der Lage ist, die Summen aufzubringen, deren wir bedürfen, um das grosse Aufbauwerk im Wohnungswesen, im Fürsorgewesen und im Schulwesen zu leisten. Diese Männer haben in stiller, sachlicher, ruhiger Arbeit ein grosses Kulturwerk vollbracht. Ein Zeuge dieses Werkes steht heute in der neuen Anlage vor uns. (Lebhafte Zustimmung). [Es gibt Zeiten des grossen Wertes, der grossen Geste; das sind die Zeiten äusserer und innerer Kriege, der Revolutionen, Zeiten grossen wirtschaftlichen Geschehens, wirtschaftlicher Konjunktur. In solchen Zeiten sind Männer nötig, die über das starke Wort und die grosse Geste verfügen. Dann aber kommen wieder Zeiten, in denen die Hochspannung der Nerven einer gewissen Beruhigung weicht; das sind die Zeiten wirtschaftlicher Depression, wo man nach grossem Geschehen zu ruhiger, schwerer Arbeit zurückkehrt. Da fragt der Bürger nicht mehr, wer ihm das schönste Wort sagt, er fragt, wessen Tat die wertvollste ist, er fragt: Was leistet Ihr? Wenn wir vor einigen Wochen die grosse Wahlbewegung Deutschlands beobachtet haben, wenn wir jetzt den Lärm der österreichischen Wahlbewegung hören, - täuschen wir uns nicht darüber, dass das nur kurze Phasen sind. Wir stehen in einer historischen Periode der Sachlichkeit, der stillen, aber energischen Aufbauarbeit. Unsere historische Aufgabe ist, in Sac

.....
lichkeit diese Arbeit zu leisten. Möge man diese Gemeindeverwaltung und ihre Grundsätze bekämpfen, möge man in Worten gegen uns argumentieren, die Tat beweist! (Stürmischer Beifall). Was hier aufgebaut worden ist, das ist ein Teil des grossen Wohnbauprogrammes der Gemeindeverwaltung, ein Stück ihres grossen Aufbauwerkes. Wir wissen, dass der vernünftige und ruhig denkende Bürger prüfen wird, was praktisch geschehen und was leeres Wort ist. In 1400 Wohnungen haben hier 5000 Menschen eine neue Heimstätte gefunden. Indem wir alle diese neuen Bewohner der Anlage herzlichst begrüssen, bitten wir sie, nicht zu erlahmen im Genusse des Erreichten, sondern mit uns zu kämpfen und derer zu gedenken, die noch ohne Wohnung sind, die in Elendslöchern wohnen müssen, deren Kinder körperlich und geistig Schaden leiden müssen. Wir bitten Sie, sich einzugliedern in die Reihen der Kämpfer für ein neues Wien, für ein Wien der gesunden Wohnungen, der freudigen Jugend, für den Aufbau unserer Stadt! Schöpfen wir aus der Betrachtung des neuen Werkes Kraft, um wieder Neues zu schaffen. Die Stadt Wien wünscht den Bewohnern dieser neuen Anlage, dass ihnen in dem neuen Heim Glück und Schönheit und für die Kinder eine bessere Zukunft erblühe. Was getan werden konnte, um die Bedingungen der körperlichen Ertüchtigung und geistigen Erhebung der nächsten Generation zu schaffen, hat die Gemeindeverwaltung getan. Mögen die Menschen, die in diesen neuen Gebäuden aufwachsen, einer besseren Zukunft entgegengehen." (Jubelnder langanhaltender Beifall, Hochrufe auf den Bürgermeister und auf die Stadt Wien).

Zwei Kinder, ein Mädchen und ein Knabe, überreichten dann dem Bürgermeister Blumensträuße und drückten die Freude der Kinder an dem neuen Heim mit seinen lichten, sonnigen Wohnungen, Gartenhöfen und Spielplätzen aus. An die Eröffnungsfeier schloss sich ein Rundgang des Bürgermeisters und der Festgäste durch die grosse Wohnhausanlage, bei dem die neuen Einrichtungen besichtigt und gewürdigt wurden.

.....

Wien, am Montag, den 13. Oktober 1930.

Eine Rechtshilfestelle für Bedürftige nach Wiener Muster in Tokio.

Vor einigen Tagen erschien auf Empfehlung der japanischen Gesandtschaft der Anwalt der Gemeinde Tokio, Rechtsanwalt Ryosaku Kaji, in der Rechtshilfestelle der Gemeinde Wien für Bedürftige, um dort das Wesen des Rechtsschutzes für Bedürftige und die Organisation der Rechtshilfestelle kennen zu lernen. Nach den Informationen und dem Studium der Organisation will nun Rechtsanwalt Ryosaku Kaji darangehen, nach dem Muster der Wiener Rechtshilfestelle eine Rechtsschutzorganisation in Tokio ins Leben zu rufen.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

Im Laufe dieser Woche wird die neueingerichtete elektrische Strassenbeleuchtung in der Blumauergasse, Odeongasse, Grossen Mchrengasse und Komödiengasse in der Leopoldstadt in Betrieb gesetzt. Ausserdem sind die Aufträge zur Einrichtung der öffentlichen elektrischen Strassenbeleuchtung in der Schüttaustrasse bei der neuen Wohnhausanlage bereits vergeben worden. Auch diese Strasse wird daher in nächster Zeit elektrische Beleuchtung erhalten.

Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf.

Die Bezirksvertretung Mariahilf hält am Donnerstag, den 30. Oktober 1930, um 18 Uhr ihre nächste öffentliche Sitzung ab.

Freie Stiftplätze für Wiener Waisenkinder.

Aus den Adolf Ignaz und Julie Marzeline Mautner von Markhof'schen Stiftungen für Wiener Waisenkinder werden 8 Stiftplätze zu je 600 Schilling an 4 Wiener Waisenknaben und an 4 Wiener Waisenmädchen, und zwar je 2 an katholische, je 1 an evangelische und je 1 an israelitische Waisenkinder, verliehen. Nach den Bestimmungen der Stiftung sind zur Bewerbung arme Waisenknaben im Alter von 12 bis 16 Jahren und arme Waisenmädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren berufen, sofern sie in Wien heimatsberechtigt sind. Die Gesuche um Verleihung der Stiftplätze sind vom gesetzlichen Vertreter der Kinder einzubringen. Den Gesuchen sind Mittellosigkeitszeugnis, Tauf-(Geburts-)schein, Nachweis der Heimatsberechtigung und der Verwaisung, letztes Schulzeugnis und Vormundschaftsdekret beizulegen. Die Gesuche sind bis längstens 14. November 1930 bei der Magistrats-Abteilung 8, Neues Rathaus, einzureichen. Die Verleihung der Stiftplätze erfolgt am 6. Februar 1931.

Wien, am Dienstag, den 14. Oktober 1930.

Geehrte Schriftleitung!

Vor der feierlichen Eröffnung der neuen städtischen Schule in Kagran, Siedlung Freihof, findet am Samstag, den 18. Oktober 1930, unter Führung des geschäftsführenden Präsidenten des Wiener Stadtschulrates, Nationalrat Otto Glöckel, eine

V o r b e s i c h t i g u n g durch die P r e s s e

statt.

Zusammenkunft pünktlich um halb 10 Uhr vormittags auf dem Rathausplatz unter dem Turm. Um die entsprechenden Kraftwagenplätze zur Verfügung stellen zu können, bitten wir um Anmeldung des Vertreters Ihres geschätzten Blattes mittels beiliegender Postkarte bis längstens Freitag, 12 Uhr mittags.

Künstleraufträge der Gemeinde.

Die Wiener Gemeindeverwaltung ist unausgesetzt bemüht, den bildenden Künstlern Aufträge zu erteilen und so mit der Ausschmückung von Wohnhausanlagen und öffentlichen Plätzen die Förderung der Wiener Künstler zu verbinden. Wie bereits mitgeteilt worden ist, hat die Gemeindeverwaltung darum auch den Betrag von 100.000 Schilling der Kunstförderung gewidmet; über die Verwendung dieses Betrages wird ein besonders bestellter Kunstbeirat Vorschläge an die zuständigen Körperschaften erstatten.

Ueber diese Kunstförderungsaktion hinaus trachtet die Stadtverwaltung aber auch ständig Wohnhausanlagen und Gärten mit Plastiken zu schmücken und auch Maler zu künstlerischen Arbeiten, insbesondere zur Ausschmückung von Kindergärten heranzuziehen. Neuerlich gehen nun dem zuständigen Ausschuss solche Anträge zu. Vor dem Wohnhausbau in der Jedleseerstrasse soll die Bleifigur "Jüngling" zur Aufstellung kommen, die vom akademischen Bildhauer Fritz Wotruba herrührt und in der Werkbundaustellung grosse Anerkennung gefunden hat. Der vom Architekten Hubert Gessner geschaffene Bau in Floridsdorf erhält dadurch einen schönen, künstlerisch sehr hochwertigen Schmuck. Für die Gartenanlage auf dem ehemaligen Steinlagerplatz in der Leopoldstadt ist eine Bronzegruppe "Ruf der Jugend" bestimmt, deren Schöpfer der Bildhauer Felix Weiss ist. In lebensvoller Weise wird durch vier emporstrebende, jugendliche Gestalten

.....
das Recht der Jugend auf ein fröhliches, liches Dasein charakterisiert. Von einem Nachkommen des berühmten Malers Waldmüller, dem Wiener Bildhauer Franz Waldmüller rührt eine sehr anmutige Bronzeplastik "Reh und Mädchen" her, die den neuen Hartackerpark nächst der Krottenbachstrasse in Döbling schmücken wird.

.....
Ein neuer Wohnhausbau der Gemeinde Wien.

Im Wohnbauprogramm der Gemeinde Wien ist der Ausbau der Wohnhausanlage in der Mollardgasse vorgesehen. Für diese Wohnhausanlage wurden die Pläne vom Architekten Ingenieur G. Rupprecht entworfen. Von dem Baugrund im Ausmasse von 3478 Quadratmeter werden nur 1998 Quadratmeter, das sind rund 57 Prozent verbaut, während der Rest des Grundes, rund 1480 Quadratmeter, für gärtnerisch ausgestaltete Höfe und für öffentliche Strassen verwendet wird. Für die Anlage ist Randverbauung mit vierstöckigen Doppeltrakten vorgesehen. Die neue Wohnhausanlage wird 167 Wohnungen an 10 Stiegehäusern enthalten. Im Erdgeschoss soll ausserdem eine Mutterberatungsstelle untergebracht werden; im Dachgeschoss werden 10 Waschküchen und 30 Trockenböden Platz finden. Die Fassade des Neubaues wird mit Edelputz einfarbig hergestellt, der Sockel des Gebäudes in Beton ausgestaltet. Die Kosten der neuen Wohnhausanlage, die in der üblichen Weise ausgestattet wird, belaufen sich auf rund 2,650.000 Schilling. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat in seiner letzten Sitzung den Entwurf für die neue Wohnhausanlage genehmigt.

.....
Goldene Hochzeiter.

In der vergangenen Woche feierten die Ehepaare Wilhelm und Anna Feix, Karl und Elisabeth Helm, Hugo und Rosine Kuderna und Franz und Magdalena Kafka ihre goldene Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

.....
Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing.

Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing findet am Donnerstag, den 25. Oktober 1930, um 16 Uhr statt.

Wien, am Dienstag, den 14. Oktober 1930 Zweite Ausgabe

.....

Die 1902er Anleihe der Stadt Wien.

Die schon seit Monaten zwischen den Vertretern der belgischen, französischen, holländischen und schweizerlichen Obligationäre der 1902er Anleihe und der Gemeinde Wien geführten Verhandlungen wegen eines Vergleiches bezüglich dieser Vorkriegsschuld der Stadt Wien haben heute zu einer Vorvereinbarung geführt. Sie bedarf allerdings noch der Zustimmung der beiderseitigen Instanzen.

Die im Jahre 1902 herausgebrachte, vierprozentige Investitionsanleihe umfasste ursprünglich 285 Millionen Kronen, beziehungsweise eine Reihe anderer fremder Währungen. Gewisse Teile sind schon durch die normalmässige Verlosung im Laufe der Jahre gegenstandslos geworden. Auf Grund des Bundesgesetzes vom 27. Jänner 1922 ist das Anlehen zur Einlösung in österreichischen Kronen aufgerufen worden. Mit den belgischen, französischen, holländischen und schweizerischen Obligationären sind am 13. November 1922 und später übereinstimmende Abmachungen zustande gekommen. Diesen Abmachungen zufolge hat die Gemeinde einen verringerten Zinsendienst lediglich in französischen Franken zu leisten; auch die Tilgung durch alljährliche Verlosung erfolgt lediglich in französischer Währung. Die seit Abschluss des Akkords eingetretene Wertverminderung des französischen Franken hat eine wesentliche Erleichterung dieser Lasten mit sich gebracht. Im Zusammenhang mit der Einführung der Schillingrechnung in Oesterreich und einer allgemeinen, allerdings nur bedingungsweise lautenden Klausel, wonach am 31. Dezember 1936 die alte Goldverpflichtung der Gemeinde Wien wieder aufleben sollte, sind die Vertreter der ausländischen Obligationäre an die Gemeinde Wien mit dem Wunsche herangetreten, die Akkords schon jetzt einer Ueberprüfung zu unterziehen. Der Magistrat erklärte seine Bereitwilligkeit, diese ganze Materie einer dauernden Regelung zuzuführen und die Streitfrage durch einen Vergleich endgültig aus der Welt zu schaffen. Die getroffene Vorvereinbarung beinhaltet Folgendes:

Für jene Stücke der 1902er Anleihe, die bereits einem der genannten ausländischen Akkords unterliegen, wird ein Titre zu 200 Goldfranken ausgefolgt.

.....

Die Goldfrancsanleihe wird eine Laufzeit von vierzig Jahren haben, während die 1902er Anleihe derzeit noch eine solche von zweiundsechzig Jahren hätte. Die Obligationen sind halbjährlich im Nachhinein verzinslich. Der erste Kupon trägt das Datum vom 1. Juli 1931 und lautet, ebenso wie die darauf folgenden Kupons bis einschliesslich 2. Jänner 1937, auf 2 Goldfranken. Erst mit dem Kupon vom 1. Juli 1937 tritt die normale vierprozentige Verzinsung der Obligationen in Form des Halbjahrskupons von 4 Goldfranken für je 200 Franken Nominale in Kraft. Der Gemeindeverwaltung steht das Recht zu, die Tilgung an Stelle der Verlosung auch durch Rückkauf zu vollziehen. Soweit die 1902er Anleihe auf andere Teilbeträge lautet, erfolgt eine sinngemässe Anwendung. Da auf Grund des österreichischen Gesetzes vom 3. März 1922 der Bund bis 1940 zur Beitragsleistung verpflichtet ist, muss auch die Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen zu dieser Vorvereinbarung erteilt werden.

Die Vertreter der ausländischen Schutzkomitees werden sich nunmehr mit ihren Auftraggebern ins Einvernehmen setzen. Bis sie hiezu die Ermächtigung erhalten haben werden, werden die Schlussverhandlungen stattfinden. Damit würde eine Angelegenheit, die in den letzten Jahren wiederholt die Öffentlichkeit beschäftigt hat, einen vollkommen einvernehmlichen Ausgleich erfahren.

Wien, am Mittwoch, den 15. Oktober 1930.

.....

Die 1902er Anleihe der Stadt Wien.

In der gestrigen Aussendung über die 1902er Anleihe ist irrtümlich eine wesentliche Ziffer weggeblieben. Die Ausfolgung der Goldfrankenleihe im Nominale von 200 Franken erfolgt gegen Rückstellung einer dem Akkord unterliegenden Obligation im Nennwerte von 420 Franken. Für Abschnitte der 1902er Anleihe mit niedrigerem oder höherem Nennwerte geschieht die Ausfolgung in einem entsprechenden Verhältnis.

.....

Arbeiten am Wiener Strassennetz.Wieder mehr als 800.000 Schilling für Strassenherstellungen.

Das für den Strassenbau günstige Wetter und die Vollendung neuer städtischer Wohnhausanlagen in der Leopoldstadt, in Favoriten, in Ottakring und in Währing haben die Gemeinde Wien bewogen, die notwendigen Strassenarbeiten in besonders rascher Folge durchführen zu lassen. So werden in der Leopoldstadt im Bereiche der städtischen Wohnhausanlage in der Schüttaustrasse Strassenbauten durchgeführt. Die Strassen erhalten eine 8 Meter breite Asphaltfahrbahn; auf der Seite der Wohnhausanlage wird auch eine Baumreihe gepflanzt und ein Promenadeweg angelegt werden. Die Kosten dieser Arbeiten betragen rund 140.000 Schilling. Auf der Landstrasse wird die Baumgasse in der Strecke von der Wedlgasse bis zur Keinergasse umgebaut und hierfür 60.000 Schilling Kosten aufgewendet. Anlässlich der Fertigstellung der neuen Wohnhausanlage in Favoriten, Neillreichgasse-Windtenstrasse, werden die Rand- und Aufschliessungsstrassen für diese Anlage hergestellt. Die Strassen, die in Beton ausgeführt werden, erhalten 7'5 Meter breite Fahrbahnen. Die Kosten dieser Strassenherstellungen betragen 250.000 Schilling. Ausserdem wird in Favoriten auch die Werndl-gasse von der Pernerstorferstrasse bis zum Reumannplatz neuhergestellt. Hierfür werden 14.000 Schilling Kosten aufgewendet. Auch im Bereiche der städtischen Wohnhausanlage Zagorskygasse in Ottakring sind Strassenneuherstellungen notwendig. Diese neuen Strassenherstellungen werden mit einem Kostenaufwand von 140.000 Schilling durchgeführt. In Währing

.....
muss wegen der bevorstehenden Vollendung der städtischen Wohnhausbauten in der Gersthoferstrasse der Teil der Hockegasse zwischen Gersthoferstrasse und Alseggerstrasse strassenmässig ausgebaut werden. Die Hockegasse wird in dieser Strecke eine 7'5 Meter breite Asphaltfahrbahn erhalten. Der Ausbau der Hockegasse erfordert 35.000 Schilling Kosten. Die Dürwaringgasse und die Blaselgasse sollen einem langgehegten Wunsche der Bewohner dieser Gassen entsprechend kanalisiert werden. Der Neubau zweier Hauptunratskanäle in den beiden Gassen erfordert Kosten im Betrage von 54.000 Schilling. Schliesslich soll in Döbling in der Zehenthofgasse eine Abgrabung erfolgen; diese Arbeit erfordert Kosten im Betrage von 8.000 Schilling. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung alle diese Arbeiten am Wiener Strassennetz, die insgesamt mehr als 800.000 Schilling Kosten erfordern, genehmigt.

.....
Die Gemeinde Wien und die Wohnbauförderung.

Uebernahme der Bürgschaft für erste Hypotheken auf Baurechtsgründen.

Um die Wohnbauförderungsaktion auch jenen Kreisen zugänglich zu machen, die nicht über besondere Mittel verfügen, ist bekanntlich beschlossen worden, Grundflächen, die der Gemeinde Wien gehören, im Baurecht zu widmen, und zwar in erster Linie für die Herstellung von Ein- und Mehrfamilienhäusern. Der zuständige Gemeinderatsausschuss hat auch bereits eine ganze Reihe von Ansuchen um Verleihung solcher Baurechte zustimmend erledigt. Nun hat sich als weitere Schwierigkeit herausgestellt, dass die österreichischen Sparkassen den Standpunkt einnehmen, Objekte, die auf Baurechtsgründen errichtet sind, nicht zu belehnen. Um dieses Hindernis zu beseitigen, soll nun die Wiener Gemeindeverwaltung sich gegenüber der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien verpflichten, für die zu gewährenden ersten Hypotheken auf solchen Baurechtshäusern die Bürgschaft zu übernehmen. Ein Antrag auf Uebernahme dieser Bürgschaft wird, nachdem der Finanzausschuss und der Stadtsenat bereits ihre Zustimmung gegeben haben, den Wiener Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung beschäftigen.

Wien, am Donnerstag, den 16. Oktober 1930.

Der silberne Sonntag.Eine Enquete über die Freigabe des Warenverkaufes am silbernen
Sonntag.Ein Vermittlungs- Versuch des Bürgermeisters.

Wie alljährlich wird auch heuer wieder in den Kreisen der Kaufmannschaft und der Gewerbetreibenden mit Ladenverkehr sowie der Angestellten und Arbeiter dieser Erwerbsgruppen die Frage des Ladenschlusses vor Weihnachten und des Offenhaltens der Geschäfte auch am "silbernen Sonntag" nebst dem "goldenen Sonntag" erörtert. Da angesichts der widerstreitenden Interessen eine Einigung über einen bestimmten Vorschlag bisher nicht zu erzielen war, hatte Bürgermeister Seitz als Landeshauptmann heute vormittags die Vertreter der beteiligten Aemter und Körperschaften zu einer Besprechung eingeladen, die heute im Rathaus stattfand und der auch die beteiligten Stellen des Magistrates, der Polizeidirektion und der Marktamtsdirektion zugezogen waren. Ferner nahmen auch teil: Vertreter der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie, Arbeiter und der Kammer für Angestellte, des Gewerbe-Genossenschaftsverbandes, des Handelsgenossenschaftsverbandes, des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft, der Genossenschaft der Handelsleute, des Handelsgremiums für den XII. bis XV. Bezirk, das Handelsgremium Hernals, die Genossenschaft der Strassen- und Wanderhändler, des Gehilfenausschusses des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft und des Arbeiterausschusses des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft.

Landeshauptmann Seitz stellte einleitend fest, dass es nicht notwendig sei, in diesem Kreise von Praktikern die Argumente für und wider die Freigabe des Silbernen Sonntags, für und wider die spätere Ladensperre im Dezember erst noch einmal anzuführen. Es stehen sich nicht schlechthin Unternehmer und Arbeiter gegenüber, die, durch die Tatsachen bedingt, Gegensätze neben gewissen gemeinsamen Interessen haben, es seien vielmehr auch vielfach die Interessen gekreuzt. Auch in den Kreisen der Unternehmer gebe es je nach der territorialen Lage und des verschiedenen Umfangs der Unternehmungen verschiedene Ansichten. Aufgabe der Enquete sei es, zu einer einheitlichen Auffassung, die im Interesse des ganzen Berufszweiges liege, zu kommen.

An die Ausführungen des Landeshauptmannes schloss sich eine längere eingehende Debatte, in der die Vertreter der einzelnen Verbände und Kör-

.....

perschaften ihren Standpunkt darlegten. Dabei ergab sich, dass das Gremium der Wiener Kaufmannschaft und der Handelsgenossenschaftsverband die Freigabe des Silbernen Sonntages für unbedingt notwendig halten, aber auch der Meinung sind, dass der Siebenuhrladenschluss während des ganzen Monats Dezember beizubehalten wäre. Die Vertreter der Angestelltenschaft nahmen aus sachlichen Gründen gegen die gleichzeitige Verfügung zweier Massnahmen nämlich Freigabe des Silbernen Sonntags und Siebenuhrladenschluss im Dezember Stellung. Jedenfalls hielten sie eine rasche Einigung in diesen Fragen im gegenseitigen Einvernehmen für unbedingt notwendig. Die Vertreter der Genossenschaft der Handelsleute führte aus, dass insbesondere die Siebenuhrsperrre im Dezember eine Notwendigkeit für die Kleinkaufmannschaft sei, die in ihrer Bedeutung den Silbernen Sonntag übersteige, während der Gewerbe-genossenschaftsverband durch seinen Vertreter erklären liess, dass die Mehrheit der Genossenschaften für die Freigabe des Silbernen Sonntages sei, viele Genossenschaften dagegen an der Siebenuhrsperrre im Dezember nicht sehr interessiert seien. Die Vertreter des Gremiums der Kaufmannschaft und der Handels- und Gewerbe-kammer sprachen sich für, die Vertreter der Kammer für Arbeiter und Angestellte gegen die beiden Massnahmen aus.

Aus den Besprechungen ergab sich also, dass eine volle Einigung der verschiedenen Interessen nicht unmittelbar erfolgen könne. Die Vertreter der Körperschaften und Verbände erklärten jedoch sie wollten versuchen, in einvernehmlichen Beratungen eine Einigung zu erzielen. Landeshauptmann Seitz begrüßte ^{diesen} Entschluss und erklärte eine Pause eintreten zu lassen. Eine einseitige Entschliessung über die Aenderung des derzeitigen Zustandes könne man natürlich nicht verordnen, es sei aber die Hoffnung begründet, dass in kürzester Zeit eine Einigung unter allen Beteiligten erfolgen würde.

.....

Ablenkung des Bahnhofrundverkehrs.

Wegen verschiedener Arbeiten an der Oberleitung der städtischen Strassenbahnen auf dem Margarete ngürtel wird der Bahnhofrundverkehr in der Nacht vom 21. zum 22. Oktober vom Neubaugürtel über den inneren Mariahilfergürtel-Gumpendorferstrasse-Reinprechtsdorferstrasse-Matzleinsdorfer Platz zum Margarete ngürtel geführt. Die Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen.

.....

Wien, am Freitag, den 17. Oktober 1930-

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 17. Oktober 1930.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 5 Uhr nachmittags. Ohne Debatte werden angenommen die Uebergabe des städtischen Kindergarten Gebäudes in der Parkanlage auf dem Rudolfsplatz im I. Bezirk in die Verwaltung und Betriebsführung des Vereines zur Gründung eines Montessori Kinderhauses, die Ausführung der Wohnhausanlage VI. Mollardgasse (Kosten Schilling 2,650.000), der Neubau der Hockegasse zwischen Alseggerstrasse und Gersthoferstrasse (Kosten 35.000 Schilling), der Neubau von Strassen im Bereiche der Wohnhausanlage Neilreichgasse-Windtenstrasse, der Wohnhausanlage Schüttausstrasse, der Wohnhausanlage Zagorskygasse, der Vertrag zwischen dem Finanzministerium und der Gemeinde Wien betreffend "Holzmarkt" gemeinwirtschaftliche Anstalt, der Ankauf von Grundstücken im III. und im XII. Bezirk, sowie die Aenderung von Bebauungs- und Flächenwidmungsplänen. Weiters wird die Verfügung genehmigt, die Kriegsgräberfürsorge ist trotz der Weigerung des Bundeskanzleramtes, die Kosten aus Bundesmitteln zu ersetzen, im bisherigen Ausmass bis 1. November 1930 fortzusetzen, insbesondere ist für eine würdige Ausschmückung der Gräber zu Allerheiligen vorzusorgen. Hierfür wird ein neuer Kredit von 93.300 Schilling bewilligt. Weiters wird folgender Antrag angenommen: Die Gemeinde Wien übernimmt, um die Belohnung der von ihr im Zusammenhange mit der Wohnbauförderung im Sinne des Wohnbauförderungs- und Mietengesetzes zum bestellenden Baurechte zu ermöglichen, gegenüber der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien die volle und uneingeschränkte Bürgschaft für sämtliche schuldscheinmässigen Verbindlichkeiten des jeweiligen Bauberechtigten aus dem Titel des von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien gewährten Darlehens und der Belohnung des bestellten Baurechtes in Form der ersten Hypothek gemäss § 3, Absatz 2 lit. c des Wohnbauförderungs- und Mietengesetzes. Sie verpflichtet sich der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien gegenüber aus diesem Anlasse insbesondere für das Darlehenskapital samt Zinsen, Verzugszinsen und Zinseszinsen, Nebengebühren und Kosten gemäss §§ 1346 und 1355 a. b. G. B. aufzukommen.

Die Gemeinderäte Dr. Hengl und Kollegen überreichen folgenden Dringlichkeitsantrag: "Die Wiener Weinbautreibenden sind durch die B_ohrungs- und

.....

und Genussmittelabgabe der Gemeinde Wien aufs schwerste betroffen, nachdem diese drückende Abgabe infolge der geringen Kaufkraft der Bevölkerung nicht auf die Konsumenten überwälzt werden kann, sondern von den Bauern aus Eigenem getragen werden muss. Trotzdem einwandfrei nachgewiesen worden ist, dass sich diese Abgabe in höchstem Grade als produktionshemmend auswirkt und damit eine der Hauptursachen des Niederganges des Wiener Weinbaues ist, hat sich die Gemeinde Wien geweigert, auf die Einhebung dieser Abgabe zu verzichten und wurde nur vor drei Jahren eine Ermässigung und Abfindung der Abgabe bei jenen Weinbaubetrieben durchgeführt, deren Weinvorrat nicht mehr als 30 Hektoliter beträgt. Die Betriebe mit grösserem Vorrat sind erst seit dem Herbst 1929 - allerdings ohne Ermässigung - in die Abfindung einbezogen worden. Wenn auch der Absatz 2 des § 1 des Gesetzes über die Nahrungs- und Genussmittelabgabe durch die Entscheidung des Verfassungserichtshofes nicht aufgehoben worden ist, bestehen, wie auch gewiegte Juristen feststellen, gewichtige Bedenken gegen die Verfassungsmässigkeit dieses die Buschenschenken betreffenden Absatzes, sodass, ganz abgesehen von der drückenden Höhe dieser Abgabe auch aus diesem Grunde die Aufhebung dieser Abgabe gefordert werden muss. Unter diesen Umständen müssen die Abfindungsvorschriften für das Jahr 1903/1931 energisch abgelehnt werden. In der Zeit der schwersten Weinabsetzkrisen bleibt die Grenze für die begünstigte Abfindung (30 Hektoliter Vorrat) unverändert erhalten, sodass anzunehmen ist, dass nur ein ganz geringer Prozentsatz der Wiener Weinbautreibenden überhaupt dieser Begünstigung teilhaftig werden wird und für alle anderen die volle Abgabe in Betracht kommt. Zu all dem wird der eigentliche Zweck der Pauschalierung, das Wegfallen der unerträglichen Kontrollschikanen beiseitegeschoben, wenn neuerlich Buchführungsvorschriften für die abgefundenen Betriebe gefordert werden. Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe II wird aufgefordert, dem Wiener Landtag einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, nach welchem die Gemeinde ab 1. Jänner 1931 auf die Einhebung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe in den Wiener Buschenschenken verzichtet und für die Zwischenzeit das Abfindungsübereinkommen für die Weinbauer dahin abzuändern, dass die Grenze für die begünstigte Pauschalierung auf 50 Hektoliter erhöht und auf die Durchführung von Aufzeichnungen seitens der Weinbautreibenden verzichtet wird.

St. R. Weber berichtet über den Antrag, die Ausführung des Wohnhausbaues im XVIII. Bezirk mit den Kosten von Schilling 520.000 zu bewilligen. Es handelt sich um ein Projekt, das an Stelle eines seinerzeit vom Gemeinderat

.....
 beschlossenen Bauprojektes für Neustift am Walde treten soll. Der Bau umfasst 29 Wohnungen in der üblichen Grösse und Ausstattung.

GR. Holaubek (E.L.) bemerkt, seine Partei habe im vorigen Jahr gegen das damals vorgelegte Wohnbauprojekt für Neustift in ernstester Weise Stellung genommen und eine Reihe von Einwendungen gegen diesen Bau erhoben. Alle diese sachlichen Argumente haben aber damals bei der Mehrheit kein Verständnis gefunden und das Projekt wurde genehmigt. Heute hat man einen sehr unangenehmen Rückzug antreten müssen. Der seinerzeit angenommene Antrag muss nun aufgehoben werden, der Baukostenaufwand wird auf die Hälfte reduziert, es handelt sich gar nicht mehr um den ursprünglich vorgeschriebenen Bau, da sich herausgestellt hat, wie die Opposition schon damals behauptete, auf dem Baugrund gar nicht in dem Umfang gebaut werden kann wie man ursprünglich beabsichtigt hat. Hier ist die Majorität überwiesen worden, dass man sich nicht immer auf den Standpunkt der Rechthaberei stellen darf. In Heiligenstadt ist man an einer Katastrophe gerade vorbeigekommen und die Sozialdemokraten sollten eigentlich der "Reichspost" eine Dankadresse schicken, dass sie damals rechtzeitig auf die Gefahren aufmerksam gemacht hat. Was sich heute zuträgt, sollte für die Mehrheit eine Lehre sein, in Zukunft berechnete sachliche Einwendungen der Minderheit nicht so in den Wind zu schlagen. Der Redner ersucht ferner um Angabe der Kosten der Entwässerungsanlage bei dem in Frage stehenden Bau. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Millik (E.L.) kommt auf die Eröffnung des Karl Marx-Hofes am vergangenen Sonntag zu sprechen und sagt, es sei eine Komödie, die der Bürgermeister hier aufgeführt habe. 4

Bürgermeister Seitz: Herr Gemeinderat Millik, Sie bedienen sich einer Ausdrucksweise, die absolut unzulässig ist. Es handelt sich hier gar nicht um mich. Ueber mich/können Sie ^{als Person} in jeder Art reden, wie Sie wollen. ^{des Gemeinderates} hier handelt es sich um den Vorsitzenden und um den Bürgermeister. Ich rufe Sie wegen dieser beleidigenden Aeusserung über den Bürgermeister der Stadt Wien zur Ordnung. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit. - Zwischenrufe bei den Christlichsozialen. - GR. Dr. Kolassa: Darf man keine Kritik üben? - GR. Proyer: Sie möchten den Landtag zensurieren!)

GR. Millik bemerkt, der Bürgermeister habe es sich nicht entgehen lassen, am Sonntag in Heiligenstadt die Minderheit vor der Oeffentlichkeit herabzusetzen. (Lebhafte Hört! Hörtrufe und Zwischenrufe bei den Christlich-

sozialen. - GR. Rummelhardt: Gehört sich das? - GR. Preyer: Der Herr Bürgermeister glaubt, er kann alles machen). Ueber die katastrophale Unachtsamkeit und Riesenschlamperei, um die es sich bei dem Heiligenstädterbau gehandelt hat, mit einer leichten Handbewegung und mit Ironie hinwegzugehen, ist eine geflissentliche Irreführung der Allgemeinheit (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Christlichsozialen. Die Technikerschaft musste alle Energie aufwenden und hervorragende Männer der Statik und der Konstruktion wurden berufen um das Baugebrechen zu beheben. ST. R. Breitner hat sogar seinerzeit gemeint, es solle ein Fachmann vom Ausland berufen werden. Wir haben das abgelehnt, da es in Wien Männer genug gibt, die diese schwierige Aufgabe meistern können. Damals war der Bürgermeister kleinlaut. Heute, wo durch die sachliche Mitarbeit der Opposition jener Philister, die Sie am Sonntag gemeint haben, die Gefahr gebannt ist, verleugnen Sie die schwere Arbeit des Untersuchungsausschusses vor der Öffentlichkeit. Wenn Sie in allen Ihren Handlungen eine solche Wahrheitsliebe bekunden wie im Falle Heiligenstadt, dann bedauere ich die Bevölkerung der Stadt Wien (Lebhafter Beifall bei der Opposition. - Strömische Entrüstungsrufe gegen den GR. Millik bei der Mehrheit).

Bürgermeister Seitz: Ich rufe Sie neuerlich zur Ordnung. Wenn Sie sich nicht parlamentarisch benehmen können, werde ich Ihnen das Wort entziehen.

GR. Biber: Noch viel zu wenig, was er gesagt hat! Ein solcher Bürgermeister ist eine Schande für die Stadt Wien! (Stürmische Entrüstungs- und Pfuirufe gegen den GR. Biber bei der Mehrheit. - Stürmische Rufe: Das ist doch eine unerhörte Frechheit!)

Bürgermeister Seitz: Ich rufe auch den GR. Biber ^{Ingenieur} zur Ordnung. Ein Mann, der einen höheren Bildungsgrad ^{ausweist} besitzt als andere, sollte sich umso mehr verpflichtet fühlen, sich parlamentarisch zu benehmen (Andauernde Zwischenrufe).

Partei-GR. Millik: Politisch hat der Bürgermeister am Sonntag seine Rolle glänzend gespielt, aber in den Augen der denkenden Bevölkerung war ^{seine} Handlung eine klägliche und eines Bürgermeisters unwürdige.

Nun erteilt der Bürgermeister dem GR. Biber das Wort.) Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten: Bfui Biber! Schämen Sie sich! Andauernde Zwischenrufe - Grosser Lärm. - In dem Lärm hört man die Rufe: Alkoholiker! und Besoffen! - GR. Untermüller ruft dem GR. Eisinger Verleumder zu.

Bürgermeister Seitz ruft den GR. Untermüller zur Ordnung (Andauernde Zwischenrufe, grosser Lärm).

GR. Biber : GR. Schleifer hat mir zugerufen, der ist ja heute schon wieder besoffen. (Stürmische Entrüstungsrufe bei den Christlichsozialen. - GR. Dr. Kolassa : So ein Saujud, so ein dreckiger! GR. Haider : Herr Bürgermeister, das haben Sie nicht gehört! GR. Dr. Kolassa : Rufen Sie ihn zur Ordnung. - GR. Uebelhör : Liefert Eure Verbrecher zuerst aus. - Andauernde Zwischenrufe. - Grosser Lärm. - Auf den Bänken der Sozialdemokraten wird den Christlichsozialen zugerufen: Strafella! Strafella! GR. Fuchs : Ihr sinkt von Stufe zu Stufe. - Grösser Lärm).

Bürgermeister Seitz : Der GR. Schleifer hat sich ebenfalls zu einem absolut unzulässigen Zwischenruf hinreissen lassen. Ich erteile ihm deshalb den Ordnungsruf.

GR. Biber : Durch diesen Ordnungsruf bin ich der gewiss nicht sauberen Aufgabe enthoben, mich mit dem GR. Schleifer auseinanderzusetzen. Ich will nun tatsächlich feststellen, dass ich weder in diesem Hause, noch sonst wo in meinem Leben je besoffen war (Zwischenrufe). GR. Biber befasst sich mit dem vorliegenden Antrage. Dann kommt er auf das Baugebrechen beim Heiligenstädterbau zu sprechen. Er erklärt, dass dieses von einem solchen Umfange war, dass es nicht seinesgleichen irgendwo anders zu finden ist. Was darüber nun der Herr Bürgermeister gesagt hat, ist für einen Menschen mit normalen Sinnen unfassbar. Uns kann keine Uebertreibung vorgeworfen werden. Wir haben Sie auf das Baugebrechen aufmerksam gemacht. Wir haben gesagt, dass etwa 100 Meter der Mittelmauer schlecht sind und dass die Sicherungen mit Fundamentplatten absolut nicht ausreicht. Was haben nun die Sachverständigen mit Prof. Saliger an der Spitze gesagt? Sie stellten fest, dass nicht 100 Meter, sondern 2000, bzw. 3000 Meter Mauerwerk sich gesenkt hat. Die Sachverständigen haben auch die Platten von jeder Belastung ausgeschaltet; es wurden 500 etwa 3 Meter tiefe Betonbrunnen hergestellt, mächtige Traversen darüber gezogen und die Mauern auf die Brunnen aufgestellt. Wo also haben wir übertrieben? Der Skandal war damals so gross, dass man gar nichts übertreiben brauchte. Die Häuser wären zusammengefallen, wenn nicht die Opposition auf die Gebrechen aufmerksam gemacht hätte. Die Rekonstruktion, die von den Sachverständigen verlangt wurde, hatte als Voraussetzung einen tragfähigen Grund. Wenn der Grund also nicht entsprochen hätte, wäre die Rekonstruktion überhaupt unmöglich gewesen. Angesichts dieser Tatsachen muss man von einem gesitteten Menschen voraussetzen, dass er uns und das Schicksal nicht verhöhnt. (Beifall). Der Herr Bürgermeister hat gesagt, Lügen haben kurze Beine. Wer hat gelogen? Ich stelle fest, dass von uns niemand ein Wort der Unwahrheit gesprochen hat. Die Kommission zur Untersuchung des Baugebrechens hat monatelang getagt. Nach Beendigung ihrer Tätigkeit hat St. R. Breitner, der der Vorsitzende der Kommiss

war und mit aller Objektivität den Vorsitz geführt hat, allen Mitgliedern der Kommission, also auch unseren Vertretern, für ihre Arbeit und die dabei bewiesene Objektivität gedankt. Ist es da nicht geradezu eine Verleumdung, dass wir vom Herrn Bürgermeister als Lügner hingestellt werden? (Beifall bei der E. L.)

Bürgermeister Seitz: Herr Gemeinderat Biber, ich rufe Sie abermals zur Ordnung und ersuche Sie, sich parlamentarisch angemessen zu benehmen. Ich habe kein Mitglied des Gemeinderates einer Lüge geziehen. Ich habe nur von denjenigen Personen gesprochen, die in Extraausgaben und in anderen Formen, in Wort und Schrift, Lügen verbreitet haben. Ihre Kritik ist also nicht nur parlamentarisch, sondern auch sachlich unzulässig.

GR. Biber: Das Sachverständigen Gutachten hat zusammenfassend festgestellt, dass gegen das System kein Einwand bestehe und die Ursache der Gebäudesenkung in der mangelhaften Ausführung liege. Der Herr Bürgermeister hat einfach gesagt, dass ein neues System angewendet wurde. Das ist eine Entstellung. (GR. Preyer: Er hat einen Wahlschlager gebraucht). Die Sachverständigen haben für ihre Arbeiten 180.000 Schilling verlangt; die Gemeinde hat ihnen die Hälfte, nämlich 90.000 Schilling, bezahlt. Dabei waren die ersten Forderungen der Sachverständigen wesentlich höher. Daraus kann man erkennen, ob die ganze Sache eine Bagatelle war oder nicht. Das Verhalten des Herrn Bürgermeisters ist in höchstem Masse zu bedauern. Was wir erlebt haben, muss uns mit Scham erfüllen. Ja, man muss sich fragen, ob es möglich ist, dass so ein Mensch noch weiter Bürgermeister von Wien ist. (Beifall bei den Christlichsozialen).

Bürgermeister Seitz: Ich kann Ihnen nicht versprechen, dass ich sehr bald sterbe. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

In seinem Schlusswort widerlegt zunächst St. R. Weber die Behauptungen des Gemeinderates Holaubek und erklärt sodann zur Heiligenstädter Sache: Die ganze Angelegenheit wurde sowohl im Gemeinderate, als auch in der Öffentlichkeit sowohl nach den fachlichen, als auch nach der sachlichen Richtung behandelt. Alle Fachleute haben nach besten Wissen und Gewissen gehandelt. Es hat aber viele gegeben, die nicht als Techniker gesprochen und noch viel weniger als Fachleute geschrieben haben. Diese Menschen haben geschrieben in gehässiger Absicht gegen die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung, obwohl die Gemeinde für technische Mängel nicht verantwortlich gemacht werden kann. Gegen eine solche Art unfachmännischer, gehässiger, verleumderischer Kritik muss sich jede anständige Mensch wenden. Diesen Leuten hat nach meiner Auffassung die Kritik des Herrn Bürgermeisters gegolten. Ich stelle fest, dass wir innerhalb acht Jahre 45.000 Wohnungen auf gutem und auf schlechtem Gelände gebaut haben.

Es ist ein Ehrenzeugnis für die Beamten des Stadtbauamtes, für die Wiener Techniker und für die Wiener Bauindustrie, dass trotz mannigfaltiger technischer Schwierigkeiten nichts anderes passiert ist. In dem Sachverständigen Gutachten ist keine Rede davon, dass 3000 Meter Fundamente unterfangen werden mussten. Die Zahl der von Herrn GR. Biber angegebenen Brunnen mit 500 ist ebenfalls nicht richtig, da nur 300 Brunnen errichtet wurden. Ebenso unrichtig ist auch, dass Steuergelder verlüdert wurden, weil für den Schaden die Baufirma aufkommen musste. Die Gemeinde ist der Bauherr, sie vergibt jedoch den Bau an ein Unternehmen. Der Bauunternehmer hat den Bau auf seine Gefahr fertigzustellen und bei der Uebergabe prüft die Gemeinde, ob der Bau den Vertragsbestimmungen entspricht. Entsteht also irgendwo ein Schaden, so hat dafür niemals die Gemeinde aufzukommen. Die damaligen Behauptungen in Extraausgaben mussten als das gebrandmarkt werden, was sie sind. Das hat der Herr Bürgermeister in ausgezeichneter Weise getan. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR. Schneider berichtet über den Neubau eines Hauptunratskanales in der Dürwaringstrasse von der Herbeckstrasse bis zur Blasegasse und in der Blasegasse von der Dürwaringstrasse bis zur Nummer 7. Die Kosten betragen 54.000 Schilling.

GR. Untermüller erklärt, dass im Betrieb Kanalräumung nur die Betriebsräte etwas zu reden haben. Die Leistungen der Arbeiter werden nur nach parteipolitischen Gesichtspunkten kritisiert. Versetzungen aus politischen Gründen sind auf der Tagesordnung. Trotz des Antiterrorgesetzes ist im Betrieb Kanalräumung Terror der oberste Grundsatz. Der eigentliche Betriebsleiter ist der Betriebsratsobmann. Die Behandlung, die die Arbeiter von ihm erfahren, ist keine sehr gute. Die Arbeiter werden von den Betriebsräten mit Schimpfworten belegt. Leute, die für den Schutzbund keine Beiträge leisten, werden einfach versetzt. Beschwerden, die gegen den Betriebsrat bei der zuständigen Magistratsabteilung erhoben werden, werden von dieser dem Betriebsrat selbst übergeben (Hört! Hört! bei den E. L.) Gegen die Beschwerdeführer wurde eine Hotze veranstaltet und einer der Beschwerdeführer wurde entlassen. Die Betriebsräte arbeiten nur 24, meist aber gar nur 16 Stunden in der Woche und werden dafür voll bezahlt. Trotzdem werden noch Ueberstunden/ ^{für die Betriebsräte,} und zwar bei den anderen Arbeitern verrechnet (Lebhafte Hört! Hörtruße bei der E. L.) Ueber diese betrügerischen Machinationen müssen wir Aufklärung bekommen. Man beordert die Kanalräumer in Versammlungen der Sozialdemokraten und bezahlt dafür den Leuten die Schicht, (Hört! Hört bei der E. L.) und man hat angekündigt, dass denjenigen, der in die Versammlung nicht geht, die Schicht abgezogen wird. Unter diesen Umständen kann es nicht wundern, dass die Kanalräumungs-

räumungsarbeiten vernachlässigt werden, wie dies in einer Reihe von Bezirken der Fall ist. Trotz des Entwaffnungsgesetzes wurden 180 Schutzbündler Kanalarbeiter mit Revolvern bewaffnet. (Hört! Hört! bei der E.L.) Wir erwarten die rascheste Aufklärung über diese skandalösen Vorkommnisse (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Schneider bemerkt in einer Erwiderung auf die Ausführungen des GR. Untermüller, dass es sich bei dem Beschwerdeführer, der angeblich wegen seiner Beschwerde entlassen wurde, in Wahrheit um einen Mann handle, der während einer viereinhalbjährigen Dienstzeit nicht weniger als 400 Tage krank war. Dass die Betriebsräte nichts arbeiten, ist grundfalsch. Lediglich der Betriebsratsobmann ist ausser Arbeit gestellt, was aber nicht nur in den Betrieben der Gemeinde, sondern auch in allen privaten Betrieben der Fall ist. Wenn GR. Untermüller gemeint hat, dass die Kanalarbeiter mit Revolvern bewaffnet in sozialdemokratische Versammlungen geschickt werden, so sagt er das offenbar in der Erinnerung an die Zeit, in der die Ochsentreiber von St. Marx in die christlichsozialen Versammlungen beordert wurden (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten). Ueberstunden werden nur bezahlt, wenn sie tatsächlich gemacht werden. Dass seit dem Jahre 1925 keine Erhöhung der Kanalräumergebühren erfolgt ist, ist wohl der beste Beweis dafür, wie gut der Betrieb geleitet wird. (Beifall bei der Mehrheit. - Lebhaftes Zwischenrufe. - GR. Untermüller : Ueber die betrügerische Verrechnung wird nichts gesagt!)

Der Referentenantrag wird angenommen.

St. R. Kokrda berichtet über den Antrag, den Vertrag zwischen dem Betrieb städtische Lagerhäuser und der Walzmühle Vonwiller & Co., über die Verpachtung des Speichers Zwischenbrücken auf die Dauer von fünf Jahren um einen jährlichen Pachtschilling von Schilling 62.000 zu genehmigen und der Mühle Vonwiller für die Rückstellung des Pachtgrundes der 1. Wiener Reis- und Mühlenwerke A.G. samt Baulichkeiten im Jahre 1929 statt, wie vertraglich festgesetzt war, im Jahre 1959 den Pachtschilling für den Speicher Zwischenbrücken pro 1928-1929 im Betrage von Schilling 62.000 zu erlassen.

GR. Gschladt (E.L.) erklärt, dass auch seine Partei gegen das hier beantragte Changement nichts einzuwenden habe. Er wünsche nur vom Referenten eine Aufklärung darüber, warum der Vertrag bezüglich des Speichers Zwischenbrücken, der schon im Jahre 1928 abgeschlossen worden ist, erst heute dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt werde. Ein derartiges Uebersehen wäre unter dem früheren Lagerhausdirektor Dr. Nübel, der nicht nur ein tüchtiger Lagerhausdirektor sondern auch ein tüchtiger Verwaltungsjurist war, dem man aber entlassen hat, nicht möglich gewesen. Gegen den jetzigen Lagerhaus-

direktor haben wir wohl nichts einzuwenden. Es lag aber gar kein Grund vor, einen Ausländer zu berufen, da ein ausserordentlich tüchtiger Beamter der Gemeinde Wien zur Verfügung gestanden war.

St.R. Kokrda bemerkt, die Pensionierung des früheren Direktors Nübel liege bereits fünf Jahre zurück und über die Gründe seiner Pensionierung sei seinerzeit schon ausführlich gesprochen worden. Die Bestellung des gegenwärtigen Direktors ist im zuständigen Ausschuss im Einvernehmen mit der Minderheit erfolgt. Der Vertrag bezüglich des Speiches Zwischenbrücken wurde erst heute vorgelegt, da er mit der zweiten, dem Gemeinderat heute zur Beschlussfassung vorliegenden Angelegenheit, die erst nach langwierigen Verhandlungen bereinigt werden konnte, in engster Verbindung steht.

St.R. Rummelhardt (E.L.) stellt gegenüber dem St.R. Kokrda in einer tatsächlichen Berichtigung fest, dass die Bestellung des gegenwärtigen Lagerhausdirektors keineswegs im Einvernehmen mit der Opposition erfolgt ist, dass die Opposition vielmehr sowohl im Ausschuss wie im Stadtsenat sich sehr energisch gegen die Absägung des früheren Lagerhausdirektors gewendet hat.

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Beisser (soz. dem.) berichtet über den Antrag, falls mangels geeigneter Objekte der veranschlagte Betrag von 100.000 Schilling zur Förderung der Gegenwartskunst bis Ende Dezember des jeweiligen Verwaltungsjahres nicht verwendet wird, den Restbetrag ohne Erwirkung eines Zuschusskredites dem nächstjährigen Voranschlagsansatz zuzuschlagen. Er bemerkt, dass der Beschluss auf Widmung dieses Betrages erst im Juli gefasst worden ist und dass sich auch erst im Juli der Kunstbeirat konstituiert hat. Daunterdessen auch die Urlaubszeit verstrichen ist, wäre zu gewertigen, dass ein grösserer Betrag von den 100 000 Schilling am Schluss des Jahres erübrigt werden und verfallen könnte. Um die Künstlerschaft davor zu bewahren, dass nicht der ganze Betrag zugunsten der Künstlerschaft verwendet wird wird oben der obige Antrag gestellt.

St.R. Rummelhardt bemängelt in der Textierung des Antrages, dass der Restbetrag von diesen 100.000 Schilling "zu Lasten der Reserve für unvorhergesehene Ausgaben" dem nächstjährigen Voranschlagsansatz zuzuschlagen ist. Denn das heisse, dass ein allfällig ersparter Betrag tatsächlich dem gewidmeten Zweck verloren gehen würde. In einer Zeit, in der es der Künstlerschaft so ausserordentlich schlecht geht, darf an ihr nichts erspart werden. Dieser Antrag ist ein neuerlicher Beweis für das Sparsystem Breitner, der an der Sache an der Kunst, kurz an allem wofür früher einmal die Sozialdemokraten eingetreten sind, sparen wollen. Die Verhältnisse der Künstler sind gerade zu entsetzlich

es mangelt an Aufträgen und auch die Bauweise der Gemeinde lässt keinen Platz für die dekorative Kunst. Wenn von Architekten irgendein ornamentaler oder figuraler Schmuck bei einem Wohnhausbau beantragt wird, wird es gestrichen. Dass der Kunstbeirat erst so spät zusammengetreten ist, dafür kann die Künstlerschaft nichts. Der Betrag von 100000 Schilling kann bis zum Ende des Jahres leicht ausgegeben werden. Wir wollen auch wissen, wieviel davon bisher schon ausgegeben worden ist. Wir beantragen, dass der volle Betrag in diesem Verwaltungsjahr verwendet wird und falls aus zwingenden Gründen nicht der ganze Betrag verwendet werden kann, der Rest nicht einem Reservefonds zuzuweisen, sondern den für das Jahr 1931 zu präliminierenden 100.000 Schilling für Kunstförderung zuzuschlagen ist. (Beifall bei der E.L.)

GR. Ubbelhör (E.L.) bemerkt, man werde es niemandem weissmachen können, dass es in den Ateliers der Wiener Künstler nicht Kunstwerke genug gibt, die um den lächerlichen Betrag von 100.000 Schilling bis zum Ende des Jahres angekauft werden könnten. Hier setzt sich wieder einmal das Sparsystem der Gemeinde durch, das auch bei den Wohnhausbauten, soweit es sich um das künstlerische handelt, ^{vorher} ~~vorher~~ ^{beachtet} ~~beachtet~~ ^{ist} ~~ist~~. Es ist unerfindlich, dass man daran denkt, in einer für die Künstlerschaft so traurigen Zeit an ihr noch zu sparen. GR. Ubbelhör erinnert auch an seinen seinerzeitigen Antrag, in diese Aktion nicht nur Werke der bildenden Kunst, sondern auch Werke der Musik einzubeziehen. Und unterstützt nachdrücklichst den Antrag Rummelhardt (Beifall bei der E.L.)

GR. Beisser bemerkt in seinem Schlusswort gegenüber dem GR. Rummelhardt, dass die Textierung des Antrages lediglich aus finanztechnischen Gründen so erfolgt sei. Gerade diese Formulierung soll aber sicherstellen, dass ein ^{Rest} ~~erübrigt~~ ^{Rest} Betrag im folgenden Jahre der Künstlerschaft zugute kommt. Uebrigens wurde der Antrag auf Ersuchen des Kunstbeirates also der Künstler selbst, hier gestellt. Von den 100.000 Schilling wurde bisher noch nichts verbahrt. Alles was an Kunstwerken angekauft und bestellt wurde, geht auf die Budgetpost Wohnbauten und auf andere Budgetposten. Wieviel die Gemeinde für die Künstlerschaft tut, geht daraus hervor, dass seit dem Jahre 1923 die Summe von 902.000 Schilling an Künstler verausgabt wurde, dass ausserdem eine Reihe von Ehrenpensionen und Geldzuwendungen an Künstler beschlossen, Subventionen an alle möglichen Kunstvereine gegeben, die Wirtschaftshilfe der Künstler ausserordentlich unterstützt wurden. Die Gemeinde treibt also im Gegensatz zum Bund wirkliche Kunstförderung (Beifall bei der Mehrheit). Schliesslich protestiert GR. Beisser ^{dagegen, dass GR. Angermayer} ~~im Zusammenhang mit diesem~~ ^{dagegen, dass GR. Angermayer} ~~im Zusammenhang mit diesem~~ Gegenstand in einem Zwischenruf von "Kunstdünger" gesprochen habe.

GR. Angermayer (E.L.) berichtet tatsächlich, dass er keineswegs Werke Hanaks oder eines ihm gleichberechtigten Künstlers mit Kunstdünger verglichen habe. Wenn ein solcher Ausdruck fiel, dann bezog er sich auf Geschmacklosigkeiten, die insbesondere bei den städtischen Wohnhausbauten vorkommen und eine solche Kritik geradezu herausfordern.

Der Antrag wird mit dem Zusatzantrag Rummelhardt angenommen.

Es wird nun der Dringlichkeitsantrag verhandelt, den GR. Dr. Hengl (E.L.) begründet. Er führt aus, dass die Wiener Weinbauer unter der Absatzkrise schwer zu leiden haben. Sie können auch nichts investieren, da diese Summen für die Nahrungs- und Genussmittelabgabe bereitgestellt werden müssen. Der Niedergang unserer Weinbau-treibenden ist auf die hohe Besteuerung zurückzuführen. Die Pauschalabfindung ist vollkommen ungenügend. Es handelt sich zumeist um kleine Leute, die acht Prozent von den Bruttoeinnahmen an Steuer zahlen müssen. Die Abgabe sollte im Interesse der Weinbauer längst verschwunden sein, aber statt dessen treten neue Härten in Kraft.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt, worauf GR. Hengl bemerkt dass die Mehrheit dies nur deswegen getan habe, weil Wahlen sind. Es sei zu befürchten, dass dieser Antrag ebenfalls der geschäftsordnungsmässigen Misshandlung zugeführt werden werde. Der Finanzreferent möge aber wenigstens das Versprechen abgeben, dass die drückenden Buchführungsvorschriften aufgehoben werden. Der Magistrat wird wieder für Spitzelzwecke missbraucht und es kommt vor, dass so ein Kontrollorgan, das ja viele Stunden im Betrieb sich aufhalten muss, sieben Viertel eines 13grädigen Weines konsumiert und wie die Kontrolle ausschaut, bleibe dahingestellt. Das sind mittelalterliche Methoden und es ist aufreizend, dass in einer Zeit der schwersten Absatzkrise derartige Besteuerungen ausgehegt werden. Aufreizend ist auch die Bestimmung über die Dreissig Hektoliter, weil ja nicht die Höhe der Fäschung entscheidend ist, sondern der Verkaufswert des Weines. Statt die Abgabe aufzuheben, werden neue drückende Vorschriften eingeführt, die die Wiener Weinbauer verbittern müssen. (Beifall bei der Minderheit).

St. R. Breithner erklärt, dass die Annahme des Antrages mit den Wahlen gar nichts zu tun habe, eher treffe dies auf die Einbringung des Antrages zu. Wir können nur sagen, dass in einer Zeit der schwersten Wirtschaftsnot, der die Steuern zurückgehen und in einer Zeit, in der Pläne bezüglich der Abgabenteilung bestehen, die geradezu auf eine Plünderung der Gemeindeabzielen, die Besteuerung von Wein nicht aufgehoben werden kann. Die Ausdehnung der Pauschalierung käme nur einer ganz kleinen Zahl von Weinbauern

zugute kommt. Im Jahre 1929 gab es 317 Buschenschenker. Davon fallen 11 überhaupt nicht unter die Pauschalierung, weil sie mit Gasthausbetrieben verbunden sind. 270 Buschenschenker sind pauschaliert und die Abgabe schwankt zwischen 7 einhalb und 9 Prozent als Maximum. Nur 36 Betriebe zahlen die volle Steuer.

GR. Dr. Hengl: Das ist nicht richtig! Dass Sie sich nicht schämen, so etwas zu sagen!

GR. Dr. Danneberg: Das ist eine Frechheit! Solche Leute reden von Schämen! Sie sind ja gar nicht würdig, dass man Ihnen antwortet!

Gr. Jenschik: Haben Sie das auf der Universität gelernt? (Heiterkeit).

St. R. Breitner: Ich spreche immer ruhig und sachlich und gebe zu solchen Bemerkungen keinen Anlass. Ich habe hier amtliche Zahlen aus dem Jahre 1929 vorgetragen und über das Jahr 1930 vermag niemand etwas zu sagen, weil es noch Monate dauern wird, bis die Besteuerung der heurigen Fälschung durch den Bund durchgeführt sein wird. Aber es ist klar, dass dieser Antrag nur einer verschwindenden Minderheit der Buschenschenker zugute kommen würde. Was die Kontrolle der Steuer anlangt, so ist sie unbedingt notwendig.

GR. Rummelhardt: Sie nötigen die Beamten zu einem unmoralischen Dienst!

St. R. Breitner: Unmoralisch mag es sein, die Steuern zu hinterziehen. Die Kontrolle geschieht im Interesse der anständigen Steuerzahler, die in der Mehrheit sind und die durch die Steuerscheu der Minderheit geschädigt werden. Auch der Bund hat eine solche Kontrolle. Ich habe selbst den Herrn Kollegen Hengl einen Fall mitgeteilt, wo die Steuerhinterziehung bis zur Fälschung der staatlichen Steuerboletten geführt hat. Der Magistrat verlangt von den Weinschenkern weiter nichts, als dass sie am Abend aufschreiben wieviel Liter Wein sie ausgeschenkt und wieviel Schilling sie dafür eingenommen haben. Dass kann gewiss nicht als eine Schikake bezeichnet werden. Wenn die Verhältnisse es gestatten, so werden wir selbstverständlich auch bei dieser Abgabe Erleichterungen eintreten lassen (Beifall bei der Mehrheit).

Abg. Dr. Wagner erklärt, dass das Jahr 1929 für die Weinbauern das schwerste Jahr war. Wenn auch heuer die Weinernte sehr günstig ist, so hat die Qualität des Weines sehr enttäuscht. Die Weinbauern stehen vor der Tatsache der Demolierung der Weinpreise. Die Lage der Weinbauern ist eine sehr schwierige. St. R. Breitner hat ein glattes Nein gesagt, obwohl er die Not der Weinbauern anerkannt hat. Breitner befindet sich im Gegensatz zu Dr. Bauer, der im ständigen Ausschuss im Parlament anlässlich der Verordnung über die Verteilung des landwirtschaftlichen Notopfers beantragt hat, 4 Millionen Schilling den notleidenden Weinbauern zu geben. Dr. Bauer hat sich nicht den Kopf zerbrochen über die Bedeckung, während Breitner auf die Bedrohung der Finanzen von Wien hingewiesen hat. (Beifall).

GR. Dr. Hengl erklärt, dass Breitner ein Verständnis für die Weinbauern nur vortäuschen wollte, um die Wirkung des glatten Neins zu mildern. Das Jahr 1929 war ein Missjahr, es kann daher nicht als Basis für Berechnungen angenommen werden. Den armen Weinbauern 7 einhalb Prozent wegzusteuern ist Diebstahl (GR. Dr. Danneberg: Was ist es mit der Zuckersteuer?) St. R. Breitner hat leider vorgekommene Fälle von Unanständigkeit verallgemeinert. Ich muss mich gegen diese Pauschalverdächtigung auf das entschiedenste wehren.

Was die Steuerkontrolle anlangt, so schreibt der Magistrat vor, dass der Weinbauer jedes Viertel Wein aufzeichnen muss. Dass dies nun gemildert wird, haben wir erst jetzt von St. R. Breitner erfahren. (Beifall).

In einer tatsächlichen Berichtigung stellt St. R. Breitner fest, es ^{bei} ganz unzutreffend ..., dass er gesagt habe, die Weinbauern führen Wein zu und hinterziehen die Steuern. Er habe lediglich gesagt, dass die Steuerverwaltung im Interesse der weitaus grösseren Zahl von anständigen Weinbauern eine gewisse Vorsicht üben müsse.

Der Antrag Hengl wird abgelehnt. Zurufe bei den Christlich-sozialen: Das ist die Gerechtigkeit!

Schluss der Sitzung 20'45 Uhr.

750

Wien, am Samstag, den 18. Oktober 1930.

Der modernste Schulbau Wiens.Die neue städtische Schule in der Freihofsiedlung in Kagran.

Die Gemeinde Wien hat in Kagran eine grosse Siedlungsanlage errichtet. Es ist dies die Siedlung Freihof, die grösste der Wiener Siedlungen, die nach ihrem vollständigen Ausbau fast 10.000 Menschen in 2200 Einfamilienhäusern auf einem Siedlungsgebiet von 51 Hektar ein vorbildliches Heim bieten wird. Die Anlage einer so grossen Gartenstadt, wie es die Freihofsiedlung ist, machte den Bau einer neuen Schule, und zwar einer Volks- und Hauptschule, notwendig. Die Gemeinde errichtete daher inmitten der Siedlung, Ecke Paul Natorpgasse und Anton Sickinger-gasse, einen ganz modernen Schulbau, bei dem mit vollem Erfolg versucht wurde, mit dem geringsten Aufwand an Geldmitteln den grössten Nutzeffekt zu erzielen. Der Geist der Zeit ist in diesem Schulbau durch Zweckmässigkeit, Sachlichkeit und Schönheit zum Ausdruck gebracht. Die Schulkaserne, der Pracht- und Luxusbau vergangener Jahrzehnte, das Haus der Buchgelehrsamkeit und des "Paukens", ist der schlichten Arbeit und Lebensstätte der Jugend, der einfachen Heimstätte der Lehrer und Eltern gewichen.

Das neue Gebäude beherbergt vier Klassen einer Volksschule und elf Klassen einer Hauptschule für Mädchen. Der Baugrund der neuen Schule ist 37.200 Geviertmeter gross; von dem gesamten Baugrunde sind jedoch nur 1600 Geviertmeter verbaut worden; die übrige Grundfläche wurde für die Anlage eines Schulhofes, eines Arbeitsschul- und Lehrgartens und für die Anlage von Sport-, Spiel- und Grünflächen, Blumen- und Obstgärten verwendet, sodass Licht, Luft und Sonne überall reichlich Zutritt haben.

Der Ziegelbau des Schulgebäudes zeigt klare Gliederung. Die Schule enthält 15 Lehrzimmer, die durchwegs an der Sonnenseite liegen, einen Physiksaal mit je einem Lehrmittelzimmer für Physik und Chemie, einen 18 Meter langen und 9 Meter breiten Turnsaal und einen im ersten Stockwerk gelegenen grossen Zeichensaal mit einem Modellzimmer. Dem Zeichensaal ist eine Dachterrasse für Freilichtzeichnen vorgelagert, die von allen Seiten Licht und Luft empfängt und einen Ueberblick über die ganze Siedlung und die weitere Umgebung bis zu den Kalkvor-alpen, zu den Karpathen und tief hinein in den Wienerwald gewährt. Im Gebäude sind ausser den sonst erforderlichen Nebenräumen noch ein Lichtbildzimmer mit einem Bildwerferraum, ein Lehrmittelzimmer für

die Volksschule, ein naturwissenschaftliches Lehrmittelzimmer, ein Elternberatungszimmer, ein Versammlungsraum und ein Aerztezimmer untergebracht.

Bemerkenswert ist, dass die neue Schule in Kagran auch eine Schulküche in Form einer Gemeinschaftsküche mit mehreren Gasherden und einer Gasbügelvorrichtung enthält. Die Schule besitzt auch ein eigenes, mit dem Turnsaal durch eine Stiege verbundenes Bad mit 9 Warmwasser- und 3 Kaltwasserbrausen, sodass nach jeder Turnstunde ein Brausebad seine wohltuende Wirkung auf die kindlichen Körper ausüben kann. Die Durchlüftung des Gebäudes besorgt eine Frischluftanlage.

Die einzelnen Klassenzimmer sind für einen Belag von höchstens 36 Schülern berechnet; sie sind ungefähr 8'6 Meter lang, 7'87 Meter tief und 3'8 Meter hoch. Die Grundfläche eines Lehrzimmers umfasst 67'8 Geviertmeter; bei vollem Klassenbelag ergeben sich für einen Schüler 7 Kubikmeter Luftraum. Jedes Klassenzimmer hat 3 Fenster von 2'55 Meter Breite. Die Fenster, die vom Boden mehr als einen Meter Abstand haben, reichen bis zur Decke, sodass die Fensterwände wie Glaswände erscheinen. Die Wände der Schulzimmer sind hellbraun gestrichen, die Decken weiss getüncht; dadurch wird die Leuchtkraft des durch sechs elektrische Lampen gespendeten Lichtes erhöht. In jedem Lehrzimmer befindet sich eine Wasserleitung.

Die Klassen sind mit zwei- und dreisitzigen Tischen ausgestattet, deren Eichentischplatte mit einem einfachen Griff in Schrägstellung gebracht werden kann. Die Tische können durch verschraubbare Ansätze an den Füßen individuell jeder Schülergrösse angepasst werden. Die Stühle besitzen eine ein wenig nach rückwärts gesenkte Sitzfläche, eine hohe Rückenlehne und an der Vorderseite einen Steg, der das Ausruhen der Oberschenkel nach längerem Sitzen ermöglicht. Die Tische und Stühle ermöglichen verschiedene, den vielen Arbeitsformen der Gemeinschafts- und Arbeitsschule angepasste Aufstellungen, so die hufeisenförmige Anordnung während eines planmässigen Schülergespräches, die staffelförmige oder reihenweise Anordnung bei schriftlichen Arbeiten, die gruppenweise Anordnung bei manueller oder geistiger Gemeinschaftsarbeit, die Uebereckstellung bei Gruppenarbeiten, den Lesekreis mit Stühlen bei weggeräumten Tischen und anderes. Auch für den Lehrer ist ein gleicher Tisch mit Stuhl vorhanden, da für das Podium in der Arbeitsschule kein Platz ist. In jedem Lehrzimmer sind elektrische Steckkontakte und ein Gasauslass angebracht. Die Grösse der Schulzimmer und ihre Einrichtung entsprechen voll auf den Forderungen neuzeitlicher Hygiene und Pädagogik.

Die Baupläne für die neue Schule wurden von Baurat Ingenieur Architekt Schartelmüller vom Wiener Stadtbauplatz verfasst. Die Baukosten betragen rund eine Million Schilling.

Durch den Schulbau wurden zwei neue Gassen erschlossen. Sie wurden nach zwei bedeutenden Pädagogen der jüngsten Vergangenheit benannt. Die eine Gasse erhielt ihren Namen nach dem im Jahre 1922 verstorbenen Marburger Universitätsprofessor Dr. Paul Natorp, dem bedeutendsten Theoretiker der Sozialpädagogik der Gegenwart. Die zweite Gasse wurde nach dem im August dieses Jahres verstorbenen Mannheimer Stadtschulrat Dr. Anton Sickinger benannt, der im sogenannten "Mannheimer Schulsystem" eine der Grundlagen eines wahrhaft sozialen Schulwesens einer Großstadt geschaffen hat.

753

Wien, am Samstag, den 18. Oktober 1930 Zweite Ausgabe

Notstandsarbeiten der Gemeinde Wien zur Linderung der Arbeitslosigkeit.

Die Vertreter des Bundes der freien Gewerkschaften haben vor kurzem bei Bürgermeister Seitz unter Hinweis auf die katastrophale Lage der Wirtschaft und das höchst bedenkliche Anwachsen der Arbeitslosigkeit die Anregung vorgebracht, die Gemeinde Wien möge erwägen, ob sie nicht eine grössere Bauaktion unternehmen könne. Die Gewerkschaften anerkennen zwar die Bemühungen der Gemeindeverwaltung, durch die Vergebung öffentlicher Arbeiten die Wirtschaft zu beleben, sie anerkennen insbesondere die Bautätigkeit der Gemeinde, durch die allein in diesem Jahr nahezu 100 Millionen Schilling in die Wirtschaft eingepumpt worden sind. Trotzdem sei nicht abzusehen, wie sich die Verhältnisse im kommenden Winter gestalten werden, insbesondere dann, wenn der Bund auch weiterhin Investitionen in so geringem Ausmass unternimmt wie bisher. Die Gewerkschaften stellten daher dem Bürgermeister zur Erwägung anheim, ob es nicht doch möglich wäre, weitere Arbeitsgelegenheiten über das bisher präliminierte Ausmass hinaus zu schaffen, und insbesondere solche Investitionen ins Auge zu fassen, bei denen die Aufwandsquote für Arbeitslöhne eine möglichst grosse ist.

Bürgermeister Seitz erwiderte, er habe selbst auch schon mit den amtsführenden Stadträten diese Frage, die allerdings nicht leicht sei, besprochen. Die finanziellen Mittel der Gemeinde sind schon heute bis auf das Aeusserste gespannt und weitere Belastungen sind vor allem deshalb sehr bedenklich, weil die Steuereingänge des letzten Jahres geringere sein werden, vor allem aber weil durch die Abgabenteilung schwere Anschläge auf die Steuerträger Wiens und die Finanzen der Stadt drohen. Trotzdem verschliessen sich weder der Bürgermeister noch die amtsführenden Stadträte, insbesondere der Finanzreferent Breitner, dieser Notwendigkeit. Er werde daher die Frage sofort mit den zuständigen Instanzen beraten.

Samstag mittags erschien nun abermals eine Deputation des Bundes der freien Gewerkschaften, bestehend aus dem Vorsitzenden Hueber, dem Sekretär Schorsch und den Vorstandsmitgliedern Tomschik, Weigl, Seidel, Wessely und Janocek, beim Bürgermeister, um die Antwort einzuholen. Bürgermeister Seitz teilte den Vertretern mit, dass nunmehr folgende Arbeiten in Aussicht genommen

sind:

754

1.) Die Erbauung eines Entlastungskanals am linken Donauufer in der Brünnerstrasse von der Floridsdorfer Brücke bis zur Siemensstrasse. Bei diesem Bau könnten nicht wenige Arbeiter beschäftigt werden, weil er eine Länge bis zu 4000 Meter hätte. Von dem Kostenerfordernis von 6 Millionen Schilling werde der grösste Teil auf Arbeitslöhne entfallen.

2.) Der Bau eines Liesingtal-Sammelkanals, zu dessen Ermöglichung sich die Gemeinde Wien bereit erklärt hat. Dieser Bau wurde im Jahre 1916 begonnen, aber im Dezember 1922 eingestellt. Die Verwaltung der Stadt Wien wird beim Gemeinderat anregen, dass man die Bereitwilligkeit der Gemeinde erkläre, an der Aufbringung der erforderlichen Mittel im Wege der Konkurrenz mitzuwirken. Eine solche Erklärung ist schon seinerzeit von der Gemeinde Wien gegeben worden; allerdings war Wien damals ein Teil des Landes Niederösterreich. Die Beitragsquote würde 20 Prozent betragen, was bei einer Kostensumme von mehr als 7 Millionen Schilling ungefähr einen Betrag von 1'5 Millionen Schilling ausmacht. Ueberdies würde die Gemeinde in unmittelbarem Zusammenhang mit diesem Bau auch einen alten Wunsch der südwestlichen Bezirke Wiens dadurch erfüllen, dass die Kanalisierung von Altmannsdorf, Hetzendorf und eines Teiles des X. Bezirkes ausgebaut würde, und zwar mit einem-allerdings von der Gemeinde Wien allein zu tragenden- Kostenaufwand von 3,400.000 Schilling.

3.) Die Errichtung der Hafibrücke über den Donaukanal als Verbindung des II. Bezirkes mit dem XI. Bezirk. Der Plan des Baues ist aufgetaucht, als man die Brigittabrücke (jetzt Friedensbrücke) erneuern musste. Damals rechnete man in Hinsicht auf den schwachen Verkehr einer solchen Hafibrücke und die geringere Belastung noch mit der Möglichkeit, die alte Eisenkonstruktion der Brigittabrücke verwenden zu können. Das hat sich allerdings bei einer genaueren Untersuchung nach der erfolgten Abtragung als nicht zweckmässig erwiesen, so dass die Durchführung des Planes verzögert wurde. Später sind besondere Schwierigkeiten dadurch entstanden, dass die Bundesverwaltung im Zusammenhang mit der dort laufenden Bundesstrasse nicht erfüllbare Ansprüche stellte. Mit der Schaffung dieser Brücke lässt sich ein langgehegter Wunsch des Bezirkes Simmering erfüllen und es wird auch der Prater, insbesondere wenn einmal das Stadion fertig sein wird, dadurch zweifellos eine starke Belebung erfahren. Der Kostenaufwand wird sich auf nahezu 3 Millionen Schilling belaufen.

4.) Schliesslich soll noch die Verlängerung des an der Nordbahnbrücke befindlichen Gehsteiges über die Donauuferbahn erfolgen. Gegenwärtig müssen die Fussgeher an dieser Stelle die viergleisige Donauuferbahn übersetzen, was

Sitzungen im Rathaus.

In der nächsten Woche tritt der Wiener Stadtsenat am Dienstag, um 10 Uhr vormittags zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend daran findet eine Sitzung der Wiener Landesregierung statt.

Internationale Tagung für industriellen Feuerschutz, Unfallverhütung und Rettungswesen.

Heute nachmittags wurden die Delegierten der gegenwärtig in Wien beratenden Internationalen Tagung für industriellen Feuerschutz, Unfallverhütung und Rettungswesen in Vertretung des Bürgermeisters vom amtsführenden Stadtrat Richter im Rathaus empfangen. Verbandsobmann Ongenieur Mensig dankte dem Bürgermeister und dem Stadtrat Richter für die Auszeichnung der Begrüssung durch die Stadt Wien.

"Was diese Tagung besonders auszeichnet", sagte Stadtrat Richter, "ist die Internationalität der Tagung, an der fast alle europäischen Staaten vertreten sind. Ihre Tagung, die den edlen Gedanken der Menschlichkeit, der Hilfsbereitschaft und der Liebe zum Nächsten pflegt, ist aber auch ein Zeichen, dass die Völker nach der Zerstörung der Güter der Menschheit durch den Krieg von der Kriegspsychose zurückgefunden haben zur Menschlichkeit, zum Schutze der Menschen und der volkswirtschaftlichen Güter vor der Vernichtung."

Im Namen der Kongressteilnehmer dankte der Budapester Delegierte Staatssekretär a. D. Dr. Marinovich für die herzliche Begrüssung durch die Stadt Wien. Den Kongressteilnehmern werde die Tagung der schönen Stadt Wien und das Neue, was sie in Wien zu sehen bekamen, stets in Erinnerung bleiben. Nachdem Stadtrat Richter noch die Führer der einzelnen Delegationen begrüsst hatte, fuhren die Teilnehmer der Tagung zu einer von der Wiener Feuerwehr veranstalteten Vorführung.

Die Vergiftung in der Neubaugasse.

Zu der in einigen Blätter wiedergegebenen Meldung, dass der Unfall in der Neubaugasse durch Benützung eines Gasbügeleisens hervorgerufen worden sei, wird festgestellt, dass die Verunglückte nach ihrer eigenen Aussage ihr Gasbügeleisen zum letztenmal vor ungefähr drei Wochen benützt hat. Der Unfall kann also nicht auf Benützung des Gasbügeleisens zurückzuführen sein.

.....
vielfach mit grossem Zeitverlust verbunden ist und an dieser Kreuzungsstelle auch schon zu Unglücksfällen geführt hat. Ausserdem hat der Steg in seiner heutigen Anlage den Nachteil, dass er an einer tiefen Stelle des Handelskais endigt, sodass er schon bei kleinen Hochwässern nur schwer benützbar ist. Für diese Arbeit werden rund 150.000 Schilling aufgewendet werden müssen.

Da es sich um ausgesprochene Notstandsarbeiten handelt, wird selbstverständlich für sie die Zubilligung der produktiven Arbeitslosenfürsorge in Anspruch genommen werden. An der Ausarbeitung der Einzelprojekte wird bereits eifrigst gearbeitet und es wird hoffentlich gelingen, nach Genehmigung durch die verfassungsmässig zustehenden Instanzen der Gemeindeverwaltung noch ^{vor} Einbruch des Winters mit den Arbeiten zu beginnen.

Die Deputation dankte dem Bürgermeister und den Stadträten für ihre Bemühungen und gab der Hoffnung Ausdruck, dass es gelingen werde, die Vorarbeiten möglichst rasch zu Ende zu führen, weil jede Woche der schönen Jahreszeit kostbar ist. Wenn auch nach Ansicht der Gewerkschaften an solchen öffentlichen Arbeiten nicht genug unternommen werden können, so müsse man die vom Bürgermeister zugesagten Massnahmen doch als einen grosszügigen Plan der Gemeinde im Interesse der Industrie, des Gewerbes und vor allem der Arbeiterschaft anerkennen.

Wien, am Sonntag, den 19. Oktober 1930.

Erziehung für eine schönere Zukunft.Bürgermeister Seitz eröffnet die neue städtische Schule in der Freihofsiedlung in Kagran.

Sonntag vormittags wurde die modernste Schule Wiens, die neuerichtete Schule in der grossen Siedlung "Freihof" in Kagran, von Bürgermeister Seitz feierlich eröffnet. Viele tausend Menschen hatten sich eingefunden, um der Eröffnungsfeier beizuwohnen. Die amtsführenden Stadträte Kokrda, Richter, Speiser, Professor Dr. Tandler und Weber, Landtagspräsident Hellmann, die Nationalrätinnen Freundlich und Popp, Nationalrat Hölzl, Magistrats-Direktor Dr. Hartl, viele Gemeinderäte und Bezirksvorsteher, Mandatäre des Bezirkes und die leitenden Beamten des Stadtschulrates waren ebenfalls erschienen. Zur Eröffnungsfeier war auch Professor Dottrens, der Inspektor des österreicher Schulwesens, ein bekannter und bedeutender Pädagoge, der sich gegenwärtig in Wien aufhält, gekommen.

Das Schulgebäude und die umliegenden Siedlungshäuser waren festlich geschmückt. Als Bürgermeister Seitz auf dem Festplatz vor der Schule eintraf, wurde er mit lautem Jubel von der versammelten Menge begrüsst.

Musikvorträge einer Kapelle von Arbeitern der Elektrizitätswerke leiteten die Eröffnungsfeier ein. Dann folgte ein Chor von Kindern, die die neue Schule besuchen, und ein Begrüssungsapud einer Schülerin der ersten Klasse an den Bürgermeister, dem von anderen Schulkindern Blumensträuße überreicht wurden. Nach diesen Vorträgen, die reichen Beifall fanden, betrat der geschäftsführende zweite Präsident des Stadtschulrates Nationalrat Otto Glöckel die Rednertribüne. "Fast zwei Jahrzehnte sind vergangen," führte Präsident Glöckel aus, "seitdem das letzte Schulgebäude in Wien der Benützung übergeben wurde. Schwere, harte Zeiten sind in diesem Zeitraum eingeschlossen, Kriegs- und Nachkriegszeit; weltgeschichtliche Veränderungen haben sich vollzogen. Naheliegend war der Gedanke, dass die Jugend mit besonderer Fürsorge herangebildet werden müsse, um den Lebenskampf führen zu können, der härter und schwerer an die nach uns kommende Generation herangetreten wird, als an uns selbst. Die wissenschaftliche Forschung auf pädagogischem Gebiete hat die unsterblichen Arbeiten früherer Pädagogen wesentlich ergänzt. Es entstand in allen Kulturländern eine Bewegung, die es sich zum Ziel setzte, die Schule auf neue Grundlagen zu stellen, die Schulreformbewegung. Wir freuen uns, dass die Stadt Wien hier nicht nur zeitlich sondern auch sachlich eine führende Stellung einnimmt. (Beifall). Die dozierende Lernschule soll abgelöst werden von der Arbeitsschule, die von der Eigenart des Kindes ausgehend die körperlichen und geistigen Fähigkeiten wecken und entfalten will. Die Kinder sollen zur Selbständigkeit und zur Selbsttätigkeit gebracht werden. Wir wollen die Kinder in die soziale Gemeinschaft ^{ein-}führen und sie lehren, Rechte und Pflichten einer solchen Gemeinschaft kennenzulernen. So ist ein neuer Geist in den Schulbetrieb eingezogen, der Geist der Lernfreudigkeit. Auch dieses

.....
schlichte, einfache, auf Sachlichkeit eingestellte Haus steht im Zeichen der Schulreform. Die beiden Strassen, die das Gebäude umgeben, tragen die Namen bedeutender deutscher Pädagogen und Schulreformer, die Namen des Marburger Universitätsprofessors Dr. Paul Natorp und des Mannheimer Stadtschulrates Dr. Anton Sickinger. Selbstverständlich muss sich dieses neue Schulhaus von den bisherigen Schulhausschablonen wesentlich unterscheiden. Glas und Beton sind die wichtigsten Baumaterialien gewesen. Das Licht soll ungehindert überall eindringen können, wo Kinder sich aufhalten. Breite Gänge sollen volle Bewegungsfreiheit gestatten; dazu soll auch eine Terrasse und der Schulgarten in seinem Nebenzweck dienen. Jedem Unterrichtsraum führen eigene Luftschläuche Frischluft zu, die im Winter besonders vorgewärmt ist. Das Podium ist verschwunden; der Lehrer tritt in den Schülerkreis ein. Die Polizeiautorität, die manchmal bis zum Prügeln führte, ist ersetzt durch die Autorität des Führers, des Freundes der Jugend. Verschwunden sind die Bänke; Tische und Sessel treten an ihre Stelle. Der Turnsaal findet seine Ergänzung in einem Turnplatz und in einem Schülerbad, der Zeichensaal ist erweitert durch eine Zeichenterrasse. Der Physiksaal ist mit Arbeitstischen ausgestattet, die das Schülerexperiment ermöglichen. Eine ganz neue Einrichtung ist der Saal für den Elternverein. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, Schule und Haus unmittelbar aneinander zu führen, nicht nur theoretisch davon zu sprechen. So soll eine Erziehungsgemeinschaft hergestellt werden zwischen Eltern und Lehrern. Die Schule soll kein kaltes Amtshaus sein, sie soll eine Heimstätte sein für Kinder, für Eltern und für Lehrer. Es ist ein Musterschulhaus, das da errichtet worden ist, ein Haus ernster Erziehungsarbeit, ein Haus freudigen Erlebens und Schaffens. Freudig sollen die Kinder Tag für Tag die Schulpforte überschreiten und freudig und dankbar sollen sie sich in späterer Zeit zurückerinnern an dieses Haus. Dann sollen sie sagen können, dass sie in dieser Schule die glücklichsten Stunden ihres Lebens verbringen konnten. Liebevolle Sorge der Eltern, pflichtgemässe Arbeit der Lehrer und volle jugendliche Aufnahmefähigkeit der Kinder sollen sich verbinden, damit aus diesem Hause sittlich gefestigte Menschen und überzeugte Republikaner hervorgehen." (Langanhaltender Beifall).

Nach Präsident Glöckel sprach Bezirksvorsteher Bretschneider Worte der Begrüssung und des Dankes. Der Tag der Eröffnung der neuen Schule sei ein Festtag für Kagran. Die grosszügige Wohnbautätigkeit der Gemeinde, die in diesem Bezirksteil eine grosse Siedlung, aber auch bedeutende Wohnhausanlagen geschaffen hat, sei nun durch dieses schöne, zweckmässige Schulhaus ergänzt. Die Bevölkerung des Bezirkes sei dankerfüllt; sie danke vor allem dem Bürgermeister (lauter Beifall), dem Gemeinderat, dem Stadtsenat, insbesondere dem Finanzreferenten Stadtrat Breitner (Beifall), aber auch dem unermüdlichen zweiten Präsidenten des Stadtschulrates Nationalrat Glöckel (Beifall) und allen, die an dem Werk mitgearbeitet haben. Die Bevölkerung wolle ihre ganze Kraft in den Dienst der Allgemeinheit stellen, sie stehe treu an der Seite der Gemeindeverwaltung, damit das grosse Aufbauwerk des neuen Wien weitergeführt und vollendet werden könne. Der Obmann des Elternvereines Bader drückte die Freude der Elternschaft an dem neuen Schulhause aus. Erst durch Schaffung der Schulreform seien die Elternvereine ins Leben gerufen worden, erst dadurch sei die Verbindung zwischen Elternschaft und Schule hergestellt. Die

.....
 Eltern danken für das neue Werk und wollen aus innerster Ueberzeugung mitarbeiten an der Reform der Schule, an dem Aufbauwerk der Stadtverwaltung.

Eine Hauptschülerin trug dann ein Gedicht vor, in dem das Werk der Schul- und Erziehungsreform behandelt wird. Dann begann, lang bejubelt, Bürgermeister Seitz die Eröffnungsrede. "Es ist das erste Schulhaus," sagte der Bürgermeister, "das wir seit zwanzig Jahren wieder in Wien errichten. Dieses Schulhaus ist der erste Bote einer neuen Zeit. Nun soll, wie wir hoffen, das grosse Werk des Wohnbaues für alle ergänzt werden; nun sollen, ein Zeichen der innigen Verflochtenheit sozialen Geschehens mit der Schule, neue Schulgebäude errichtet werden, Schulgebäude, die den Anforderungen der modernen Didaktik voll entsprechen. Was uns heute an der Methode der neuen Schule besonders fesselt, ist die Tatsache, dass der Lehrstoff an die Kinder nicht rein begrifflich, rein geistig herangebracht wird, sondern dass sie die Lehre erarbeiten und dass dieses Erarbeiten nicht eine Sache des einzelnen Individuums, sondern ein gesellschaftliches Erarbeiten ist. Zwei grosse Ideen werden hier verwirklicht: Arbeit und soziales Geschehen. So ist die Schule durch diese Methode ein Vorbote des Lebens, so erzieht sie das Kind zur Achtung vor der Arbeit, so erzieht sie es zum sozialen Menschen. Auf keinem Gebiet hat man einen so ungeheuren Fortschritt gemacht wie hier und es ist gar nicht abzusehen, wohin der Weg noch geht. Und doch ermüdet niemand, ist man sich immer bewusst, dass man nicht weit genug gehen kann, dass die ganze Kraft des Volkes einzusetzen ist für die Bildung und Erziehung unserer Kinder. (Lauter Beifall). Die Generation von heute hat Furchtbares erlebt und jeder Tag erinnert uns an die furchtbare Zeit des Krieges, an die Zeit der Gewalt, an die Zeit des Menschenmordens, des Siechtums der Menschen. Noch sehen wir die Reste dieser Zeit unter uns wandeln- und doch gibt es noch eine nicht geringe Zahl von Menschen, die der Ideehuldigung, die uns das Scheusslichste ist, der Idee der Gewalt. Nur mit Grauen und Entsetzen können wir uns vorstellen, was es bedeuten würde, wenn die künftige Generation eingestellt wäre auf die Idee der Gewalt, sei es der Gewalt der Nationen gegen einander, sei es der Gewalt zur Austragung der Interessengegensätze innerhalb der Nation. Zurückschauend auf die Zeit der Gewalt, zurückschauend auf den furchtbaren Krieg, rufen wir allen zu: Rettet die Kinder, rettet sie nicht nur aus dem physischen Elend, aus den Kriegsfolgen, rettet sie vor der furchtbarsten, der kulturwidrigsten Idee, rettet sie vor der Idee der Gewalt! Erzieht Eure Kinder zu körperlich tüchtigen Menschen, die aber ihre körperliche Tüchtigkeit nur in den Dienst der Gesamtheit, in den Dienst der Liebe zu den Menschen stellen wollen! Erzieht Eure Kinder nicht zur Gewalt, sondern zum Geist, zur Liebe zu den Menschen, erzieht sie zur Demokratie, für Euer Vaterland, für die Republik Oesterreich! Wir schauen hier ein horribles Bild: Die freie Siedelung, in der die Kinder in Sonne, Luft und Licht aufwachsen, und daneben dieses Schulgebäude, das nicht mehr ein Haus peinlicher Arbeit sein soll, wie man es in alter Zeit vom Schulhaus sagte, sondern ein Haus der Freude, als wollte es uns immer sagen: "Kommt, lasst uns den Kindern leben!" (Stürmischer Beifall). Was sich hier in Wien vollzieht, vollzieht sich zum Glück bei allen Völkern der Erde; eine weitausgreifende Schul- und Erziehungsreform hat alle Völker der Erde erfasst. Mag auch der Kalender uns sagen, dass es Herbst ist, es ist ein Frühlingstag, den wir hier feiern. Wir sehen die Sonne erstrah-

.....

len über einem glücklicheren Geschlecht der Zukunft, über einem Geschlecht, das nicht die Gewalt kennt, sondern nur den Geist, nicht den Hass, sondern die Liebe, über einem Volk, das nur Arbeit zum Wohle der Mitmenschen will. In diesem Geiste wollen wir hüten und aufziehen, was uns das Teuerste ist, die künftige Generation, unsere Kinder! Wirken wir alle zusammen, um die künftige Generation vor dem Schicksal zu bewahren, das wir durchmachen mussten. Erziehen wir die Kinder nicht für jetzt, erziehen wir sie für die Zukunft! Einer der grössten Pädagogen sagt: "Was für die Zeit erzogen wird, wird schlechter als die Zeit." Wir aber wollen die Kinder erziehen für eine glücklichere Zukunft. Das können wir erreichen, wenn wir alle, ohne Unterschied der Partei, ohne Unterschied der Weltanschauung eng zusammenwirken, um die Jugend aufwachsen zu lassen in dem Gedanken der Freiheit, der Liebe zu den Menschen, in dem Gedanken der Demokratie. Der Jugend, die diese Schule besucht, wünschen wir, dass sie alle körperliche Ertüchtigung und alle geistige Bildung erlange, die sie ihren Fähigkeiten gemäss erlangen kann und die ihr die Schule zu bieten vermag. Den Kindern Wien aber wünschen wir, dass solcher Schulen immer mehr erstehen, dass die Schule Wiener immer mehr mustergültig werde in der Welt, ein weithin leuchtendes Beispiel, wie man durch einträchtiges Zusammenwirken das Beste schaffen kann, eine gute Schule. In diesem Geiste wollen wir das Schulhaus eröffnen, in diesem Geiste wollen wir weiterarbeiten! Wir übergeben dieses Haus den Eltern, den Lehrern, die hier wirken, und den Kindern als ein Geschenk der Liebe der Gemeinde zu ihnen allen." (Brausender, nicht endenwollender Beifall, Hochrufe auf den Bürgermeister und auf die Stadt Wien).

Nach einem neuerlichen Vortrag des Kinderchores dankte Bürgermeister Seitz allen, die an der Feier mitgewirkt hatten, aber auch allen Mitarbeitern an dem neuen Schulgebäude. Vor allem gedachte der Bürgermeister dabei des zweiten Präsidenten des Stadtschulrates Glöckel, der in jahrzehntelanger Arbeit für die Schulreform trotz aller Widerstände allen Pädagogen als leuchtendes Beispiel vorangegangen sei. Mit lautem, langanhaltendem Beifall schloss sich die versammelte Menge diesem Danke des Bürgermeisters an.

Mit einem Musikvortrag der Kapelle der Elektrizitätswerksarbeiter schloss die feierliche Eröffnung der neuen Schule. Bürgermeister Seitz, Präsident Glöckel und alle Festgäste besichtigten darauf das neue Gebäude, wobei die moderne, zweckmässige und schöne Einrichtung volle Würdigung fand.

.....

Warnung vor dem Genusse rohen Schweinefleisches.

Abermals ist ein Fall einer Erkrankung an Trichinose vorgekommen. Dieser Fall beweist, dass leider die wiederholte Warnung vor dem Genusse rohen Schweinefleisches nicht genügend beachtet wird. Es muss daher neuerlich vor dem Genuss rohen Schweinefleisches gewarnt werden. Gründliches Kochen oder Braten des Schweinefleisches bietet den zuverlässigsten und sichersten Schutz gegen die Trichinenkrankheit.

.....

Sitzungen der Bezirksvertretungen Wieden und Favoriten.

Am Dienstag, den 21. Oktober, findet um halb fünf Uhr nachmittags eine öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Wieden statt.

Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Favoriten findet am Freitag, den 24. Oktober, um 4 Uhr nachmittags statt.

Wien, am Montag, den 20. Oktober 1930.

Ein französisches Urteil über Wien.Der Präsident der internationalen Vereinigung beratender Ingenieure über
die Sozialpolitik der Wiener Gemeindeverwaltung.

Der Präsident der internationalen Vereinigung beratender Ingenieure, L. Prangey (Paris), der vor einigen Wochen anlässlich des Wiener Kongresses der beratenden Ingenieure die Wohlfahrtseinrichtungen und namentlich die Wohnhausbauten der Gemeinde Wien eingehend besichtigte, hat an Bürgermeister Seitz ein herzliches Schreiben des Dankes und der Anerkennung gerichtet. Aus dem Schreiben des Präsidenten Prangey, dessen Anerkennung für die Werke der Volkswohlfahrt in Wien umso bedeutsamer ist, als Präsident Prangey ein Fachmann von internationalem Ruf ist, seien die folgenden Stellen wiedergegeben, die deutlich zeigen, wie ernst und hoch die Arbeiten der Wiener Gemeindeverwaltung auf sozialpolitischem Gebiet in ausländischen Fachkreisen eingeschätzt werden:

"Vierundfünfzig Jahre industrieller Praxis, während derer ich un-
aufhörlich in ständigem Kontakt mit der Arbeiterklasse war," schreibt Präsi-
dent Prangey, "haben mir erlaubt, festzustellen, wie elend im allgemeinen ihr
Lage war, insbesondere zu Beginn meiner Laufbahn. Sie können sich daher denken,
Herr Bürgermeister, wie sehr ich glücklich war, den Erfolg Ihres Werkes fest-
stellen zu können und zu erfahren, dass dieses Werk weitergeführt werden
wird. Aus einem Versuch ist heute bereits eine Verwirklichung geworden. Ich gla-
be nicht, dass die Kritiken ihrer sozialen Aktion, - ich spreche von den ernst
zunehmenden, denn jene, die ihre Argumente aus dem Neid und der systematische
Verleumdung ziehen, verdienen keine Prüfung, - Ihrem Werk ein Hindernis berei-
ten können. Die Verbesserung der Existenzbedingungen der Enterbten des Glücks
wird von allen Vernünftigen als unumgänglich notwendig betrachtet. Sie haben
die Mittel zur Errichtung dieses Zwecks gefunden und wenden sie in der rüh-
rendsten und gleichzeitig auch wirksamsten Weise an, indem Sie Ihre Hauptsorge
den Kindern zuwenden. Man hat Ihnen die beträchtlichen Auslagen zum Vorwurf
gemacht, die die Anwendung der von Ihnen erdachten und gewählten Methode er-
fordert. Man muss aber doch in Betracht ziehen, dass Sie das Problem, dessen
Lösung Sie sich vorgenommen haben, von der einzigen Seite in Angriff genommen
haben, die eine vollständige und dauernde Lösung ermöglicht, indem Sie die
Kinder schon im jüngsten Alter in die besten Verhältnisse setzen, um aus ihnen:

.....
 starke und gesunde Wesen mit jenen moralischen Qualitäten zu machen, die für die Gesellschaft der Menschen notwendig sind. Die Generationen, die Sie in solcher Weise für das Leben vorbereiten, müssen die Bemühungen würdigen, die für ihr moralisches, intellektuelles und physisches Wohlsein gemacht werden. Und auch jener Teil der Wiener Bevölkerung, dem Sie gegenwärtig die notwendigen Opfer auferlegen, wird eines Tages anerkennen, dass diese Opfer nicht umsonst gebracht worden sind, sondern wertvolle Mitarbeiter geschafften haben, dem Elend und der Ungerechtigkeit einen Wall entgegenzusetzen."

.....
Ausgezeichnetes Ergebnis der in der Hauptkampfbahn des Stadions durchgeführten Probelastungen.

In den letzten Tagen wurde vom Stadtbauamte unter Mitwirkung des Herrn Professors Dr. Ingenieur Saliger der Technischen Hochschule in Wien eine Reihe scharfer Erprobungen der Eisenbetonkonstruktion der Hauptkampfbahn des Stadions durchgeführt. Diese Erprobungen beschränkten sich nicht nur darauf, die künftige Belastung durch Menschen durch Auflegung einer gleich schweren Ziegelbelastung zu ersetzen, sondern gingen über die künftige Menschenbelastung wesentlich hinaus. Selbst bei einer Ueberschreitung um 50 Prozent hat das Eisenbetontragwerk ein ausgezeichnetes Verhalten bekundet, die Durchbiegungen blieben kleiner als ein halbes Millimeter. Um nun den wirklichen Verhältnissen noch näher zu kommen, wurden nach Abräumung der Ziegenbelastung 321 Mann der Gemeindewache auf einen bestimmten Teil so eng wie möglich gestellt. Die Gemeindewachmänner bemühten sich, durch kräftige Bewegungen jene Erschütterungen in das Bauwerk zu bringen, die etwa von einer enthusiastischen Zuschauermenge erwartet werden können. Auch unter dieser Belastung, die über den tatsächlich zu erwartenden Belastungsfall weithinausgeht, hat das Bauwerk sich vorzüglich gehalten, ohne eine Spur von Ueberanstrengung oder auch nur die feinste Rissbildung erkennen zu lassen.

Es kann daher gesagt werden, dass das in seiner Art ganz hervorragende, erstmalig in Eisenbeton hergestellte, gewaltige Bauwerk als vollkommen gelungen zu bezeichnen ist.

.....
Sitzung der Bezirksvertretung Wieden.

Morgen, Dienstag, tritt um halb fünf Uhr nachmittags die Bezirksvertretung Wieden zu einer öffentlichen Sitzung zusammen.

.....
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

Im Laufe dieser Woche wird auf dem Siegesplatz in Floridsdorf die neueingerichtete elektrische Strassenbeleuchtung in Betrieb gesetzt. Die Aufträge zur Einrichtung der elektrischen Beleuchtung in der Onno Kloppgasse der Rupertgasse, der Weinzierlgasse, der Jenullgasse und der Leegasse in Hietzing und in der Zrinyigasse in der Brigittenau sind bereits vergeben worden. Binnen kurzem werden daher auch die angeführten Strassen elektrisch beleuchtet sein.

.....
Ablenkung des Bahnhofrundverkehrs.

Wegen verschiedener Arbeiten an der Oberleitung der städtischen Strassenbahnen auf dem Margaretengürtel wird der Bahnhofrundverkehr in der Nacht vom 21. zum 22. Oktober vom Neubaugürtel über den inneren Mariahilfergürtel-Gumpendorferstrasse-Reinprechtsdorferstrasse -Matzleindorfer-Platz zum Margaretengürtel geleitet. Die Ablenkung gilt für beide Fahrrichtungen.

.....
Abendkurs für Hausgehilfinnen.

In der Haushaltungsschule der Stadt Wien, Mariahilf, Brückengasse 3, beginnen am 1. November 1930 Abendkurse für Hausgehilfinnen. Unterrichtet wird Kochen, Weissnähen und Kleidermachen. Auskünfte erteilt die Haushaltungsschule der Stadt Wien.

.....
Mütterschule der Stadt Wien.

An der Mütterschule der Stadt Wien, Landstrasse, Petrusgasse 10, und Meidling, Dörfelstrasse 1, finden sechswöchentliche Kurse statt. Der erste Kurs behandelt das Thema "Der Säugling", während der zweite Kurs sich mit dem Thema "Kindheit und Jugend" beschäftigt. Einschreibungen sind in der Haushaltungsschule der Stadt Wien, Mariahilf, Brückengasse 3, vorzunehmen.

.....
Führung im Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien.

Morgen, Dienstag, findet um 6 Uhr abends bei freiem Eintritt eine allgemeine Führung im Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien, Neues Rathaus, Eingang Rathausplatz, statt.

.....

Der Strassenbahnunfall in der Sieveringerstrasse.

Im städtischen Unternehmungsausschuss erstattete heute die Direktion der städtischen Strassenbahnen über den Strassenbahnzusammenstoss am Sonntag in der Sieveringerstrasse folgenden Bericht:

Sofort nach dem Unfall wurde der Triebwagen untersucht und die elektrische und mechanische Bremseinrichtung vollkommen in Ordnung befunden. Die Nachrichten über die vollständige Demolierung der Plattform des Triebwagens, der in den vor ihm fahrenden Triebwagen hineingefahren ist, sind unrichtig; das geht schon aus der Tatsache hervor, dass der Wagen mit eigener motorischer Kraft in den Bahnhof Grinzing befördert werden konnte.

Die von der Aufsichtsbehörde angeordnete, achtmal im Jahre durchzuführende gründliche Untersuchung der Triebwagen wurde an diesem Wagen erst am 15. Oktober d. J. vorgenommen und ergab ein einwandfreies Resultat. Ausserdem wurde der Triebwagen durch die sogenannte fliegende Bremskommission, die alle Bahnhöfe, und zwar schon seit Jahren, periodisch abgeht, zuletzt am Tage vor dem Unfall fachmännisch untersucht. Diese Untersuchung ergab ebenfalls die einwandfreie Beschaffenheit der Bremseinrichtungen.

Nach dem Ergebnis der bisherigen Erhebungen scheint der Unfall zweifellos durch die zu grosse Fahrgeschwindigkeit und durch das durch den Laubfall und den feuchten, schlechten Schienenzustand begünstigte Rädergleiten in dem grossen Gefälle der Sieveringerstrasse hervorgerufen worden zu sein.

Der Fahrer hat am Sonntag um 16 Uhr seinen Dienst angetreten; er stand also zur Zeit des Unfalles erst eindreiviertel Stunden im Dienste. Er konnte bisher von der Direktion der städtischen Strassenbahnen nicht einvernommen werden.

.....

Trauersitzung des Wiener Gemeinderates.

Bürgermeister Seitz hat anlässlich des Ablebens des Stadtrates Karl Rummelhardt den Wiener Gemeinderat zu einer Trauersitzung für Mittwoch, den 22. Oktober, 11 Uhr vormittags einberufen.

.....

Wien, am Dienstag, den 21. Oktober 1930.

Trauerkundgebung im Wiener Stadtsenat.

Am Beginne der heutigen Stadtsenatssitzung gedachte Bürgermeister Seitz des tragischen Todes des Stadtrates Rummelhardt und würdigte das Wesen und die Verdienste des Mannes, der durch fast zwei Jahrzehnte in der Gemeindeverwaltung in verschiedenen Formen hingebungsvoll und erfolgreich gewirkt hat. Die Gemeindeverwaltung seiner Vaterstadt werde ihm stets ein dankbares Andenken bewahren.

Trauersitzung des Wiener Gemeinderates.

Morgen, Mittwoch, tritt um 11 Uhr vormittags der Wiener Gemeinderat zu einer Trauersitzung zusammen, die von Bürgermeister Seitz anlässlich des Ablebens des Stadtrates Karl Rummelhardt und des Gemeinderates Berthold Alt einberufen wurde.

Amerikanischer Radiovortrag über Wien.

Frau Grace Abbott, Vorstand der Abteilung für Jugendfürsorge im Arbeitsamt der Vereinigten Staaten, hielt sich vor einiger Zeit in Wien auf und besichtigte in der eingehendsten Weise die Werke des neuen Wien. In einer Zuschrift vom 1. Oktober teilt sie aus Washington mit, dass sie über die ausgezeichneten Jugendfürsorgeeinrichtungen und Wohnhausbauten Wiens einen Vortrag im Radio gehalten habe. Frau Grace Abbott schilderte in diesem Vortrag den tiefen Eindruck, den die grosszügigen Schöpfungen auf sie gemacht haben, deren Vollkommenheit zeige, dass wirklich ganze Arbeit geleistet wurde. Dieses Urteil einer den österreichischen Parteistreitigkeiten vollkommen entrückten Amerikanerin, die an der Spitze einer der wichtigsten Abteilungen des Arbeitsamtes der Vereinigten Staaten steht, ist wohl das ehrenvollste Zeugnis, das einer europäischen Stadtverwaltung ausgestellt werden kann.

Der Allerheiligenverkehr der städtischen Strassenbahnen.

Ausser der Strassenbahnlinie 71, die von der Wallfischgasse über den Rennweg zum Zentralfriedhof verkehrt, werden auch houer in den Tagen um den 1. und 2. November andere Strassenbahnlinien direkt zum Zentralfriedhof geführt werden.

Am Samstag, den 25. Oktober, wird vormittags und nachmittags die Linie 74 von der Landstrasse-Hauptstrasse zum Zentralfriedhof verkehren, nachmittags

.....
ausserdem die Linie 6 von der Geiselbergstrasse zum Zentralfriedhof.

Am Sonntag, den 26. Oktober, werden ganztägig die schon angeführten Linie 6 und 74 und ausserdem eine Reihe anderer Linien direkt zum Zentralfriedhof geführt werden, und zwar die Linie 29 von der Taborstrasse, die Linie 33 von der Klosterneuburgerstrasse, die Linie 35 von der Viriotgasse, Franz Josefs-Bahn, die Linie 42 von der Kreuzgasse, die Linie 46 von der Thaliastrasse und die Linie⁶³ von der Geiselbergstrasse; nachmittags werden überdies ausser der Linie 18 die Linie 41 von der Gersthoferstrasse und die Linie 43 von Hernals zum Zentralfriedhof geführt.

Am Montag, den 27. Oktober, und am Dienstag, den 28. Oktober, werden ganztägig die Linien 6 und 74, nachmittags ausserdem die Linie 35 verkehren.

An den beiden darauffolgenden Tagen, am Mittwoch, den 29. Oktober, und am Donnerstag, den 30. Oktober, werden ebenfalls ganztägig die Linien 6 und 74, nachmittags ausserdem die Linien 18 und 35 zum Zentralfriedhof geführt werden.

Am Freitag, den 31. Oktober, werden ganztägig wieder die Linien 6 und 74, nachmittags ausserdem die Linien 18, 33, 35 und 43 zum Zentralfriedhof verkehren.

Schliesslich werden an den Tagen des stärksten Friedhofverkehrs, am Samstag, den 1. November, und am Sonntag, den 2. November, die schon erwähnten Linien 6, 18, 29, 33, 35, 41, 42, 43, 46, 63 und 74 und ausserdem noch die Linie 13 vom Margaretenplatz und die Linie 22 von der Praterstrasse ganztägig zum Zentralfriedhof geführt werden.

Am Montag, den 3. November, endlich werden ebenfalls ganztägig die Linien 6, 18, 33, 35 und 74, nachmittags ausserdem die Linien 42, 43 und 63 zum Zentralfriedhof verkehren.

Der Verkehr der Strassenbahnlinie F wird am Samstag, den 1. November, und am Sonntag, den 2. November, während der ganzen Betriebsdauer aufgelassen. A. Ersatz für diese aufgelassene Linie werden an den beiden Tagen in der Währingerstrasse die Pendellinie 42, die vom Schottenring über die Währingerstrasse Kreuzgasse führt, und in der Landstrasse Hauptstrasse die Pendellinie 74, die von der Wollzeile über die Landstrasse Hauptstrasse nach St. Marx, bzw. zum U Zentralfriedhof führt, eingerichtet werden. Der Verkehr der Linie 72, die nach Schwechat führt, wird am 26. und 31. Oktober und am 1., 2. und 3. November in der Zeit von 14 bis 18 Uhr gänzlich eingestellt sein.

Wien, am Mittwoch, den 22. Oktober 1930.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 22. Oktober 1930.

Der Wiener Gemeinderat trat heute um 11 Uhr vormittags anlässlich des Ablebens des Stadtrates Karl Rummelhardt und des Gemeinderates Berthold Alt zu einer Trauersitzung zusammen. Die Plätze der beiden verstorbenen Gemeinderatsmitglieder waren schwarz drapiert und mit je einem Lorbeerkranz geschmückt.

Sofort nach Eröffnung der Sitzung hielt Bürgermeister Seitz den beiden verstorbenen Gemeinderatsmitgliedern folgenden Nachruf, der vom Hause stehend angehört wurde:

Zu ungewöhnlicher Zeit und in ausserordentlicher Weise tritt der Wiener Gemeinderat zusammen. Es ist ein schwerer Schicksalsschlag, der uns getroffen hat. Nahezu gleichzeitig hat der unerbittliche Tod zwei Männer unserem Kreise entrissen. Am Samstag, den 18. Oktober, schied Gemeinderat Berthold Alt von uns und -man kann fast sagen, wenige Stunden darnach- am Sonntag, den 19. Oktober, Stadtrat Karl Rummelhardt, beide fast im gleichen Alter, beide fast an der gleichen Krankheit.

Stadtrat Rummelhardt, ein gebürtiger Wiener und auch sonst nach seiner ganzen Wesensart ein Wiener, im Jahre 1872 geboren, ist schon in jungen Jahren, angeregt durch seine amtliche Tätigkeit als Lehrer, ins öffentliche Leben getreten, um mitzuhelfen bei der Verwaltung des Erziehungs- und Unterrichtswesens der Stadt, dann, weiter ausholend, bei Lösung der Erziehungsfragen der reiferen Jugend. Er hat sich dem Fortbildungsschulwesen gewidmet, wobei er bald die innige Verflochtenheit alles Sozialgeschehens erkennend, noch weiter auszuholen hatte auf die Probleme der Stadtverwaltung überhaupt, und von diesem Gesichtspunkt aus gezwungen war, immer weiter in das politische Getriebe zu kommen zu universeller Tätigkeit.

Rummelhardt ist daher schon in frühen Jahren in öffentliche Körperschaften eingetreten, in den Bezirks- und Landesschulrat. Er kam dann im Jahre 1914 in den Gemeinderat der Stadt Wien, berufen von dem Vertrauen der Wähler des IX. Bezirkes. Er kam dann nach der Revolution in der neuen Verfassung sofort in den Stadtrat, in den Stadtsenat und im weiteren Verlaufe in die Landesregierung. Er hat sich vor allem den Fragen der Reform der Verwal-

.....
tung und den Personalfragen zugewendet, offenbar schon aus seiner sozialpolitischen Gesinnung heraus, aus dem redlichen Streben zu helfen, wo er helfen könne. Wir haben ihn hier im Plenum als Redner voll Temperament gesehen, der mit Schwung und mit Tatkraft seine Sache führte, anderseits in der stillen Stube des Stadtsenates und der Landesregierung bei streng sachlicher Arbeit in streng objektiver Betrachtung: immer seiner Natur gemäss lebendig, scharf, temperamentvoll, dort, wo zu kämpfen war, sachlich, ruhig und objektiv, wo es galt, als Hoheitsverwaltung unparteiisch ein Amt zu führen.

So wird er uns in der Erinnerung bleiben als ein liebenswerter Kollege, als ein edler Mensch.

Berthold Alt, ein Arbeiter, ein Schlosser, ein Mann, der in früher Jugend schon die Härten und den Ernst des Lebens kennen lernen musste, kam fast als Kind aus seiner mährischen Heimat nach Wien und ist hier ein echter Wiener geworden, ein Wiener, den die Wiener Arbeiter seit Jahrzehnten schätzen und ehren ein Mann, der mit tiefem Verständnis für die sozialen Fragen sich der Vertretung der gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft gewidmet hat; ein Mann, der in einem Arbeiterbezirk an einer verantwortungsvollen Stelle in Stille und Ruhe durch Jahrzehnte gewirkt hat, keiner von denen, die sich vordrängen, die weithin leuchten wollen, sondern ein stiller, sachlicher Arbeiter; aber ein Mann von ernstem Fleiss und unerschütterlicher Gewissenhaftigkeit, von einer unerschütterlichen Zähigkeit in der Verfolgung seiner Ziele im Grossen, wie er auch im Kleinen, in seinem engeren Wirkungskreis, ein zielsicherer und verantwortungsvoller Arbeiter war.

Berthold Alt ist im Jahre 1919 in den Wiener Gemeinderat eingetreten und wir haben ihn alle schätzen gelernt in seinem Spezialgebiet des Ernährungs- und Wirtschaftswesens der Gemeinde, wo er Gelegenheit hatte, die in seinem späteren Beruf als Verwalter eines grossen Unternehmens gewonnenen Erfahrungen und Kenntnisse in nutzbringender Weise zu verwerten.

Wir werden Berthold Alt, diesem stillen, ruhigen Mitarbeiter, ein ehrendes Andenken bewahren.

So sehen wir zwei Männer aus unserer Mitte scheiden, weit entfernt voneinander nach ihrer Weltanschauung, nach dem politischen System, dem sie dienten, man könnte fast sagen, auch nach ihren Lebensformen, aber jeder in seiner Art besetzt von der Hingebung für eine grosse Idee, arbeitend an dem Werke des Aufbaues der Stadt, arbeitend jeder nach seiner Art und nach seinem besten

.....
Wissen und Gewissen im Dienste der Gesamtheit, im Dienste des Volkes von
Wien.

Wie oft mögen sie miteinander im Streite gelegen sein, wie oft mag
einer dem anderen Vorwürfe gemacht haben. Der Streit muss ^{sich} nicht immer in ge-
wissen äusseren Formen vollziehen, er kann oft auch ein innerer Streit sein,
den der einzelne vielleicht schwerer empfindet. Wie oft gehen die Menschen,
die so zu wirken und zu kämpfen verpflichtet sind, mit Groll im Herzen aus-
einander. Wie mancher mag in seiner letzten Lebensstunde bereuen, diesen Groll
getragen, nicht wieder gut gemacht zu haben, was geschehen war, scheiden zu
müssen, ohne versöhnt zu sein, und wie mancher von den Ueberlebenden mag sich
sagen, wie schön es wäre, wenn er von dem anderen ohne Groll geschieden wäre.

An der Bahre endet der Streit, wir erinnern uns des gleichen Schick-
sals aller Sterblichen, wir gedenken der Solidarität aller Glieder des Vol-
kes. Unser Schicksal ist kämpfen zu müssen, mögen wir es immer so tun, dass
wir einander in der Stunde des Todes keinen Vorwurf zu machen haben. Wir sehen
nur mehr den Menschen in seiner Schwäche, den Menschen in seinem Willen, zu
überwinden, was an Schwierigkeiten entgegensteht, den Menschen in seinem Ent-
schluss und in seinem Streben, der Gesamtheit zu dienen und die Lebensformen
der Menschheit so zu gestalten, wie er es am besten befindet. Vor der Majes-
tät des Todes gedenken wir dessen, was uns alle verbindet: des Willens, dem
Ganzen zu dienen und unser Volk emporzuführen zu höheren Formen der Wirt-
schaft und des Lebens.

Zwei Männern der Arbeit danken wir und widmen ihnen Erinnerung,
zwei Männern, die stets in ihrer Art das Beste gewollt und mit uner-
müdlicher Kraft dafür gewirkt haben.

Nach diesem Nabhruf schloss Bürgermeister Seitz um 11 Uhr 20
Minuten die Sitzung.

Das Beileid der Stadt Wien zu dem Bergwerksunglück im Aachener Gebiet.

Aus Anlass des furchtbaren Grubenunglückes in Alsdorf bei Aachen hat Bürgermeister Seitz namens der Stadt Wien an den Oberbürgermeister der Stadt Aachen ein Telegramm gerichtet, das folgenden Wortlaut hat:

"Die Stadt Wien, in tiefem Schmerz mit der Stadt Aachen und dem ganzen deutschen Volke verbunden, bittet Sie, anlässlich des furchtbaren Unglückes, das sich nahe Ihrer Stadt ereignet hat, ihres innigsten Mitempfindens versichert zu sein."

Studienreise ausländischer Reisebürobeamter nach Wien.Empfang im Rathaus.

Ueber Anregung und Einladung der Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich hat eine Reihe von Schalterbeamten internationaler Reisebüros eine Studienreise nach Wien unternommen. Die Bedeutung einer solchen Studienreise, die es den Reisebeamten fremder Staaten ermöglicht, aus eigener Anschauung die Stadt und ihre Sehenswürdigkeiten kennen zu lernen, hat die am Fremdenverkehr interessierten Kreise bewogen, die Reise tatkräftigst zu unterstützen.

Heute mittags wurden die ausländischen Schalterbeamten im Rathaus empfangen. In Vertretung des Bürgermeisters begrüßte Vizebürgermeister Emmerling die ausländischen Gäste. "Ihre Bedeutung", sagte Vizebürgermeister Emmerling, "weiss ich jetzt besonders zu schätzen, da ich gerade von einer langen, ununterbrochen 11 Tage währenden Reise von Amerika nach Wien zurückgekehrt bin. Der Mensch, der die Welt bereist, ist besonders aufnahmefähig. Ihm muss genau Auskunft gegeben werden, er muss über alles Bescheid erhalten, was ihm zunutze ist. In unserer raschlebigen Zeit genügen nicht Bänder und ähnliche Bücher für den Reiseverkehr. Es bedarf des persönlichen Rates, der, wenn er von eigener Erfahrung unterstützt ist, noch grössere Bedeutung hat. Ich will hoffen, dass Sie viel von unserer Stadt sehen und so aus eigener Erfahrung die Reisen beraten können."

Für die Teilnehmer an der Studienreise dankte Direktor Berger (Prag) dem Vizebürgermeister für den herzlichen Empfang und für die Aufnahme in der Stadt Wien.

Wien, am Donnerstag, den 23. Oktober 1930

Ein hunderjähriger Wiener.Bürgermeister Seitz besucht den Jubilar.

Heute vormittags feierte in seinem Altwienerhaus in der Luftgasse in Margareten der Kassenfabrikant Karl Polzer seinen hundertsten Geburtstag. Karl Polzer kam im Jahr 1850 aus Mähren nach Wien, erhielt 1874 das Bürgerrecht und war durch seine Schiefer- und Ziegeldeckerei, später auch durch seine Kassenfabrik in der Wiener Geschäftswelt wohl bekannt. Für seine Verdienste, die er sich auf gewerblichem und auf dem Gebiete der Wohltätigkeit erworben hatte, wurde er zum kaiserlichen Rat und zum Hoflieferanten ernannt; aber auch in der Republik hat Karl Polzer, der in den schwierigsten Zeiten des Krieges und in der Nachkriegszeit seine wirtschaftlichen Unternehmungen aufrecht zu erhalten wusste, seinen Mann gestellt. Der Hundertjährige, der frisch und rüstig die Vorgänge in seiner Umwelt verfolgt, war schon gestern und namentlich heute, an seinem hundertsten Geburtstag, Gegenstand zahlreicher Ehrungen und Gratulationen.

Der seltene Anlass der Feier des hundertsten Geburtstages eines Lebenden bewog Bürgermeister Seitz, trotz seiner Arbeitsüberbürdung dem Jubilar die Glückwünsche der Stadt Wien persönlich zu überbringen. Bürgermeister Seitz, der der Einfahrt des Fabrikshauses vom Sohne des Jubilars, Kommerzialrat Polzer, empfangen wurde, fand den Hundertjährigen, im Lehnstuhl sitzend, im Kreise seiner Familie in einem alten Wiener Heim. Zahlreiche Blumensträuße, Blumenkörbe und Geburtstagskuchen füllten das festlich geschmückte Zimmer, das in seinem ganzen Milieu das Bürgertum und die Gewohnheiten der Wiener Bürgerkreise von ehede verkörpert.

Der Bürgermeister, der den Jubilar in sehr herzlichen Worten begrüßte und ihm seine persönlichen Glückwünsche und die Glückwünsche der Stadt Wien überbrachte, dankte dann vor allem den Familienmitgliedern des Jubilars für ihre Liebe, Treue und Pflege des Hundertjährigen. "Nichts zermürbt so sehr", sagte der Bürgermeister, "wie die Sorge eines Vaters um seine Familie. Geschäftlicher Kummer, mag er auch noch so schwer sein, bleibt sachlicher Kummer; die Sorge jedoch um ein Familienmitglied, um das Wohlergehen der Familie, geht stets wirklich zu Herzen. Dass Ihr Vater oder Stammvater ein Alter von hundert Jahren erreichen

.....
konnte, ist ein Beweis dafür, dass hier immer trotz aller anderen Sorgen ein herzliches Familienleben geherrscht hat. Ihre Liebe und Treue, mit der Sie Ihren Vater, Grossvater und Urgrossvater umgeben haben, hat sicherlich zur Erreichung des ausserordentlich hohen Alters beigetragen. Wir wünschen dem Jubilar, dass er der Stadt Wien noch lange Jahre in Gesundheit und Frische erhalten bleiben möge, betrachten wir ihn doch als unseren ältesten Wiener, wenn auch seine Wiege nicht in dieser Stadt gestanden ist."

Kommerzialrat Polzer dankte dem Bürgermeister für die warmempfundenen Glückwünsche und für die Auszeichnung des persönlichen Besuches und versicherte, dass die Gedanken seines Vaters in seinem langen Leben immer dem Wohle seiner Familie und dem Wohle der Stadt Wien gegolten haben. Dann dankte der greise Jubilar selbst dem Bürgermeister für den Besuch und für die lieben und freundlichen Worte und beteiligte sich für sein Alter erstaunlich lebhaft an den Gesprächen, die der Bürgermeister mit den Familienangehörigen des Jubilars führte; später begab er sich sogar an das Fenster, um dem Bürgermeister zum Abschied nachzuschauen.

Bürgermeister Seitz besichtigte dann die Kassenfabrik; es war gerade Arbeitspause. In den Werkstätten wurde der Bürgermeister von der Arbeiterschaft umringt und freudigst begrüsst.

.....
Das Grubenunglück im Aachener Gebiet.

Aachen dankt für die Beileidskundgebung der Stadt Wien.

Bekanntlich hat Bürgermeister Seitz gestern, Mittwoch, namens der Stadt Wien an den Oberbürgermeister der Stadt Aachen ein Telegramm gerichtet, in dem anlässlich des furchtbaren Grubenunglückes in Alsdorf das innigste Mitempfinden der Stadt Wien ausgedrückt wird. Oberbürgermeister Dr. Rombach von Aachen beantwortete die Beileidskundgebung der Stadt Wien in einem an Bürgermeister Seitz gerichteten Telegramm, das folgenden Wortlaut hat: "Ihnen und der Stadt Wien tiefsten Dank für warme Anteilnahme, die wir alle herzlichst empfunden haben."

.....
Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten.

Morgen, Freitag, tritt die Bezirksvertretung Favoriten um 16 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

Wien, am Donnerstag, den 23. Oktober 1930.

Zweite Ausgabe.

Ausstellung von Wahlkarten für die Nationalratswahl.

Wähler, die nach dem 30. Juni 1930 ihren Wohnsitz aus der Gemeinde, in deren Wählerverzeichnis (Bürgerliste) sie eingetragen sind, in eine andere Gemeinde verlegt haben, können eine Wahlkarte beanspruchen, die sie berechtigt, in einem anderen Wahlorte zu wählen. Wenn also ein Wähler seit dem 30. Juni 1930, mit welchem Tage die Bürgerliste abgeschlossen wurde, seinen Wohnsitz von Wien nach auswärts verlegt hat, steht ihm ein Anspruch auf Ausstellung einer Wahlkarte zu. Das Ansuchen um Ausstellung einer Wahlkarte ist bei der Ortswahlbehörde, in deren Wählerverzeichnis der Wähler eingetragen ist, mündlich oder schriftlich einzubringen. Da die Ortswahlbehörden noch nicht konstituiert sind, können die Ansuchen vorläufig bei der Magistrats-Abteilung 49, Neues Rathaus, Parterre, eingebracht werden, die sie sammelt und an die Vorsitzenden der Ortswahlbehörden weiterleitet. Dem Ansuchen ist ausser dem Heimatsdokument (Optionsdekret) die Bestätigung des Bürgermeisters des neuen Wohnsitzes oder, falls für den Ort eine Bundespolizeibehörde besteht, eine Bestätigung dieser Behörde über die erfolgte Wohnsitzverlegung anzuschliessen. Wohnsitzverlegungen innerhalb einer Gemeinde schaffen keinen Anspruch auf Ausstellung einer Wahlkarte. Hat der Wahlberechtigte also seinen Wohnsitz seit 30. Juni 1930 innerhalb Wiens verlegt, - ist er zum Beispiel aus dem achten in den dritten Bezirk übersiedelt, - so kann ihm keine Wahlkarte ausgestellt werden. Solche Wähler können ihr Wahlrecht nur im Wahlsprengel ihres früheren Wohnsitzes ausüben. Welches Wahllokal hienach in Betracht kommt, kann in jedem magistratischen Bezirksamte erfragt werden.

Wien, am Freitag, den 24. Oktober 1930.

Wie die Gemeinde Wien die private Wohnbautätigkeit fördert.

Bereits im Mai, Juni und September hat die Gemeinde Wien einer Reihe von Personen und Genossenschaften Baurechte auf Gemeindegründen zugesichert. Die Baurechte sollen den Bau von Ein- und Mehrfamilienhäusern mit Unterstützung der Bundeswohnbauförderung ermöglichen. Nunmehr hat der zuständige Gemeinderatsausschuss in seiner letzten Sitzung beschlossen, wieder einer Anzahl von Bewerbern an verschiedenen Grundflächen der Gemeinde Wien ein Baurecht bis zum 31. Dezember 2000 zuzusichern. Die Verleihung des Baurechtes ist lediglich an die Bedingung geknüpft, dass den Baurechtswerbern die Bundeswohnbauhilfe gewährt wird oder dass sie mit eigenen Mitteln tatsächlich innerhalb einer bestimmten Frist bauen. Die im Baurechte vergebenen Gründe liegen im zwölften Bezirk an der Hetzendorferstrasse, im dreizehnten Bezirk an der Feldkellergasse, Atzgersdorferstrasse, Hetzendorferstrasse, verlängerten Veitingergasse und Hummelgasse, im achtzehnten Bezirk an der Franz Glasergasse und Zierleitengasse und im neunzehnten Bezirk an der Krapfenwaldgasse.

Die Mühlenhilfe im Rahmen des "Notopfers" für die Landwirtschaft.

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat zum § 7 der Verordnung der Bundesregierung vom 9. Oktober 1930, B.G.Bl. Nr. 305, mit der Bestimmungen zur Durchführung des Bundesgesetzes über das Notopfer für die Landwirtschaft getroffen worden sind, hinsichtlich der Mühlenhilfe in einem Durchführungserlass Folgendes verlautbart:

"Eine Unterstützung für die Brotgetreideverarbeitung kommt nur für jene Mahltätigkeit in Betracht, die für eigene Rechnung und soweit sie für eigene Rechnung erfolgte. Keinen Anspruch werden also jene Mühlen erheben können, die, wie zum Beispiel die Mühle einer Brotfabrik, blosse Hilfsbetriebe einer anderen Unternehmung sind. Ebenso wird sich der Anspruch einer Lohnmühle nur auf jene Mahltätigkeit beschränken, die nicht bloss im Lohne, sondern für eigene Rechnung vorgenommen wurde. Lohnmühlen werden demnach sowohl die gesamte Warenumsatzsteuerschuldigkeit des Stichjahres, das ist nach Absatz 2 des § 7 der zitierten Verordnung die Zeit vom 1. Juli 1929 bis 30. Juni 1930, wie auch jenen Teilbetrag dieser Schuldigkeit anzugeben haben, der vom reinen Mahllohnverkehr für den Eigenbedarf von Landwirten im Stichjahre einzubekennen war.

Gemäss Absatz 2 des § 7 der zitierten Verordnung hat die Verar-

.....
beitung von Hafer, Mais, Hirse, Buchweizen u. s. w. bei Berechnung der Mühlenunterstützung ausser Betracht zu bleiben. Mühlen, deren Warenumsatzsteuerjahresschuldigkeit im Abfindungswege mit ziffernmässig bestimmten Beträgen festgesetzt wurde, haben die derart für die Jahre 1929 und 1930 festgesetzten Beträge sowie die Berechnungsgrundlagen für die pauschalierte Warenumsatzsteuerschuldigkeit dieser beiden Jahre anzuführen.

Zu Kontrollzwecken werden von allen Mühlen die im Stichjahre vermahlenden Mengen an Weizen, Roggen und Gerste gesondert auszuweisen sein.

Der Endtermin für die Einreichung der entsprechend belegten Ansuchen beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft wird mit 15. November 1930 festgesetzt. Später einlangende Ansuchen können im Hinblick darauf, dass die erste Unterstützungsrate bis 15. Dezember 1930 auszuführen ist, keine Berücksichtigung finden.

Unmittelbar beim Bundesministerium für Land-Forstwirtschaft werden nur jene Mühlen anzusuchen haben, die keinem Verbands angehören. Die einem Mühlenverbande angeschlossenen Mühlen haben im Wege dieses Verbandes anzusuchen. Die Mühlenverbände sind von den Durchführungsbestimmungen vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft unmittelbar verständigt worden."

.....
Aufhebung von Verkehrsverboten und Verkehrsbeschränkungen.

Der Magistrat hat in einer Kundmachung vom 10. Oktober 1930 eine Reihe von Verkehrsverboten und Verkehrsbeschränkungen aufgehoben.

So wird die Kundmachung vom 10. Juni 1902, Mag. Abt. IV-463/02, betreffend die Aufstellung von Schwerfuhrwerken und das Zustreifen von Waren vor den Häusern XII., Schönbrunnerstrasse 201-207 und 200-212 aufgehoben, weil diese Kundmachung mit Rücksicht auf die Bestimmung des § 36 des Strassenpolizeigesetzes, die eine Regelung des Haltens und Parkens von Fuhrwerken enthält, überflüssig ist.

Aufgehoben wird auch die Kundmachung vom 9. Oktober 1919, Mag. Abt. IV-2790/19, betreffend Verkehrsbeschränkung für die Talfahrt von beladenem Schwerfuhrwerk durch die Radelmayergasse im XIX. Bezirk. Diese Gasse ist nämlich nicht so steil, dass eine besondere Kundmachung das Befahren regeln müsste; es genügt vielmehr die Aufstellung von Verkehrszeichen.

Auch die Kundmachung vom 30. September 1920, Mag. Abt. 52-3030/20, betreffend Verbot des Befahrens der Drorygasse im III. Bezirk in dem Teil zwischen Erdbergerlande und der Dietrichgasse durch Fuhrwerk jeder Art wird aufgehoben, weil die Drorygasse ohnedies nicht fahrbar ist und überdies Schranken

.....
 sie absperren.

Schliesslich werden auch noch die Kundmachung vom 19. Februar 1922, Mag. Abt. 52-506/22, betreffend Anordnung des Langsamfahrens für Lastkraftwagen durch die Nisselgasse und durch den Teil der Penzingerstrasse zwischen Nisselgasse und Beckmanngasse und die Kundmachungen vom 29. Mai 1923, Mag. Abt. 52-1543/23, und vom 10. April 1924, Mag. Abt. 52-2119/23, betreffend Geschwindigkeitsbeschränkung für das Befahren des engen Teiles der Kahlenbergstrasse zwischen der Greinergasse und Schätzgasse sowie des schmalen Teiles der Greinergasse zwischen der Sickenberggasse und Kahlenbergstrasse für Fuhrwerk, insbesondere Kraftwagen, aufgehoben, weil diese Kundmachungen mit Rücksicht auf die Bestimmungen des § 21, Absatz 2, und des § 38, Absatz 2, Punkt e, des Strassenpolizeigesetzes, die eine Beschränkung der Fahrgeschwindigkeit festsetzen, nicht mehr notwendig sind.

.....
Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing.

Morgen, Samstag, findet um 4 Uhr nachmittags eine Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing statt.

.....
Goldene Hochzeiter.

In der vorigen Woche feierten die Ehepaare Karl und Sophie Kempner, August und Amalie Chwala, Moriz und Josefa Spielmann, Franz und Franziska Heuritsch, Georg und Thekla Stoiber, Theodor und Emma Grünhut, Franz und Elisabeth Fasser und Willibald und Agnes Steinert ihre goldene Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Linder in der Wohnung der Jubelpaare und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

.....
Stromabschaltung.

Im Hause, Alsergrund, Lustkandlgasse 39, wurde die elektrische Installation trotz wiederholter Aufträge nicht in den vorschriftsmässigen Zustand gebracht, obwohl die Installation die persönliche Sicherheit gefährdete und eine Feuergefahr bildete. Um Unglücksfällen vorzubeugen, musste daher die zuständige Magistratsabteilung am 15. Oktober in diesem Hause den elektrischen Strom vom städtischen Kabel abschalten.

Wien, am Samstag, den 25. Oktober 1930.

Sitzungen im Rathaus.

In der nächsten Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend daran findet eine Sitzung der Wiener Landesregierung statt.

Strassen- und Kanalbauten in Wien.

In seiner letzten Sitzung hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten wieder die Durchführung neuer Strassen- und Kanalbauten in Wien beschlossen. Auf der Landstrasse wird die Ungargasse in der Strecke zwischen der Beatrixgasse und der Invalidenstrasse reguliert. Diese Arbeiten mussten erweitert werden, weshalb insgesamt 22.000 Schilling hierfür aufgewendet werden müssen. Auch beim Umbau des Hauptunratskanales in der Margaretenstrasse zwischen Hofgasse und Zentagasse in Margareten müssen besondere Mehrarbeiten durchgeführt werden. Der notwendige Kostenaufwand wird daher rund 36.000 Schilling betragen. In Favoriten muss zur Kanalisierung des Wohngeländes "Am Laaerberg" der Neubau des Hauptunratskanales in der verlängerten Bitterlichstrasse vom automatischen Hebewerk der Wasserleitung nächst der alten Laaerstrasse an und in einigen noch unbenannten Gassen durchgeführt werden. Durch diesen Kanalneubau wird ein grosser Teil einer bereits in Bau stehenden städtischen Wohnhausanlage und ein Teil der Siedlung an der Laaerstrasse an das Wiener Kanalnetz angeschlossen werden. Die notwendigen Arbeiten erfordern Kosten im Betrage von 125.000 Schilling. In der Hetzendorferstrasse in Meidling ist durch Grundabtretung an der Breitenfurterstrasse eine Verbreiterung der Strasse ermöglicht worden. Es werden daher nun die Gleise der städtischen Strassenbahnen verlegt. Bei der Strassenverbreiterung ergab sich auch eine neue Seitenfahrbahn längs der geraden Nummernseite. Die Fahrbahn wird mit Würfelsteinen auf Makadamunterlage, der Gehsteig mit Halbgutsteinen gepflastert. Die Gesamtkosten dieser Strassenarbeiten betragen 10.000 Schilling. Schliesslich wird in Hietzing ein Teil der Pacassistrasse und des von dieser Strasse abzweigenden Serpentinweges auf den Küniglberg strassenmässig ausgebaut werden. Wegen des steilen Ansteigens der Strassen werden die Fahrbahnen als Makadamfahrbahnen ausgestaltet. Die Kosten dieser Arbeiten betragen 75.000 Schilling.

Vortrag eines Genfer Schulreformers in Wien.

Am 20. Oktober hielt der Genfer Pädagoge Robert Dottrens vor den Wienern Lehrern der französischen Sprache im Pädagogischen Institut der Stadt Wien einen Vortrag über die schulreformatorischen Bestrebungen in Genf und Wien.

Der Vortragende hat auf Grund eingehender Studien in Wien ein umfangreiches Werk über die Wiener Schulreform in französischer Sprache erscheinen lassen, das nach kurzer Zeit ins Englische und ins Spanische übersetzt worden ist, was das grosse Interesse des Auslandes für die Wiener Schule beweist. In seinem Vortrage betonte Professor Dottrens neuerdings, dass das Wiener Beispiel für die Genfer Schulreformbestrebungen von entscheidender Bedeutung gewesen sei, weil es die praktische Durchführbarkeit der neuen Methoden des Arbeitsunterrichtes im öffentlichen Volksschulwesen schlagend bewiesen habe. Eine weitere Parallele zwischen Genf und Wien zeigte der Vortragende auf dem Gebiete der Lehrerbildung auf. Die Ausbildung der Volksschullehrer erfolge in Genf jetzt in zweijährigen hochschulmässigen Kursen, zum Teil im Pädagogischen Institut, zum Teil an der Universität, ähnlich wie dies in den am Pädagogischen Institut der Stadt Wien geführten Kursen geschehe. Der Vortragende schloss mit einem Hinweis auf die grossen Ideale der Erziehung zur Humanität und Völkerversöhnung, für die der Lehrer zu arbeiten hat, unter stürmischem Beifall der zahlreich erschienenen Zuhörer.

Verträge und Führungen im Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum.

Morgen, Sonntag, findet um 11 Uhr vormittags in der Sozialhygienischen Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in Wien, Parkring 12, bei freiem Eintritt ein allgemein zugänglicher Vortrag statt. Dr. Felix Basch spricht über die sozialhygienische Bedeutung der Infektionskrankheiten des Kindesalters.

Auch in der Abteilung "Weltwirtschaft" des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in Wien, Meidling, Längenfeldgasse, Ecke Murlingengasse, wird morgen, Sonntag, um 11 Uhr vormittags bei freiem Eintritt ein allgemein zugänglicher Vortrag stattfinden, bei dem F. Franz Zrzavy über die wirtschaftliche Entwicklung der Städte sprechen wird.

Montag findet um 6 Uhr abends in der Sozialhygienischen Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in Wien, Parkring 12, bei freiem Eintritt eine allgemein zugängliche Führung statt.

Wien, am Montag, den 27. Oktober 1930.

Die geplante Wiedereröffnung des Carl-Theaters.Eine Abordnung der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden bei Bürgermeister Seitz.

Heute vormittags sprachen die Fachgruppen der Kaffeesieder und der Gastwirte des Verbandes der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden in Angelegenheit der Wiedereröffnung des Carl-Theaters bei Bürgermeister Seitz vor. Für die Fachgruppe der Kaffeesieder waren Kammerrat Volk, Leo Demerer und Max Rechtschaffen, für die Fachgruppe der Gastwirte Verbandsobmann Leo Schaffhaupt und Max Schwarz erschienen.

Bekanntlich entspricht das Carl-Theater nicht den bau- und betriebstechnischen Vorschriften des Wiener Theatergesetzes, insbesondere hat es keinen den Vorschriften entsprechenden eisernen Vorhang. Ein Ansuchen um die Erlaubnis der Wiedereröffnung des Theaters ist beim Magistrat eingereicht worden, die Entscheidung, ob der Theaterbetrieb beim gegenwärtigen Zustand des Hauses eröffnet werden kann, liegt, da es sich um bau- und betriebstechnische und um feuerpolizeiliche Vorschriften handelt, bei der Theaterkommission.

Bürgermeister Seitz erklärte der Abordnung, dass er auf die Entscheidung der Theaterkommission selbstverständlich keinen Einfluss nehmen könne. Er werde jedoch das Ersuchen an die Kommission weiterleiten, von der ja bekannt sei, dass sie bei ihren Entscheidungen auch die wirtschaftlichen Interessen in Erwägung ziehe. Selbstverständlich könne man die Kommission nicht veranlassen, etwa einen Betrieb zu genehmigen, der sicherheitsgefährlich sei. Jedenfalls müsse man den Unternehmern raten, alles vorzukehren, was im Rahmen der Möglichkeiten zur völligen Sicherheit des Publikums gemacht werden könne.

Die Einscherungen in der Feuerhalle der Stadt Wien im September 1930.

In der Feuerhalle der Stadt Wien wurden im vergangenen September insgesamt 237 Leichen eingeäschert. Von den Verstorbenen waren 140 männlichen und 97 weiblichen Geschlechtes; 134 waren römisch-katholisch, 2 altkatholisch, 26 evangelisch und 18 mosaaisch, während 57 Personen konfessionslos waren. In der Zeremonienhalle des Krematoriums wurden im September 49 Einsegnungen nach altkatholischem und 31 nach evangelischem Ritus vorgenommen. 217 Leichen wurden aufgebahrt; 27 Leichen waren zur Einscherung von auswärts nach Wien gebracht worden.

Wien, am Dienstag, den 28. Oktober 1930.

Ein Hermann-Park in Wien.

Der Wiener Handels- und Industrieverein hat an die Gemeinde Wien die Bitte gerichtet, die vor kurzem hergestellte Gartenanlage an der Einmündung des Wienflusses in den Donaukanal nach dem Erfinder der Postkarte Professor Dr. Emanuel Hermann zu benennen. Diesem Antrag hat sich auch die Generaldirektion der Post- und Telegraphenverwaltung und der Verband der österreichischen Philatelisten angeschlossen. Nunmehr hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten in seiner letzten Sitzung beschlossen, dass die genannte Gartenanlage den Namen "Hermannpark" erhält. Der Text der Erläuterungstafel wird folgenden Wortlaut haben: "Dr. Emanuel Hermann. 1839 - 1902. Ministerialrat, Professor, Erfinder der Postkarte."

Hilfeleistungen der Gemeindewache beim letzten Unwetter.

Die Wiener Feuerwehr hatte an den letzten Unwettertagen fast übermenschliche Arbeit zu leisten. An die Hilfsbereitschaft der Feuerwehr wurden solche Anforderungen gestellt, dass Branddirektor Ingenieur Wagner auch die Wiener Gemeindewache zur Verstärkung der Feuerwehrmannschaften heranziehen musste.

Die Gemeindewache intervenierte unter anderem in Strobersdorf. Dort war durch die Regengüsse die Maierweckstrasse vollständig unter Wasser gesetzt worden. In achtstündiger Arbeit besorgten 70 Gemeindewachmänner die Entwässerungsarbeiten. Zwei Gräben, von denen der eine 200 Meter lang war, mussten zur Entwässerung angelegt werden. Da ein Graben quer über die Strasse geführt werden musste, errichtete die Gemeindewache zur Aufrechterhaltung des Verkehrs auch eine Notbrücke.

Im Kuchelauer Hafen füllten sich die Pontons der Brücke mit Wasser so, dass die Brücke selbst gefährdet war. Zur Beseitigung der Gefahr wurde ebenfalls die Gemeindewache alarmiert. 15 Mann behoben in dreistündiger Arbeit die Gefahr für die Brücke.

Gleichzeitig wurden Mannschaften der Gemeindewache zum Kahlenberg zur Freimachung der Heiligenstädterstrasse, die durch vom Schallbach angeschwemmtes Gerölle verlegt war, beordert. Die Gemeindewache errichtete ein Notsteg und machte dann in anstrengender Arbeit die Strasse wieder frei.

Wien, am Mittwoch, den 29. Oktober 1930.

Die Wasserversorgung Wiens.Ausbau des Pottschacher Schöpfwerkes.

Das Pottschacher Schöpfwerk der Gemeinde Wien, das im Jahre 1879 erbaut wurde, hat stets für die Wiener Wasserversorgung grosse Bedeutung gehabt. Nachdem die zweite Hochquellenleitung in Betrieb gesetzt worden war, war zwar für einige Zeit die Bedeutung dieses grossen Schöpfwerkes gesunken, sie stieg jedoch mit dem Ansteigen des Wasserbedarfes wieder von Jahr zu Jahr. Bei weiterem Ansteigen des Wasserbedarfes ist es nicht ausgeschlossen, dass das Schöpfwerk wieder wie in den Jahren 1908 1909 und 1910 fast ununterbrochen in Betrieb wird stehen müssen.

Die Gemeinde Wien ist nun bestrebt, das Schöpfwerk so auszugestalten, dass die gesamte konzessionierte Wassermenge - 34.600 Kubikmeter in 24 Stunden - jederzeit und unbedingt geschöpft werden kann; seit Schaffung des Werkes ist nämlich die Schöpfung dieser grossen Wassermenge nicht immer möglich. Das Schöpfwerk ist daher wiederholt, zuletzt im Jahre 1929, erweitert worden. Bei den letzten Erweiterungsarbeiten wurden die vier Brunnen der unteren Gruppe vertieft und mit einer pneumatischen Pumpanlage ausgestattet. Gleichzeitig wurden auch von den drei Dampfmaschinen des Maschinenhauses zwei abgetragen und durch einen modernen Dieselmotor ersetzt.

Nunmehr soll der Umbau des Schöpfwerkes fortgesetzt werden. Der neue Entwurf sieht die brunnentechnische Umgestaltung der oberen Brunnengruppe vor. Dabei sollen die Brunnen dieser Brunnengruppe vertieft, eine Heberleitung zu drei Brunnen hergestellt und eine Grundwasseranreicherungsanlage für die untere Brunnengruppe ausgeführt werden. Nach Durchführung dieses zweiten Teiles der Ausgestaltungsarbeiten sollen dann Erfahrungen für den dritten Teil des Umbaus gesammelt werden, der die maschinelle Ausgestaltung des Schöpfwerkes umfassen wird. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung die Durchführung des zweiten Teiles des Einbaues im Pottschacher Schöpfwerk beschlossen und die hierfür erforderlichen Kosten - 188.000 Schilling - genehmigt.

Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf.

Morgen, Donnerstag, tritt die Bezirksvertretung Mariahilf um 18

Uhr zu einer öffentlichen Sitzung zusammen.

Wetterschäden in den Wiener Friedhöfen.

Die Wetterkatastrophe der letzten Tage hat auch in den Wiener Gemeindefriedhöfen bedeutenden Schaden angerichtet. Der Sturmwind hat zahllose Aeste von den Bäumen abgerissen und das Laub in Massen heruntergefegt; darüber hinaus haben aber die mehr als 48 Stunden andauernden heftigen Regengüsse die Strassen und Wege so stark durchnässt und aufgeweicht, dass sie, um gut passierbar zu werden, mit Rieselschotter überzogen werden müssen. Das Unwetter hat auch die weitere, besonders für das Publikum bedauerliche Folge gehabt, dass durch Nachgeben des Erdreiches eine sehr grosse Anzahl von Grabhügeln, insbesondere im neuen Teil des Zentralfriedhofes, eingesunken ist. Diese Schäden an den Gräbern werden gerade jetzt, knapp vor der allgemeinen Todenfeier zu Allerheiligen schwer empfunden werden, sind doch Mühe, Sorgfalt und nicht geringe Kosten für die Instandsetzung und Ausschmückung der Grabstellen vergeblich aufgewendet worden.

Die Säuberungsarbeiten sind von der Friedhofsverwaltung besorgt worden. Was die Gräber selbst anlangt, ist es allen, die die Grabstellen bereits mit Allerheiligenschmuck versehen und sonst besonders ausgeschmückt haben, zu empfehlen, noch vor Allerheiligen das Grab zu besuchen, um festzustellen, ob es nicht durch die Wetterkatastrophe schwer gelitten hat.

Der Strassenbahnfahrpreis am 1. November.

Am Samstag, den 1. November, (Allerheiligen) gilt auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten, Arbeitslosenfahrtscheine, Fürsorgefahrtscheine und Schüleranweisungen sind daher am Allerheiligentag ungültig. Da am Allerheiligentag der normale Autobusverkehr eingestellt ist, haben auch die gemeinsamen Fahrtscheine für Strassenbahn und Autobus zu 50 Groschen keine Gültigkeit.

Am Allerheiligentag verkehrt nur eine Autobuslinie, und zwar von der Augustinerstrasse zum Zentralfriedhof. Für diese Linie, die von 8 Uhr bis 19 Uhr betrieben wird, gilt ein besonderer Fahrpreis.

Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau.

Beim Gemeindevermittlungsamt Neubau finden im November an vier Tagen Sühneverhandlungen statt, und zwar am 5., 13., 19. und 26. November. Die Verhandlungen beginnen durchwegs um 10 Uhr 30 vormittags.

Wien, am Donnerstag, den 30. Oktober 1930.

Ein Wohnhausbau der Gemeinde Wien in Ybbs a.d.Donau.

Bekanntlich hat der Wiener Gemeinderat beschlossen, in Ybbs an der Donau ein Wohnhaus für Angestellte der Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke zu erbauen. Das Wohnhaus soll 20 Wohnungen enthalten und wird fast 300.000 Schilling Kosten erfordern. Nunmehr hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten in seiner letzten Sitzung die Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten für diesen Wohnhausbau vergeben. Die Kosten dieser Arbeiten betragen 130.000 Schilling.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

Die zuständige Magistrats-Abteilung hat kürzlich die Aufträge zur Installation der elektrischen Strassenbeleuchtung in der Schwenkgasse in Meidling vergeben. Binnen kurzem wird daher die Schwenkgasse von der Pchl-gasse bis zur Hohenberggasse elektrische Strassenbeleuchtung erhalten.

Goldene Hochzeiter.

In der vorigen Woche feierten die Ehepaare David und Karoline Mandler und Wenzel und Adele Kosata ihre goldene Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Linder bei den Jubelpaaren, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

Abendkurse für Hausgehilfinnen.

An der Haushaltungsschule der Stadt Wien, Mariahilf, Brückengasse 3, werden Abendkurse für Hausgehilfinnen veranstaltet. Unterrichtet wird Kochen, Weissnähen und Kleidermachen. Die Kurse beginnen am 1. November 1930. Anmeldungen und Auskünfte in der Haushaltungsschule der Stadt Wien.

Mütterschule der Stadt Wien.

In der Mütterschule der Stadt Wien, Landstrasse, Petrusgasse 10, und Meidling, Dörfelstrasse 1, werden zwei sechswöchige Kurse veranstaltet. Der erste Kurs beschäftigt sich mit dem Thema "Der Säugling", der zweite Kurs mit dem Thema "Kindheit und Jugend". Einschreibungen und Auskünfte in der Haushaltungsschule der Stadt Wien, Mariahilf, Brückengasse 3.

Wien, am Donnerstag, den 30. Oktober 1930 Zweite Ausgabe

Der Verfassungsgerichtshof weist die Anfechtung des Bodenwertabgabegesetzes wegen Verfassungswidrigkeit zurück.

Ein in Oberösterreich wohnhaftes Ehepaar besitzt in Wien in der Josefstadt ein Haus mit einem dazugehörigen 293 Geviertmeter grossen Garten. Die Hausbesitzer suchten beim Magistrat um Befreiung ihres Hausgartens von der Bodenwertabgabe von unverbauten Grundflächen an. Das Ansuchen wurde vom Magistrat abgewiesen und die Partei aufgefordert, die Selbsteinschätzung einzubringen und die Abgabe einzuzahlen. Der Bescheid des Magistrates enthielt die Belehrung, dass gegen diese Entscheidung ein abgesondertes Rechtsmittel nicht zustehe. Eine Berufung dagegen könne vielmehr erst zugleich mit einer Berufung gegen den seinerzeit zuzustellenden Zahlungsauftrag ergriffen werden. Die Hausbesitzer brachten gegen diesen Bescheid die Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof ein. In der Beschwerde wurde Verletzung des verfassungsmässig gewährleisteten Eigentumsrechtes durch den Bescheid des Magistrates behauptet, weil das Gesetz über die Bodenwertabgabe verfassungswidrig sei.

Der Verfassungsgerichtshof hat heute das Erkenntnis über diese Beschwerde verkündigt. Die Beschwerde wurde zurückgewiesen. In der Begründung führte der Verfassungsgerichtshof aus, dass eine Beschwerde nach Artikel 144 des Bundes-Verfassungsgesetzes erst nach Erschöpfung des administrativen Instanzenzuges innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Bescheides der letzten Instanz eingebracht werden könne. Die Rechtsmittelbelehrung in dem angefochtenen Bescheid des Magistrates, dass ein abgesondertes Rechtsmittel nicht zustehe, entspreche den Wiener landesgesetzlichen Bestimmungen über die Abgabenberufungskommission. Da also gegen diesen Bescheid noch ein Rechtsmittel zustehe, sei der Instanzenzug nicht erschöpft, weshalb die Voraussetzungen des Artikels 144 des Bundes-Verfassungsgesetzes nicht gegeben seien. Soweit der Beschwerdeführer seine Beschwerde gegen die Verfügung im angefochtenen Bescheid, dass er die Selbsteinschätzung einzubringen und die Abgabe einzuzahlen habe, ausgedehnt habe, fehle ihm hiezu nach den Artikeln 139 und 140 des Bundes-Verfassungsgesetzes zur Anfechtung des Bodenwertabgabegesetzes wegen Verfassungswidrigkeit die Aktivlegitimation.

.....

Die Gemeindebeiträge für Wohnhausreparaturen.

Bekanntlich gewährt die Gemeinde Wien auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses unter bestimmten Voraussetzungen solchen Mietparteien, deren Mietzins das Viertausendfache des Friedenszinses übersteigt, Zinszuschüsse. Zur Begutachtung der Ansuchen um diese Zuschüsse hat der Gemeinderat einen Beirat eingesetzt, der kürzlich seine 27. Sitzung abgehalten hat. In dieser Sitzung wurden die Ansuchen von 675 Parteien in 45 Häusern behandelt und Mietzinsbeiträge im Betrage von monatlich 13.190 Schilling genehmigt. Diese Beiträge erfordern einen Gesamtaufwand von 86.657 Schilling. Ferner hat der Beirat dem Antrage des Magistrates, 13 Parteien in 3 Häusern die bisher gewährten Beiträge noch ein weiteres Jahr, bis zum 31. Juli 1931, zu gewähren, zugestimmt. Insgesamt hat der Beirat bisher die Ansuchen von 15.038 Parteien in 1.710 Häusern erledigt. Die Gesamtsumme der Mietzinszuschüsse beträgt bis nun monatlich 75.994 Schilling, der Gesamtaufwand überhaupt 708.703 Schilling.

.....

Ermässigung der Fleischbeschaugebühren.

Für die Zeit vom 1. bis 30. November 1930 beträgt die Grundgebühr für die Vornahme amtlicher Untersuchungen von Vieh und Fleisch 1.78 Schilling. Die gleiche Grundgebühr ist auch für die tierärztliche Untersuchung von Tieren, die in einer Wiener Eisenbahn- oder Schiffstation ein- und ausgeladen werden, festgesetzt worden.

.....

Diätkurs an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien.

An der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, Mariahilf Brückengasse 3, wird ein Diätkurs veranstaltet, der am 11. November beginnt. Der Kurs wird sechs Abende umfassen. Auskünfte erteilt die Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, Telefon B 25-4-19.

.....

Führung im Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum.

Morgen, Freitag, findet um 6 Uhr abends im Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien, Neues Rathaus, Eingang Rathausplatz, bei freiem Eintritt eine allgemeine Führung statt.

.....

Herausgeber und verantw.Redakteur: 401
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 31. Oktober 1930.

Der Rechnungsabschluß der Gemeinde für 1929.

Der Magistrat bringt heute im Sinne der Verfassung den Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1929 zur Versendung. Die Gebarung schließt aktiv mit einem Überschuß von 59.798 Schilling 82 Groschen. Das bessere Ergebnis gegenüber dem Voranschlag ist trotz einer Erhöhung der Gesamtausgaben um 27,785.007 Schilling darauf zurückzuführen, daß die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben und auch die Gemeinde- und Landesabgaben größere Erträgnisse geliefert haben. Nach den Angaben des Bundesministeriums für Finanzen hat der Magistrat bei Abfassung des Voranschlages die Ertragsanteile mit 123,040.300 Schilling eingesetzt, während das tatsächliche Ergebnis 136,341.341 Schilling ausmacht. Dementsprechend hat auch die Entschädigung der Gemeinde Wien für die Einhebung der Bundesabgaben eine Steigerung erfahren.

Die Gemeinde- und Landesabgaben weisen gegen den Voranschlag folgenden Ertrag aus:

		Voranschlag		Erfolg	
		Millionen		Millionen	
	rund	36'3	Schilling	37'6	Schilling
Realsteuern	"	76'0	"	79'6	"
Fürsorgeabgabe	"	15'5	"	16'5	"
Lustbarkeitsabgabe	"	14'0	"	17'1	"
Nahrungs- oder Genußmittelabgabe	"	4'0	"	4'8	"
Fremdenzimmerabgabe	"	4'5	"	9'2	"
Plakatabgabe	"	0'9	"	1'0	"
Anzeigengebühr	"	4'5	"	5'1	"
Hauspersonalabgabe	"	2'1	"	2'2	"
Kraftwagenabgabe	"	4'2	"	5'4	"
Hundeabgabe	"	1'0	"	0'9	"
Feuerwehrbeiträge	"	3'2	"	3'6	"
Feilbietungsabgabe	"	0'3	"	0'4	"
Konzessionsabgabe	"	0'5	"	0'5	"
Verwaltungsabgabe und Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens	"	0'8	"	0'9	"
Wasserkraftabgabe	"	3'8	"	4'0	"
Bierabgabe: Nach dem Gesetz vom 29. November 1926, L.G. Bl. für Wien Nr. 44 (6 S vom Hektoliter)	"	10'0	"	10'5	"

.....
Weitere sechs Millionen Schilling, die als Ertrag der zusätzlichen Bierabgabe eingegangen sind und im Budget nicht vorgesehen waren, sind auch keine wirkliche Einnahme der Gemeinde, sondern müssen restlos als Lastenausgleich auf Grund der 6. Abgabenteilungsnovelle den anderen Bundesländern abgeführt werden. Der anfängliche Kassarest des Jahres 1929 war 41,757.381 Schilling, während der Kassarest am 31. Dezember 1929 Schilling 33,936.311 ausmacht. Der Unterschied ist darauf zurückzuführen, daß der Hauptsache nach Gemeindeabgaben, die zur gebührenmäßigen Vorschreibung gelangt sind, infolge von entgegenkommend gewährten Stundungen mit rund 5,700.000 Schilling zu Jahresende noch aushafteten, während aus den früheren Verwaltungsjahren noch bestandene Verpflichtungen der Gemeinde im Betrage von rund 2,100.000 Schilling zur Abstattung gelangt sind.

Der gesamte Personalaufwand des Jahres 1929 weist gegenüber dem Voranschlag von 182,392.000 Schilling eine tatsächlich aufgelaufene Gesamtgebühr von 185,742.000 Schilling. Das Mehrerfordernis von 3,350.000 Schilling ist auf die mit Gemeinderatsbeschluss vom 27. September 1929 genehmigten Maßnahmen zugunsten der städtischen Angestellten und Pensionsparteien zurückzuführen.

Laut Ausweis 2 hat die Gruppe für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung Ausgaben von 107,727.000 Schilling gehabt. Mehrausgaben sind im Ausmaße von 1,400.000 Schilling bei den laufenden Unterstützungen und Aushilfen für Erwachsene und im Betrage von 300.000 Schilling für Kinder und Jugendliche zu verzeichnen. Die Minderausgaben bei den Kindergärten im Betrage von 620.000 Schilling und beim Bau des Stadions von 1,363.000 Schilling sind auf Hinausschiebungen im Baufortschritt zurückzuführen und erscheinen in der nächstjährigen Gebarung. Der auf Grund der Angaben des Bundesministeriums für soziale Verwaltung angenommene Durchschnittsstand an Notstandsaushilfen-Empfänger hat sich als zu hoch erwiesen. Auf dieser Rubrik ist ein Mindererfordernis von 3'2 Millionen Schilling zu verzeichnen. Die Gesamtbelastung des Landes Wien aus den Beiträgen zu den Notstandsaushilfen und Altersfürsorgerenten beträgt bisher 33,337'000 Schilling. Dagegen hat die Landesbiersteuer seit ihrer Einführung einen Ertrag von bloss 31,487.000 Schilling geliefert. Die Gesamtgebarung ist also für Wien im Gegensatz zu allen übrigen Bundesländern schwer passiv. Die entstandenen nam-

haften Zinsenverluste sind in dieser Aufstellung noch nicht berücksichtigt.

Für Wohnhaus- und Siedlungsbauten wurden um rund 15'5 Millionen Schilling mehr aufgewendet, als vorgesehen war. Die Überschreitung des Budgetansatzes ist durch die energische Fortführung des vom Gemeinderat beschlossenen Wohnbauprogrammes begründet. In den Jahren 1919 bis 1929 wurden dem Wohnungsmarkt 37.105 fertige Wohnungen zugeführt. Weitere 8.528 Wohnungen wurden in Angriff genommen, konnten aber Ende 1929 noch nicht fertiggestellt werden. In der Gesamtheit aller der Gemeinde und den städtischen Unternehmungen und Anstalten gehörenden Gebäuden und in den von der Gemeinde verwalteten Objekten haben sich am 31. Dezember 1929 an Wohnungen 50.280 und 2.991 Geschäfte befunden.

Aus der technischen Gruppe sei hervorgehoben, daß zwei neue Kinderfreibäder im XI. und XVI. Bezirk eröffnet worden sind. Damit stehen bereits zwanzig derartige Bäder der Wiener Jugend unentgeltlich zur Verfügung. Infolge der großen Kälte der ersten Monate 1929 waren die Dampf- und Wannenbäder weniger besucht. Trotzdem weist die Frequenz aller städtischen Bäder gegen das Vorjahr eine Steigerung von über 200.000 Personen auf. Der Gesamtstand an Besuchern war 10.451.443 und wird von keiner anderen europäischen Stadt erreicht.

Der Gesamtaufwand für das Schulwesen im Jahre 1929 beträgt Schilling 82.121.000 gegen 77.752.000 Schilling im Verwaltungsjahr 1928. Für die Erwerbung von Gründen und Liegenschaften sind im Zusammenhang mit der Bautätigkeit 11.485.000 Schilling ausgegeben worden.

In der Gruppe Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten ist die Gemeindegewache mit einer Nettoausgabe von 2.283.000 Schilling zu erwähnen. Das Erfordernis war um 1.444.000 Schilling niedriger als der Voranschlag. Zum erstenmal erscheinen die Kosten für das Gewerbeförderungsinstitut der Stadt Wien und für die neugegründete Verwaltungsakademie.

Die städtischen Unternehmungen legen gesonderte Rechnungsabschlüsse vor. Abführen an die städtische Kassa haben lediglich das Brauhaus der Stadt Wien mit 964.000 Schilling und die städtische Ankündigungsunternehmung mit 105.000 Schilling geleistet.

Der Bericht des Rechnungshofes wird nach Fertigstellung der Äußerung der Beauftragten, welche gemäß Artikel 127, Absatz 3, des Bundesverfassungsgesetzes bis zum 13. November zu erstatten ist, gemeinsam mit dem Bericht des Kontrollamtes ausgesendet werden.

.....

Sitzungen im Rathaus.

In der nächsten Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend daran findet eine Sitzung der Wiener Landesregierung statt.

.....

Um die Wahlkarten rechtzeitig ansuchen!

Wähler, die in der Wiener Bürgerliste enthalten sind und gemäss den gesetzlichen Bestimmungen um die Ausstellung einer Wahlkarte ansuchen, müssen ihr Ansuchen an die Magistrats-Abteilung 49, Neues Rathaus, so zeitgerecht einbringen, dass spätestens am Donnerstag, den 6. November, die Voraussetzungen für die Ausstellung einer Wahlkarte nachgewiesen sind, da die Wählerliste bereits am Freitag, den 7. November, zur Versendung an die einzelnen Ortswahlbehörden verpackt sein muss.

.....

Die städtischen Bäder zu Allerheiligen und Allerseelen.

Die städtischen Dampf-, Wannen- und Vollbäder sind am Samstag, den 1. November, von 8 Uhr bis 14 Uhr, die Schwimmhalle des Amalienbades von 8 Uhr bis 20 Uhr und die des Jörgerbades von 8 Uhr bis 19 Uhr geöffnet. Am Sonntag, den 2. November, ist in allen städtischen Bädern normaler Betrieb.

.....

Autobusverkehr zu Allerheiligen.

Am Samstag, den 1. November, wird in der Zeit von 8 bis 19 Uhr ein Autobus-Allerheiligenverkehr von der Oper (Augustinerstrasse) zum dritten Tor des Zentralfriedhofes geführt. Die Fahrpreise zum Zentralfriedhof betragen ab Oper 90 Groschen, ab Schwarzenbergplatz 80 Groschen, ab Rennweger Brücke 70 Groschen und ab St. Marx 60 Groschen.

Am 1. November ist der Verkehr der Werktaglinien im Autobusverkehr eingestellt; die gemeinsamen Fahrscheine für Autobus und Strassenbahn zu 50 Groschen haben daher keine Gültigkeit.

.....

Goldene Hochzeiter.

In den letzten Tagen feierten die Ehepaare Friedrich und Klara Papesch, Ing. Karl und Anna Hawelka, Franz und Franziska Suchanek, Karl und Antonia Chrt und Johann und Marie Riha ihre goldene Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt W
790

.....

Wien, am Freitag, den 31. Oktober 1930 Zweite Ausgabe.

.....
D I E W A H L E N I N D E N N A T I O N A L R A T .
Wahllokal für Wähler, die nach Abschluss der Bürgerliste

übersiedelt sind.

Das Wahlrecht ist in dem Sprengel auszuüben, zu dem das Haus gehört, in dem der Wahlberechtigte am 30. Juni dieses Jahres, dem Tag des Abschlusses der Bürgerlisten, gewohnt hat. Ist der Wahlberechtigte nach diesem Zeitpunkt in eine andere Wohnung in Wien übersiedelt, so hat er trotzdem das Wahlrecht im Sprengel seines früheren Wohnsitzes auszuüben. Welches Wahllokal in Betracht kommt, kann in jedem magistratischen Bezirksamte mündlich oder telephonisch erfragt werden.

Hat der Wahlberechtigte seinen Wohnsitz nach Abschluss der Bürgerlisten ausserhalb Wiens verlegt, so hat er Anspruch auf eine Wahlkarte, um deren Ausstellung bei der Ortswahlbehörde, bis zu deren Konstituierung bei der Magistrats-Abteilung 49, Neues Rathaus, Parterre, unter Anschluss des Heimatsdokumentes (Optionsdekretes) und einer Bestätigung über die erfolgte Wohnsitzverlegung, die vom Bürgermeister oder, falls für den Ort des neuen Wohnsitzes eine Bundespolizeibehörde besteht, von dieser auszustellen ist, anzusuchen ist. Derartige Ansuchen sind, um eine rechtzeitige Erledigung zu ermöglichen, spätestens am Donnes- tag, den 6. November 1930, zu überreichen.

.....
Dokumente zur Feststellung des Identität des Wählers .

Zur Ausübung des Wahlrechtes muss sich jeder Wahlberechtigte mit ei- n Dokument ausweisen, aus dem seine Identität festgestellt werden kann. Nach § 59 der Wahlordnung für den Nationalrat kommen hiefür in Betracht: Tauf-, Geburts- ur- Trauscheine, der Heimatschein, Anstellungsdekrete, Pässe und amtliche Legitimat- ionen jeder Art, Arbeitsbücher, Dienstbotenbücher, Dienstkarten, Jagdkarten, Eisen- bahn- und Tramwaypermanenzkarten, Gewerbescheine, Lizenzen, Diplome, Hoch- und mit- telschulzeugnisse, Immatrikulationsscheine und Meldungsbücher einer Hochschule, militärische Dokumente und dergleichen, überhaupt alle unter Beidruck eines Amtsstempels ausgefertigten Urkunden, die den Personenstand des Wählers erkenne- lassen. Der Meldezettel allein genügt hiefür nicht.

Wahlberechtigte, die ihre Dokumente einem beim Wiener Magistrat anhängigen Ansuchen angeschlossen haben, können diese Dokumente bei der Amts- stelle, bei der sie ihr Ansuchen eingebracht haben, in den normalen Amtsstunden

.....

zurückverlangen. Soweit es sich um Akten handelt, die bei einem magistratischen Bezirksamt oder bei der Magistrats-Abteilung 50, also bei den vor allem in Betracht kommenden Amtsstellen, eingereicht worden sind, können die Dokumente bei diesen Amtsstellen ab Mittwoch, den 5. November, auch ausserhalb der normalen Amtsstunden bis 6 Uhr abends und am Sonntag, den 9. November, in der Zeit von 7 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags behoben werden. Die entnommenen Dokumente sind, soweit sie zur weiteren Erledigung des Aktes diesem wieder anzuschliessen sind, unmittelbar nach der Wahl der magistratischen Amtsstelle zurückzustellen. Die Amtsstellen des Wiener Magistrates sind aber auch angewiesen, der Partei über ihr Verlangen statt der Dokumente bloss eine Bestätigung auszufolgen, dass und welche Dokumente beim Akt erliegen. Eine solche Bestätigung gilt im Zusammenhang mit dem Meldezettel als Ausweisdokument bei der Wahl.

.....